

Vom Grossen Stadtrat
genehmigt am
2. September 2010

Protokoll Nr. 8

über die Verhandlungen
des Grossen Stadtrates von Luzern
Donnerstag, 24. Juni, 10.00 bis 17.30 Uhr
im Rathaus am Kornmarkt

Vorsitz:
Ratspräsident Marcel Lingg

Präsenz:
Anwesend sind 45 bis 46 Ratsmitglieder

Entschuldigt:
René Baumann, Katharina Hubacher je ganzer Tag,
Werner Schmid ab 16.30 Uhr

Stadtrat Ruedi Meier entschuldigt sich den ganzen
Tag. Im Übrigen ist der Stadtrat vollzählig erschienen.

Verhandlungsgegenstände	Seite
1. Mitteilungen des Ratspräsidenten	2
2. Bericht und Antrag 9/2010 vom 3. März 2010 und 30. März 2010: Geschäftsbericht 2009 und Rechnung 2009	2
3. Bericht und Antrag 15/2010 vom 31. März 2010: Rechnung 2009 Gemeinde Littau	19
4.1 Bericht und Antrag 17/2010 vom 21. April 2010: Volksinitiative „Rettet die ‚Schmiede‘ – Stopp den Abbruchplänen der Stadt Luzern“	24
4.2 Interpellation 11, Urs Wollenmann, Philipp Federer und Werner Schmid vom 25. Januar 2010: Was geschieht mit der Fassadenmalerei des Wirtshauses zur Schmiede?	24
5. Bericht und Antrag 18/2010 vom 28. April 2010: Abschreibung von Motionen und Postulaten	48
6. Bericht und Antrag 19/2010 vom 5. Mai 2010: Fusion Littau-Luzern: Schlussbericht des Umsetzungsprojekts	52
7. Postulat 46, Luzia Vetterli und Luzia Mumenthaler-Stofer namens der SP/JUSO-Fraktion vom 1. April 2010: Berücksichtigung weicher Faktoren beim Projekt Starke Stadtregion	61
8. Interpellation 54, Markus Mächler, Thomas Gmür und Verena Zellweger-Heggli namens der CVP-Fraktion vom 20. April 2010: Kommt die Sportförderung zu kurz?	66

Eingänge

1. Motion 74, David Roth und Andreas Wüest namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 9. Juni 2010: „Verwaltungshonorare gehören in die Stadtkasse“
2. Motion 75, Urs Wollenmann und Jörg Krähenbühl namens der SVP-Fraktion, vom 10. Juni 2010: „Wer in Luzern wohnt, soll auch in Luzern steuern“
3. Interpellation 76, Theres Vinatzer namens der SP/JUSO-Fraktion, Agatha Fausch Wespe namens der G/JG-Fraktion und Verena Zellweger-Heggli namens der CVP-Fraktion, vom 10. Juni 2010: „Aufnahmekapazität in der Notaufnahme Utenberg (NAU)“
4. Postulat 77, David Roth und Nina Laky namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 14. Juni 2010: „Keine Geschäfte mit verantwortungslosen Banken“
5. Protokoll 3 der Geschäftsleitungssitzung vom 29. April 2010
6. Protokoll 7 der Geschäftsprüfungskommission vom 27. Mai 2010
7. Protokoll 6 der Bürgerrechtskommission vom 27. Mai 2010
8. Protokoll 6 der Baukommission vom 27. Mai 2010

Beratung der Traktanden

Traktandum 5 wird nach Traktandum 3 behandelt.

1. Mitteilungen des Ratspräsidenten

Ratspräsident Marcel Lingg gibt die Entschuldigungen bekannt (siehe oben).
Es sind keine dringlichen Vorstösse eingegangen.

2. Bericht und Antrag 9/2010 vom 3. März 2010 und 30. März 2010: Geschäftsbericht 2009 und Rechnung 2009

Eintreten

Kommissionspräsidentin Alice Heijman: Die GPK hat an ihrer Sitzung vom 27. Mai 2010 den Geschäftsbericht und die Rechnungen 2009 der Stadt Luzern und der Gemeinde Littau beraten. Am ausgiebigsten wurde der Geschäftsbericht diskutiert. Er zeigt auf, welche Leistungen die Stadt Luzern im 2009 erbracht hat und was das kostet. Die Leistungen sind äusserst vielseitig.

tig und werden in guter Qualität erbracht. Aus diesem Geschäftsbericht wird auch ersichtlich, wie viele Vorarbeiten für die Fusion der beiden Gemeinden Luzern und Littau bereits 2009 getätigt wurden. Es wurde damit eine grosse zusätzliche Arbeit geleistet, welche von den GPK-Mitgliedern auch erwähnt und verdankt wurde. Es wurde auch auf die gute Ausgaben- disziplin hingewiesen. Von verschiedener Seite wurde ein Dank an das Personal der Stadt Luzern ausgesprochen. Insgesamt wurde der Geschäftsbericht gut aufgenommen, und es wurde ihm zugestimmt.

Thomas Gmür: Es geht heute um die Genehmigung zweier Rechnungen von zwei Gemeinden, die es seit dem 1. Januar so nicht mehr gibt. Das Budget der Stadt Luzern hat dieser Rat im Herbst 2008 im Nachgang zur Subprime-Krise und mitten in der Bankenkrise um die UBS beraten. Diese Beratung war von vielen Unwägbarkeiten und Unsicherheiten geprägt. Es ist aus heutiger Sicht richtig und sinnvoll, dass damals sehr vorsichtig budgetiert wurde. Dies zahlt sich denn heute auch positiv aus. Das Rohergebnis der Rechnung 2009 schliesst rund 20 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Dies ist unter anderem deswegen zu verzeichnen, weil höhere Steuererträge in die Stadtkasse flossen – ein deutliches Indiz dafür, dass die städtische Finanz- und Steuerpolitik ihr Ziel auch 2009 nicht verfehlt hat.

Die Rechnungslegung bietet Gelegenheit zur Rückschau auf das vergangene Jahr: Ist man auf Kurs? Wurden die gesteckten Ziele auch erreicht? Die Fusion der Stadt Luzern mit Littau ist umgesetzt. Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Starken Stadtregion ist vollzogen, weitere müssen folgen. Die Integration der Stadtpolizei in die Luzerner Polizei ist ebenfalls abgeschlossen. Auch dieser Prozess ist positiv zu beurteilen.

Im Sommer 2009 konnte mit der Bauerei auf der Allmend für das neue Sportstadion begonnen werden; ein grosses Investitionsvorhaben für den Sport, für die Jugend und für die Zukunft. Mit der BZO-Revision ist in der Baudirektion ein Projekt in Bearbeitung, das der Stadt mehr Handlungsspielraum in ihrer künftigen Entwicklung bringt, bei Erhaltung der hohen städtischen Lebensqualität. Luzern braucht diese Revision, um sich – auch im Rahmen der Starken Stadtregion – entwickeln zu können.

Im vergangenen Jahr hat die Stadt wichtige Schritte hin zu dieser Starken Stadtregion unternommen. Einiges ist erreicht, anderes ist noch auf der Zeitachse. Für die CVP-Fraktion gibt es bei der vorliegenden Rechnung jedoch einen Vermutstropfen. Wiederum sind die Konsumausgaben angestiegen: im Vergleich zum Vorjahr wie auch im Vergleich zum Budget. Hat man den hohen Investitionsplafond der kommenden Jahre vor Augen, so darf man den Handlungsspielraum der Stadt mit zu hohen Konsumausgaben nicht unnötig einschränken. Das angekündigte stadträtliche Sparpaket ist vor diesem Hintergrund mehr als wichtig und richtig. Die CVP-Fraktion tritt auf den Geschäftsbericht und die Rechnung ein und wird beiden zustimmen.

Rolf Krummenacher: Die FDP-Fraktion ist für Eintreten und wird den Anträgen des Stadtrates folgen, namentlich auch der im Abschluss schon enthaltenen Gewinnverwendung mit dem Nachtragskredit von 11 Mio. Franken für zusätzliche Abschreibung von Verwaltungsvermögen und den 1,9 Mio. Franken Einlage in die Steuerausgleichsreserve.

Der Geschäftsbericht zeigt sehr anschaulich und mit vielen Zahlen das breite Spektrum von Aufgaben und Leistungen, welche diese Stadt erbringt. Sie ist eine Ansammlung von vielen Kleinst-KMU, was es auch schwierig macht, das Ganze zu managen und optimal zu steuern, sei es von der Anzahl der Leistungseinheiten her, aber auch von den vielen Spezialisten, die es braucht im 0,5- oder 0,7-Prozent-Bereich einer Leistungseinheit. Im Bericht kommt sehr gut zum Ausdruck, was alles geleistet und erreicht worden ist. Speziell hervorgehoben wird Luzern-Littau, und es wird auch hervorgehoben, dass dies nicht einfach eine Belastung ist. Man spürt den Stolz auf das Erreichte. Dieser ist auch berechtigt, und die Leute von der Stadt haben den Dank der FDP-Fraktion.

Eine Bemerkung zu den Leistungsaufträgen, bekanntlich ein Hobby des Sprechenden. Er hat diese immer unterstützt, und die FDP-Fraktion sieht sie noch immer als geeignetes Mittel zur Beurteilung und Steuerung von Leistungen. Aber jetzt ist der Zeitpunkt da zur Überprüfung und Überarbeitung. Bisher wurde vieles einfach fortgeschrieben. Drei Beispiele: Die Kennzahlen zur Steuerung im Tiefbauamt z. B. sind noch immer relativ detailliert. Oder in gewissen Bereichen, z. B. im Leistungsauftrag für Heime und Alterssiedlungen, sollten die Sollvorgaben kritisch überprüft und auch angepasst werden; es sollte Abstand genommen werden von den Vorjahreszahlen. Oder bei der Bildungsdirektion sollten die Massnahmen noch konsequenter umgesetzt bzw. die Umsetzung angepasst werden.

Zu Rechnung bzw. zum Budget und den Ist-Zahlen: Das Budget 2009 war, das kann man jetzt beurteilen, von einer guten Qualität. Es wurde realistisch budgetiert, auch beim Investitionsplafond – bei welchem man in den Vorjahren immer etwas optimistisch war –, der recht gut ausgeschöpft worden ist. Auf die Nachträge bei den natürlichen Personen, die falsch, oder man könnte auch sagen zu konservativ, budgetiert worden sind, soll nicht gross eingetreten werden; vor kurzem hat dieser Rat ja dieses Thema im Rahmen einer Antwort auf einen Vorstoss behandelt. Es zeigt sich einfach, dass man da wirklich sehr vorsichtig war, und diese Vorsicht ist eigentlich auch der Grund, dass jetzt ein so positives Resultat vorliegt. Zu den Ist-Zahlen: Die Abweichungen liegen im kleinen Prozentbereich, mit Ausnahmen, und diese sind nachvollziehbar begründet.

Die Erträge bei den natürlichen Personen konnten in den letzten Jahren trotz Steuersenkung gehalten werden. Für die FDP-Fraktion ist vor allem wichtig, dass die relative Steuerkraft der Stadt noch immer 45 Prozent höher ist als in der Agglomeration. Die juristischen Personen sind mit 25 Prozent des Steuerertrages stabil geblieben. Das ist nicht verwunderlich angesichts der Art: Es handelt sich vor allem Dienstleistungsgewerbe. Das ist eine gute Leistung, denn es müssen nur einzelne juristische Personen die Stadt verlassen, und schon sieht das Bild ganz anders aus. Bei den Aufwänden wird die grosse Disziplin bei den Kosten ersichtlich, und es zeigt sich auch, dass gewisse Hebel, auch im negativen Sinne, nicht stark beeinflusst werden können. Das sind vor allem der Sozialbereich – die wirtschaftliche Sozialhilfe – oder die Belegung der Heime. Der Hebel im Bereich wirtschaftliche Sozialhilfe hat keine Überraschung gebracht, aber leider könnte es in Zukunft, wenn da etwas passiert, wieder sein, dass sich die Ausgaben sehr schnell verändern. Im Bereich Heime und Alterssiedlungen zeigte sich im ersten Halbjahr, was es heisst, wenn die Bettenauslastung nicht da ist; wie schnell es zur Unterdeckung kommt.

Wo steht man Anfang 2010 und wie beurteilt die FDP-Fraktion die Entwicklung? Zuerst zur Schuldensituation, wobei der Sprechende auch in die Zukunft schaut mit Littau zusammen. Die Schulden haben sich mit Littau verdoppelt; 1550 Franken pro Kopf ist etwa jenes Niveau, welches die Stadt Luzern 2005 hatte. Man könnte natürlich böse sagen, die Stadt sei mit Littau zurückgeworfen worden, aber das wäre eine falsche Betrachtung. Aber die Stadt nähert sich dem Agglomerationsniveau. Das ist noch nicht dramatisch; dramatisch ist die Tendenz, die Entwicklung. Man muss aber immer auch in Betracht ziehen, woher die Schulden kommen, und diese kommen aus den vielen Investitionen in die Zukunft, weil es einen Nachholbedarf in der Infrastruktur gab, aber auch bei Leistungen, z. B. bei der familienergänzenden Kinderbetreuung. Das sind Leistungen, zu denen die FDP-Fraktion bewusst ja gesagt hat, weil sie überzeugt ist, dass diese zielführend sind und die Stadt weiterbringen. Denn das Ziel ist ja eine Stadt mit hoher Lebensqualität. Die Werte sind also da, und das relativiert etwas die Zunahme der Verschuldung. Diese ist nicht dramatisch, aber der Verschuldungsgrad steigt doch von 25 auf 40 Prozent. Erst wenn man über 100 Prozent liegt – und Littau hatte das letztes Jahr –, sind die Schulden höher als die Steuereinnahmen und der Lastenausgleich, was heisst, dass man auf Pump lebt. Man muss sich des Steigens des Verschuldungsgrades bewusst sein, und auch, dass damit die Möglichkeiten und Freiheitsgrade speziell für Leistungsausbauten kleiner werden.

Die Stadt steht am Beginn einer Mittelverknappung. Die Steuergesetzrevision des Kantons wird bei den juristischen Personen einschenken; das kann nicht so schnell wettgemacht werden, vielleicht in beschränktem Ausmass. Hinzu kommen noch bevorstehende Zusatzaufwände, und diese treiben die Schere weiter auseinander. Damit ist weniger die wirtschaftliche Sozialhilfe gemeint, sondern die Pflegefinanzierung. Diese Schere spielt speziell in einer Zentrumsstadt wie Luzern, und deshalb möchte die FDP-Fraktion den Stadtrat darin bestärken, im Kanton Gegensteuer zu geben und zu versuchen, in den Bereichen Steuer- und Finanzausgleich bei der Gewichtung Topografie/Soziallasten die Topografie etwas herunterzustufen. Als FDP-Vertreter weiss der Sprechende, wie schwierig das ist; die Partei hat ja auch eine kantonale Sektion. Es ist eben so, dass nicht immer alle gleicher Meinung sind und es ist nicht immer gelungen, Überzeugungsarbeit zu leisten zu Gunsten des Kantons. Da gibt es noch viel zu tun, und die FDP tut ihr Bestes, aber es gibt ja noch andere Fraktionen. Aber Spass beiseite: Das ist ein wirklich wichtiger Punkt, weil man nämlich sieht, wie die Entschuldung der Landgemeinden voranschreitet. Es kann ja wohl nicht sein, dass eine Schwächung des Zentrums zu Gunsten der Landgemeinden in Kauf genommen wird. Denn der Motor des Kantons ist nach wie vor die Agglomeration bzw. die Zentrumsstadt Luzern. Dieser Motor hat in den letzten Jahren viel geleistet. Er kommt jetzt zwar nicht ins Stottern, aber er leidet etwas aufgrund der Vorleistungen, welche die Stadt erbracht hat. Da wäre wirklich ein kantonal-gesamtheitliches Denken angezeigt.

Zu den Möglichkeiten und zum Spielraum. Der Sprechende eckt mit seinen Kapitalbetrachtungen gelegentlich an und möchte sie hier auch nicht zu weit treiben. In der GPK wurde schon ausgiebig darüber diskutiert, und er ist sich auch bewusst, dass das Eigenkapital bei einem Gemeinwesen nicht dieselbe Bedeutung hat wie bei einem Industrie- und vor allem wie bei einem Dienstleistungsunternehmen. Positiv ist beim Eigenkapital von 56 Mio. der

Stadt Luzern hervorzuheben, dass 40 Mio. Franken Steuerausgleichsreserven sind, ein Teil Kompensation Luzern-Littau (10 Mio.) und etwas für die Starke Stadtregion (knapp 2 Mio. Franken). Die FDP-Fraktion betrachtet die Strategie, Rückstellungen zu bilden, um Steuerschwankungen aufzufangen, aber auch Rückstellungen – da geht es immer um das Mass – für konkrete, zielführende Projekte (Mobilitätsfonds) als den richtigen Weg und sie möchte den Stadtrat bestärken, damit weiterzufahren. Aber so viel Geld hat die Stadt auch nicht auf der Seite. Die 40 Mio. können sehr schnell verbraucht sein; das Potenzial ist dann sehr schnell aufgebraucht. Damit zum Thema, was die Stadt an Werten hat: Sie hat Liegenschaften im Finanzvermögen und auch Wertschriften, die lediglich einen ideellen Bilanzwert von 1 Franken haben; da ist also ein gewisser „Gap“ vorhanden. Aber diese Sachen wird die Stadt jetzt sicher nicht veräussern; es wäre auch unsinnig, z. B. die Beteiligung an der ewl, die mit 1 Franken im Buch steht, zu veräussern. Das wird man sicher nicht tun; auch nicht irgendwelche Wertgegenstände, ob das nun Bilder seien oder was immer. Man muss sich aber für die Zukunft bewusst sein, dass die Eigenkapitaldecke dünn ist. Wichtig ist jetzt, die hohe Steuerkraft erhalten und das Niveau von 45 Prozent über der Agglomeration halten zu können, denn das braucht die Stadt. Das ist notwendig, um die Ausgaben, die nicht einfach per se auf hohem Niveau sind, sondern weil die Stadt attraktiv sein und bleiben soll, um auch künftig eine Stadt mit hoher Lebensqualität sein zu können. Dieses Gleichgewicht wird aber immer schwieriger zu halten sein, wenn sich Aufwände und Erträge gegenläufig entwickeln und die Reserven abnehmen.

Das sind einige Betrachtungen zum Geschäftsbericht und zur Rechnung der Stadt Luzern. Auf die Rechnung der Gemeinde Littau wird der Sprechende später eingehen. Zusammengefasst: Die FDP-Fraktion wird also allen Anträgen des Stadtrates zustimmen.

Hans Stutz: Auch die G/JG-Fraktion wird, wie das bereits die vorhergehenden Redner für ihre Fraktionen angekündigt haben, den Geschäftsbericht zustimmend zur Kenntnis nehmen und allen Anträgen des Stadtrates zustimmen. Es ist so: Dieser Geschäftsbericht zeigt, was alles in dieser Stadt im vergangenen Jahr geleistet worden ist, und das Gleiche gilt für den Geschäftsbericht von Littau. Eine sehr grosse Anzahl von Dienstleistungen wurde von den Lohnabhängigen der Stadt erbracht, und diesen möchte die Fraktion in erster Linie einmal danken, und vor allem möchte sie ihnen auch zu verstehen geben, dass sie ihre Arbeit so schätzt, dass sie sie nicht Sparbemühungen aussetzen will, welche die Anerkennung ihrer Leistung verringern und einen Teil von ihnen allenfalls in die Arbeitslosigkeit treiben werden. Qualität kostet, und der gesellschaftliche Reichtum ist in der Stadt vorhanden; man müsste allerdings eine Steuerpolitik betreiben gemäss der Bundesverfassung, wonach jede/r Steuern aufgrund seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu erbringen hat. Das sollte erreicht werden, damit die städtischen Finanzen wieder einigermaßen in Ordnung und einigermaßen ausgeglichen sind. Leider sieht es so aus, dass die Zukunftsaussichten nicht sehr rosig sind aufgrund der hohen getätigten Investitionen. Dem FDP-Sprecher ist beizupflichten: Da werden Werte geschaffen. Allerdings ist auch zu berücksichtigen, was für Zinsbelastungen dies in den kommenden Jahren, allenfalls Jahrzehnten zur Folge hat, und das ist dann eben der unerfreuliche Teil. Die G/JG-Fraktion geht immer davon aus, dass eine Stadt nicht ausschliesslich nach betriebswirt-

schaftlichen Kriterien funktionieren und Dienstleistungen erbringen muss, dass auch nicht im Sinne eines betriebswirtschaftlichen Rigorismus noch an den Arbeitsbedingungen geschraubt werden muss. Denn eine Stadt oder ein Kanton – jede staatliche Organisation – hat andere Ziele als ein Dienstleistungsbetrieb oder eine Firma, die irgendwelche Produkte herstellt. Die Fraktion ist aber damit einverstanden, dass die ausgewiesenen Gewinne in die entsprechenden Fonds eingespielen werden. Es ist gut, dass diese Fonds in den vergangenen Jahren geöffnet worden sind, sowohl der Mobilitätsfonds als auch die anderen Reserven. So wie die Zahlen jetzt aussehen, ist aber klar, dass diese Fonds relativ schnell geleert sein werden – nicht unbedingt jene, die zielgerichtet sind wie der Mobilitätsfonds, nur muss man sehen, dass 40 Mio. nicht besonders viel sind angesichts der Hunderten von Millionen Franken, die zur Diskussion stehen für den Fall, dass die grossen Mobilitätsvorhaben dereinst umgesetzt werden.

Die G/JG-Fraktion unterstützt also die stadträtlichen Vorschläge und wird ihnen zustimmen. Zu einzelnen Punkten in den verschiedensten Direktionen werden später allenfalls Mitglieder der Fraktion kurz und bündig Stellung nehmen.

Urs Wollenmann möchte, weil es sich beim Geschäftsbericht und bei der Rechnung im Grunde ja immer um Vergangenheitsbewältigung handelt, ein paar Punkte anführen, welche die SVP-Fraktion immer wieder kritisiert, die jedes Jahr einmal zu erwähnen aber durchaus angebracht ist. Erstens kritisiert die Fraktion seit Jahren, dass der Personalaufwand in der Stadt Luzern zu hoch ist; er ist wiederum gleich um 9 Mio. Franken angestiegen. Das bedeutet, dass in der Stadt Luzern heute 40 Prozent des Budgets Personalausgaben sind. Wenn die Stadt in absehbarer Zeit wieder in die schwarzen Zahlen kommen will bzw. die sich anbahnende enorme Verschuldung einigermaßen eindämmen und zurückfahren will, muss man nicht nur, aber auch in diesem Bereich abspecken. Zweitens ist der Investitionsplafond viel zu hoch. Was in Hochkonjunkturzeiten angehen mag, ist in Krisenzeiten wie jetzt, die sich in kommunalen Budgets immer zeitverzögert auswirken, der sicherste Weg in die Schuldenfalle. Es gibt für die SVP der Stadt Luzern aber sinnvollere Aufgaben als die Bedienung von Schuldzinsen. Das heisst: In der anstehenden sehr langen Liste von Projekten muss strikte separiert werden zwischen absolut notwendigen und wünschbaren. Insbesondere muss endlich die Zeit der Luxussanierungen zu Ende gehen. Dabei ist die ganze Stadtverwaltung, nicht nur die Baudirektion, gefordert. Allgemein darf man feststellen: Das Kostenbewusstsein ist in der Stadt Luzern nicht besonders hoch entwickelt, die Konsumausgaben – Thomas Gmür hat es erwähnt – sind viel zu hoch, und das ist ein Ausfluss des mangelnden Kostenbewusstseins. Das hat aber nicht nur die Verwaltung; zu den ebenso grossen Sündern gehört auch dieses Parlament. Es mutet die SVP-Fraktion schon etwas merkwürdig an, dass die gleichen Leute, die heute über die hohe Verschuldung jammern, in den letzten Jahren fleissig die Hände gehoben haben, wenn es um die Bewilligung von Mehrausgaben gegangen ist. Oder wie es der ehemalige Finanzverwalter Silvio Degonda in einer GPK-Sitzung einmal sehr schön ausdrückte: „Man muss endlich aufhören, immer neue Ausgaben zu erfinden.“ Aber jetzt ist Sparen angesagt, genauer gesagt: Man macht eine Leistungsanalyse und schon bricht vor allem auf der linken Ratsseite das grosse Zähneklappern aus. Eigentlich wäre nun Umdenken gefragt, aber da hat die SVP

wenig Hoffnung, solange es auch auf bürgerlicher Seite immer noch Parlamentarier gibt, die für alle möglichen Ausbauforderungen ein wenig sehr viel Verständnis aufbringen und vergessen, dass Luzern nicht Zürich ist und nicht annähernd das gleiche Steuersubstrat – gerade mit Blick auf die juristischen Personen – aufweist wie der Finanzplatz Zürich. Luzern muss sich bescheiden und sich endlich verabschieden von gewissen sehr hochfliegenden Projekten, die in dieser Stadt immer wieder aufkommen, und vielleicht endlich einmal lernen, dass man sich nicht alles leisten kann. Die SVP-Fraktion wird nun aber im Gegensatz zu den Budgets, die sie ja mit schöner Regelmässigkeit ablehnt, diesen Geschäftsbericht und diese Rechnung durchwinken, wobei sie eine Zustimmung zum Geschäftsbericht und Rechnung als Kenntnissnahme versteht und nicht vor Begeisterung auf die Schenkel klopft.

Luzia Vetterli äussert sich wie in der GPK zum Geschäftsbericht, während Dominik Durrer zu den Rechnungen von Luzern und Littau Stellung nehmen wird. Der Geschäftsbericht wird, wie von der Präsidentin der GPK und anderen auch erwähnt, von einem Thema besonders beherrscht: nämlich dass 2009 der Löwenanteil im Fusionsprozess geleistet worden ist. Er und auch der Abschlussbericht zur Fusion, der später an dieser Sitzung behandelt wird, zeigt klar, dass die Verwaltung wirklich ganze Arbeit geleistet hat und alle Beteiligten zu den normalen Aufgaben hinzu extreme Sonderleistungen erbracht haben. Das darf auch einmal herausgestrichen und gelobt werden. Die Fusion ist nach Ansicht der SP/JUSO-Fraktion fast perfekt abgelaufen: Es gab keine Makel oder Verzögerungen, weshalb ein gebührendes Lob an die Beteiligten zu richten ist. Der Geschäftsbericht zeigt aber auch, dass auch anderswo Veränderungen stattgefunden haben, z. B. in Bezug auf den Departementsumbau, den Übergang von der Stadt- zur Kantonspolizei; auch das Pilotprojekt Betreuungsgutscheine war ein umfangreiches Projekt und das Projekt Starke Stadtregion wurde aufgenommen. All diese grossen Aufgaben haben Ressourcen gebunden und die Mitarbeitenden vor spezielle Herausforderungen gestellt. Deshalb gehört einmal mehr der Dank den Beteiligten. In Bezug auf die Fusion konnte sowohl im Geschäftsbericht wie im Fusionsabschlussbericht festgestellt werden, dass Synergien genutzt worden sind. Das begrüsst die Fraktion natürlich, wird aber immer auch ein Auge darauf werfen, dass bei der Nutzung von Synergien die Qualität im neuen Stadtgebiet nicht sinkt, und sie ist denn auch etwas kritisch, wenn es im Geschäftsbericht beispielsweise heisst, dass das Stadtgebiet um 30 Prozent zugenommen hat, das Personal für die Strassenreinigung aber nur um 6 Prozent. Sie wird weiterhin darauf achten, dass die Qualität im vereinigten Stadtgebiet aufrechterhalten wird.

Der Geschäftsbericht ist immer auch Anlass, dass in der Beratung in der Kommission verschiedene Personen interessante oder weniger interessante Aspekte und Fragen aufwerfen, und es liegt wohl in der Natur der Sache, dass diese Personen jeweils auch ihre „Hobbys“ pflegen. Auch die SP/JUSO-Fraktion will wieder einmal auf ein Thema eingehen, das ihr besonders am Herzen liegt, und das ist die Verteilung von Männern und Frauen in der Stadtverwaltung und vor allem die Verteilung in den verschiedenen Lohnklassen. Sie geht besonders darauf ein, weil in der Gesamtplanung von Anfang Jahr das Ziel der aktiven Genderpolitik aufgenommen worden ist. Kürzlich ist eine Studie erschienen, die besagt, dass Frauen durchschnittlich pro Franken, den ein Mann verdient, nur 76 Rappen verdienen, also 24 Rappen weniger. Davon

lassen sich 14 Rappen dadurch erklären, dass Frauen eher in Tieflohnbranchen arbeiten, eher in Teilzeitpensen und weniger Berufserfahrung haben. Aber sie übernehmen ganz klar auch viel seltener Führungspositionen und werden viel seltener in wirkliche Kaderpositionen gewählt. Es bleiben 10 Rappen, die sich nicht erklären lassen durch unterschiedliche Qualifikationen oder unterschiedliche Stellenprofile. Ganz klarer Grund dafür ist, dass Frauen bei Lohnverhandlungen grundsätzlich immer viel schlechter abschneiden als Männer. Auf Seite 25 im Geschäftsbericht findet man die Aufstellung der Besoldungsklassen, und da ist sehr auffällig, dass Männer in den hohen Besoldungsklassen klar übervertreten sind. Der Stadtpräsident hat dazu in der GPK gesagt – das ist wieder einmal eine Verletzung des Kommissionsgeheimnisses, was der Sprechenden Leid tut, aber es wurde auch sonst darüber diskutiert –, es finde keine Diskriminierung statt, und das kann man ihm auch glauben. Es ist klar, dass in der Stadtverwaltung nicht eine aktive und bewusste Diskriminierung stattfindet, aber die Fraktion ist auch der Meinung, dass es eben nicht reicht, wenn man sagt, man stellt Leute so ein, wie man es seit eh und je getan hat: Man nimmt einfach die/den Besten für den Job. Es braucht Mechanismen, die versteckte oder unbewusste Lohndiskriminierung und versteckte oder unbewusste systematische Mängel in der Stadtverwaltung, z. B. das Fehlen von Teilzeitstellen usw., aufdecken kann. Die SP/JUSO-Fraktion wird auch in Zukunft ihren Blick auf diesem Thema halten und allenfalls mit Vorstössen dafür sorgen, dass das Ziel einer aktiven Genderpolitik nicht nur toter Buchstabe bleibt.

Dominik Durrer: Die SP/JUSO-Fraktion hat ja mit der Publikation des Rechnungsergebnisses 2009 mit einem Vorstoss, einer Interpellation, dieses Thema aufgegriffen; sie wollte das positive Rechnungsergebnis als wichtige Planungsgrösse für die städtische Finanzpolitik diskutieren und auch einzuordnen versuchen. Bei der Lektüre dieses Rechnungsergebnisses fällt auf – auch anderen, die sich damit beschäftigen –: Es ist ein weiteres Mal deutlich besser ausgefallen als es budgetiert worden ist. Das ist nicht Grund für eine Skandalisierung oder für eine Aufregung. Aber es stellt sich natürlich schon die Frage, ob man diese Ergebnisse, die jetzt ausgewiesen werden, wirklich auch richtig und so gut als möglich in die weitere Planung einfließen lässt. Die weitere Planung ist einerseits natürlich der Budgetprozess, andererseits sind das aber auch andere wichtige Projekte wie jetzt das Sparpaket, das aufgrund dieser Planungsergebnisse erarbeitet wird. Die SP/JUSO-Fraktion ist nicht sehr überzeugt, dass die positiven Ergebnisse aus den letzten Jahren jetzt tatsächlich auch so in diesen Prozess integriert werden und sie wird natürlich darauf achten und sich entsprechend wieder eingeben. Beim Thema Rechnung geht es ja auch um einen Ausblick, und Rolf Krummenacher von der FDP-Fraktion hat das gemacht und auch die Steuerdiskussion und die Mittelverknappungsdiskussion angeregt. Der Sprechende ist leicht erstaunt über diese Ausführungen, weil die FDP des Kantons zwar natürlich keine Teilsektion der städtischen FDP ist, aber die treibenden Kräfte für die kantonalen Steuersenkungen sind die SVP und die FDP. Und den Kanton bilden bekanntlich alle miteinander. Es ist also nicht so, dass das irgendwer auf der anderen Reussseite wäre oder ein paar kleine Randgemeinden, sondern wir alle sind der Kanton und hätten eigentlich eine starke Stellung in diesem. Und wenn ins Feld geführt wird, dass die kleinen, die Landgemeinden sich speziell entlasten können und die Stadt schliesslich auf grossen Schulden

sitzt, müsste man natürlich auch berücksichtigen, was für Abstimmungen es waren, bei welchen man genau in diese Richtung gearbeitet hat: Die Steuergesetzrevision 2011 führt dazu, dass genau das Zentrum, die Stadt und die Agglomeration und andere Gemeinden, die einen hohen Anteil von juristischen Personen haben, viel stärker getroffen werden. Es gibt in der Stadt Parteien, die gegen solche Projekte antraten, auch bürgerliche Parteien: Wenn sich der Sprechende richtig erinnert, hat unter anderem die CVP der Stadt Luzern zur Steuergesetzrevision die Nein-Parole beschlossen. Da müssten die Worte und die Taten übereinstimmen, sonst wird es schwierig, wenn man um gemeinsame Lösungen ringen möchte. Die SP/JUSO-Fraktion genehmigt beide Rechnungen; jene von Littau und von Luzern; sie ist mit ihnen, so wie sie jetzt vorliegen, einverstanden. Zur Rechnung von Littau wird sich der Sprechende nochmals speziell äussern.

Manuela Jost: Auch die GLP-Fraktion tritt auf Geschäftsbericht und Rechnung ein und wird sie auch genehmigen. Für sie sind das interessante, gute und auch anspruchsvolle Dokumente. Sie sind ein Stück weit auch Geschichtsschreibung, aber mit relativ viel Ausstrahlung auf die Zukunft. Die Fraktion ist beeindruckt von all den Baustellen und all dem, was geleistet worden ist im Jahr 2009; darauf darf man wirklich stolz sein. Das Geschäftsjahr 2009 stand im Zeichen der Vorbereitung der konkreten Umsetzung der Fusion Luzern-Littau. Diese Vorbereitung bzw. dieser Start scheint gut gelungen. Es gibt noch einige Pendenzen; darüber wird im Traktandum Fusion Luzern-Littau zu sprechen sein. Die GLP-Fraktion möchte sich beim Eintreten auf einige wenige Punkte fokussieren, die eine gewisse Ausstrahlung und Bedeutung für die nächsten Jahre haben.

Zu den Kennzahlen der laufenden Rechnung: Auch für die GLP-Fraktion ist erfreulich, dass die Rechnung mit einem Ertragsüberschuss von 3,2 Mio. Franken abschliesst; einem besseren Saldo als budgetiert. Sie ist insbesondere mit der Analyse des Stadtrates einverstanden, dass sich die Wirtschaftskrise auf die Stadt Luzern dank der ausgeprägten guten KMU-Strukturen nicht gleich negativ ausgewirkt hat wie in anderen Regionen und Städten. Euphorie ist aber dennoch nicht am Platz, trotz dieses Überschusses. Die Fraktion hat mit Sorge festgestellt, dass die Schulden pro Kopf enorm angestiegen sind. Sie will den im Geschäftsbericht festgehaltenen momentanen Verschuldungsgrad von 24,9 Prozent nicht überdramatisieren. Aus den Diskussionen des Voranschlages ist aber bekannt, dass er ansteigen wird. Und genau diese Tendenz und Entwicklung, die auch der Sprecher der FDP-Fraktion angesprochen hat, erfüllt die Fraktion mit Sorge, weil der Gestaltungsspielraum für künftige Leistungsausbauten der Stadt so natürlich eingeschränkt ist. Zwar kann die Stadt die Schuldzinsen zahlen, aber diese absorbieren Kapital, das für andere Leistungen fehlen wird. Steuerausgleichsreserven und Rückstellungen mögen die Situation tatsächlich mildern, aber sie helfen nicht wirklich, die Symptome zu bekämpfen. In diesem Sinne tendiert die Fraktion daraufhin, dass versucht wird, das Verhältnis von Aufwand und Ertrag in ein gewisses Gleichgewicht zu bringen.

Zum Sozialbereich: Da ist, wie der SP/JUSO-Sprecherin, der GLP-Fraktion vor allem das Thema Betreuungsgutscheine aufgefallen. Der Wechsel von der Objekt- zur Subjektfinanzierung ist eine gelungen Massnahme; das ist ein Systemwechsel, der nicht nur den Betroffenen Vorteile bringt, sondern der auch für mehr Wettbewerb und Effizienz im System sorgt. Diese Mass-

nahme scheint zudem sehr gut in der Stadt verankert zu sein. Die familienergänzende Kinderbetreuung im Vorschulbereich ist gut positioniert, hingegen ist die familienergänzende Kinderbetreuung im Schulbereich für die GLP-Fraktion noch ausbaubedürftig, und sie hofft wirklich, dass dies in den kommenden Jahren an die Hand genommen wird.

Der GLP-Fraktion ist – bei dem Frauenanteil in der eigenen Partei – natürlich auch die Grafik mit den Besoldungsklassen und die Genderproblematik aufgefallen. Die Massnahmen, welche die Verwaltung selber ergreifen kann, um dieses Verhältnis zu verbessern, werden allein sicher nicht ausreichen. Es liegt auch an der Gesellschaft. Sicher ist es auch in Luzern ein Stück weit ein Problem der grundsätzlichen Strukturen, die es einfach noch immer erschweren, dass eine Frau in einer Kaderposition Familie und Beruf wirklich vereinbaren kann. Da sind Massnahmen in der Stadtverwaltung ein wichtiger Punkt, aber die reichen sicher allein nicht. Zu Sport und Kultur. Im Bereich Kultur hat im Geschäftsjahr 2009 die Salle Modulable beschäftigt. Beim Sport ist der GLP-Fraktion aufgefallen, dass der Stadtrat bzw. die Verwaltung für die verschiedenen Sportvereine eine kompetente Ansprechstelle sein will. Die Fraktion wünscht, dass dies wirklich umgesetzt wird, und zwar für die Sportvereine im Laien-, nicht im professionellen Bereich. Dort ist ein gewisser Handlungs- und Optimierungsbedarf vorhanden.

Auch die GLP-Fraktion hat bereits ein kleines Hobby entwickelt in ihren Interventionen, und das betrifft die Wirtschaftsförderung der Stadt Luzern. Da fehlen ihr im Geschäftsjahr 2009 klare Konzepte, wie die Schlüsselareale in der Stadt Luzern entwickelt werden können. Es bestehen sicher Ideen, aber die reichen nicht; es braucht Konzepte, wie die wichtigen Schlüsselareale – von denen es ja auch nicht mehr sehr viele gibt – weiterentwickelt werden können, auch im Sinne der Wirtschaftsförderung. Die GLP-Fraktion tritt also auf den B+A ein und wird ihn auch genehmigen.

Finanzdirektor Stefan Roth dankt für die positive Aufnahme des Geschäftsberichts und der beiden Rechnungen. Der Stadtrat ist sehr erfreut darüber und dankt auch dafür, dass die Wertschätzung des Personals in Bezug auf den Fusionsprozess Luzern-Littau ausdrücklich erwähnt worden ist. Es ist so, dass vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ehemaligen Gemeinde Littau bis am Schluss unter erschwerten Bedingungen eine Topleistung erbracht haben. Der stadträtliche Sprecher versucht sich auf einige wichtige Aussagen und Punkte zu fokussieren, die angesprochen worden sind.

Zur Verschuldung: Diese ist tatsächlich ein Thema. Sie steigt jetzt auf etwa 1550 Franken pro Kopf, wobei der Kanton zurzeit bei etwa 2900 Franken liegt. Die Verschuldung ist keine konstante Grösse, sondern es macht durchaus Sinn, je nach Wirtschaftslage, dass in gewissen Zeiten die Verschuldung bzw. der Verschuldungsgrad zurückgenommen wird, und andere, in denen sie zunimmt. Diese Zunahme beschäftigt den Stadtrat selbstverständlich auch sehr stark, auch in den Finanzperspektiven, weil sie zu einer Mittelverknappung führt. Es muss daher entsprechend gehandelt werden, und ein Punkt ist, dass jetzt vor allem auch bei der Kantonsregierung angesetzt wird. Bezüglich der ebenfalls angesprochenen Pflegefinanzierung hat gerade eine wichtige Debatte stattgefunden, bei der sich die Gemeindevertreter, auch der städtische, eingegeben haben: Es kann doch nicht sein, dass der Kanton 40 Mio.

Franken auf die Gemeinden abwälzt ohne eine Kompensation, indem z. B. auf den 1. Januar 2013 das Finanzausgleichsgesetz so angepasst wird, dass dies eine Entlastung bringt für die Gemeinden, die von der Pflegefinanzierung überproportional betroffen sind. Es wird auch immer wieder betont und versucht, den Landgemeinden mitzugeben, dass die Wirtschaftskraft in den beiden Zentren Luzern (Stadt und Agglomeration zusammen) und Sursee erbracht wird, damit diese die Anliegen der Stadt spüren. Dass die Stadt eine geringere Verschuldung hat, ist auch darin begründet, dass der Selbstfinanzierungsgrad in den Jahren 2001 bis 2007 teilweise über 300 Prozent lag; mit Ausnahme eines Jahres lag er stets über 100 Prozent. Der Grund liegt nicht darin, dass der Konsum stagnierte oder gar rückläufig war, sondern ganz wesentlich in der Aufgabenreform und in der damals geringeren Investitionstätigkeit. Diese zwei Hauptkomponenten haben dazu geführt, dass die Verschuldung der Stadt Luzern massiv zurückgenommen werden konnte. Dank der Politik, die der Stadtrat vorschlugen und die dieser Rat unterstützt hat, konnte Eigenkapital gebildet werden. Man kann vielleicht im Nachhinein sagen, dass es nicht genügend gelungen ist, frei verfügbares Eigenkapital zu bilden, denn wenn das Kapital in einem Fonds ist, was grundsätzlich gut ist, ist es sehr schwierig, die Mittel dort auch wieder herauszuziehen. Die Stadt Luzern verfügt über 60 Mio. Franken an Rückstellungen, aber diese werden schon im Jahre 2012 alle aufgebraucht sein. Allerdings werden Rückstellungen ja nicht zum Horten gemacht, sondern um sie dann einzusetzen, wenn es nötig ist. Alles daransetzen muss die Stadt, dass sie die relative Steuerkraft, die 45 % höher ist als im Durchschnitt der Agglomerationsgemeinden, mindestens halten kann. Darum ist der Fokus des Stadtrates nicht ausschliesslich auf das Sparen ausgerichtet, sondern der Stadtrat will auch die Ertragskraft steigern und wieder Freiräume schaffen, wenn die Stadt aus dieser Delle heraus ist, um die Errungenschaften und die hohe Lebensqualität beibehalten zu können.

Auch der Konsumaufwand wurde angesprochen. Der Stadtrat setzt alles daran, dass die Stadt nicht in strukturelle Defizite hineinflaut. Das darf nicht passieren. Im Jahr 2009 – davon konnte sich der Rat sicher überzeugen – herrschte eine ausgesprochen hohe Ausgabendisziplin. Berücksichtigt man nämlich die Rückstellung von 5 Mio. Franken, die ebenfalls im Konsumaufwand enthalten sind, liegt die Rechnung sogar 1,9 Mio. Franken unter Budget. In den Jahren 2006/2007 wurde das EÜP durchgeführt, im Fusionsprozess Luzern-Littau wurden Synergien geholt und zurzeit wird im Zusammenhang mit dem Sparpaket der Finanzhaushalt überarbeitet. Die persönliche Meinung des Sprechenden ist die, dass eine Verwaltung ohnehin alle vier bis fünf Jahre generell durchleuchtet werden muss, sonst läuft man Gefahr, im Konsum ein strukturelles Problem zu erhalten.

Zur Bemerkung, der Personalaufwand sei um 9 Mio. Franken höher. Das ist so im Vergleich der Rechnungen von 2008 und 2009. Es gibt aber auch ein Budget 2009, und dort war schon abgebildet, weshalb dieser Sprung von der Rechnung 2008 zum Budget 2009 so hoch ist. Ein Hauptgrund ist, dass im Jahr 2009 bereits sehr viele Aufgaben von der Gemeinde Littau in die Stadtverwaltung integriert wurden und dadurch der Personalaufwand erhöht wurde. Aber das wurde im Budget abgebildet. Die Rechnung liegt nur etwa 250'000 Franken unterhalb des Budgets, und zur Feststellung, dass rund 40 Prozent des Konsumaufwandes Personalausgaben sind, ist anzumerken, dass Luzern im Vergleich mit Städten wie St. Gallen, Winterthur und

Biel, die eine ähnliche Grössenordnung haben, durchaus bei den Leuten ist.

Der Investitionsplafond ist tatsächlich ein Thema, und der Stadtrat wird sich in der Klausur sehr intensiv damit auseinander setzen. Er muss sich Fragen der Priorisierung stellen. In der Finanzperspektive ist abgebildet, dass der Investitionsplafond zurückgenommen werden muss. Die Vorfinanzierung des Tiefbahnhofs mit jährlich 5 Mio. Franken führt ja dazu, dass allein schon mit diesen 5 Mio. der Plafond reduziert werden muss. Der Stadtrat ist also sehr stark gefordert. Bekanntlich hängen Investitionen aber auch vom Lebenszyklus einer Immobilie ab, was heisst, dass der Stadtrat nicht ganz frei ist.

Beim Personal findet keine Diskriminierung statt. Der Stadtrat pflegt eine sehr gute Zusammenarbeit mit den Personalverbänden, wobei sehr transparent verschiedenste Themen, unter anderem auch dieses, regelmässig angesprochen werden. In der kurzen Zeit, seit der Sprechende dabei ist, wurde dieses Thema nie von Mitarbeitenden vorgebracht, und das wurde es auch in der Vergangenheit nicht. Im Rahmen von Untersuchungen, die im Zusammenhang mit dem Sparpaket gemacht wurde, wurde festgestellt, dass die Stadt Luzern im Vergleich zu anderen Städten einen sehr hohen Anteil an Teilzeitstellen hat. Sie ist jetzt bei etwa 52 Prozent. Im Rahmen des Sparpakets, bei dem es auch um Leistungsüberprüfungen geht, ist zu klären, wie mit dieser Ausgangslage umzugehen ist.

Damit zum Rechnungsergebnis und zur Problematik der Verwendung bzw. der Planung und zu den Finanzperspektiven. Der gute Abschluss ist kein Anlass, jetzt in Euphorie zu verfallen und z. B. die künftigen Einnahmen exorbitant höher einzustellen. Aufgrund der Wirtschaftslage war die Planung wahrscheinlich noch nie so anspruchsvoll wie heute: Die KOF-Prognose zeigt einmal nach oben, einen Monat später wieder nach unten, und in diesem Umfeld muss sich der Stadtrat bewegen. Auf dessen Sommerseminar hin wurden Hochrechnungen über den Stand per 30. April gemacht; das wird jetzt noch adaptiert, um möglichst aktuelle Zahlen zu haben. Es ist festzustellen, dass man bei den Einnahmen für das Jahr 2010 auf Budgetkurs ist, und auch beim Konsum ist man im jetzigen Zeitpunkt relativ nahe an der Zielgrösse. Es ist aber zu bedenken, dass das prognostizierte Budgetdefizit im Jahr 2010 2,8 Mio. Franken beträgt, wobei noch 18 Mio. Franken an Rückstellungen aufgelöst werden. Dieses „Delta“ bei den Einnahmen wird jetzt analysiert und die entsprechenden Überlegungen werden auch in die Planung einfließen. Auf der langfristigen Perspektive wird versucht, das auch z. B. in der Revision der Bau- und Zonenordnung, die im Gange ist, abzubilden. Wenn von 1000 neuen Wohnungen oder 20'000 Quadratmeter neuen Dienstleistungsflächen die Rede ist, muss versucht werden, in der Gesamtplanung aufzuzeigen, was das bedeutet. Der Stadtrat versucht, einen perspektivischen Ansatz zu wählen, welcher die Einnahmenentwicklung positiv beeinflusst.

Die Steuergesetzrevision wurde mehrfach angesprochen. Der Stadtrat stellt sich auf den Standpunkt, dass diese nun ein Fakt ist. Er will und muss diese jetzt als Chance packen, und zwar so, dass vor allem für die juristischen Personen die eigenen Schlüsselareale kommerzialisiert werden, um Flächen für bestehende Unternehmen, die in der Stadt bleiben und sich erweitern wollen, zur Verfügung stellen zu können, aber auch neuen Unternehmungen. In diesem Zusammenhang wurde auch die Wirtschaftsförderung angesprochen. Der Stadtrat hat sich in der Vergangenheit und wird sich in der Zukunft noch verstärkt dazu Gedanken ma-

chen – im September findet eine wichtige Abstimmung statt bezüglich Pilatusplatzareal –, wie die Wirtschaftskraft gestärkt werden kann. Dort muss angesetzt werden, und der Stadtrat ist jetzt auch daran, beim Schlüsselareal Steghof einen Investorenwettbewerb aufzugleisen. Das muss jetzt terminiert werden, damit klar wird, dass der Stadtrat nicht nur davon redet. Schliesslich aber wird auch der Grosse Stadtrat gefordert sein, die diesbezüglichen Anliegen des Stadtrates zu unterstützen.

Ratspräsident Marcel Lingg stellt fest, dass der Rat auf Geschäftsbericht und die Rechnung 2009 eingetreten ist.

Detail

Zu 4.3, Sicherheitsdirektion, Seite 73 ff.

Philipp Federer ist Seite 83 aufgefallen, dass in verschiedenen Bereichen der Polizei weniger Leistungen erbracht und z. B. weniger Ordnungsbussen ausgestellt wurden. Dafür wurden fast 25'000 Überstunden abgebaut. Dieses Resultat wird Seite 84 lapidar folgendermassen kommentiert: „Zudem wurde die Organisation ab Sommer 2009 auch in weiteren Bereichen bereits auf die neue Luzerner Polizei ausgerichtet, und Überstunden wurden abgebaut.“ Falls das ein Vorgeschmack auf die künftige Luzerner Polizei sein sollte, so betrachtet das der Sprechende – aber nicht nur er, auch andere und die G/JG-Fraktion – dies als einen gefährlichen Weg.

Stadtpräsident Urs W. Studer begründet dies in Vertretung der gerade abwesend gewesenen Sicherheitsdirektorin wie folgt: Das ist kein Vorgeschmack auf die neue Luzerner Polizei und ihre Aktivitäten im Stadtzentrum von Luzern oder in der Stadtregion als Ganzer. Aber eine Auflage des Kantons bei der Übernahme der Stadtpolizei war natürlich, dass er nicht willens war, die bei der Stadtpolizei aufgelaufenen Überzeiten zu übernehmen und die Leute die Überstunden kompensieren zu lassen oder sie allenfalls sogar abzugelten. Von daher mussten in der zweiten Jahreshälfte 2009 die Überzeiten abgebaut werden, und zwar vollkommen, das heisst praktisch auf Null, und das ist wohl mit ein Grund für diese „Ausdünnung“ der polizeilichen Aktivitäten in der zweiten Jahreshälfte 2009. Das ist aber in keiner Art ein perspektivischer Ansatz für ein reduziertes sicherheitspolizeiliches Konzept in der Stadt Luzern für jetzt und die Zukunft.

Zu 5.2, Volksschule, Seite 137 ff.

Edith Lanfranconi-Laube: Die Leistungsziele 1 und 5 bei der Volksschule werden als teilweise erreicht bezeichnet. Beim einen geht es um die Möglichkeit von schwächeren Schülerinnen und Schülern, eine berufliche Anschlussmöglichkeit zu finden. Da heisst es lediglich, dass dies bei 2 Prozent nicht erreicht sei. 2 Prozent sind nicht viele, aber trotzdem ist jede/r zu viel. Die G/JG-Fraktion möchte die Stadt ermutigen, die bestehenden Förderangebote, nämlich Brü-

ckenangebote, Time-out, Schulsozialarbeit, individuelle Förderung und Unterstützung, unbedingt beizubehalten. Auch soll beim Modell der integrativen Förderung gerade zu den schwächeren Jugendlichen, die häufig aus Familien mit einem tieferen Bildungsniveau kommen, speziell Sorge getragen werden. Damit zum zweiten Leistungsziel, der Einführung der integrativen Förderung auf das Schuljahr 2010/2011, das ebenfalls als nur teilweise erreicht bezeichnet wird: Sorge zu tragen gilt es auch – die Fraktion hat das hier schon oft gesagt, aber man kann es nicht oft genug sagen – zu den Lehrpersonen der Volksschule, die mit dem neuen System konfrontiert werden. Trotz Denkwerk, das eine sehr gute Sache ist, gibt es noch viele und wohl auch berechtigte Verunsicherung bei den Lehrpersonen speziell auch in Bezug auf die personellen Ressourcen: Wie viele Leute werden es sein, wie sind sie ausgebildet usw. Die G/JG-Fraktion macht hier ein grosses Fragezeichen zur Kostenneutralität, die vorgegeben ist und eingehalten werden soll; sie hat den Eindruck, dass dies gerade in der Anfangszeit nur schwer möglich ist.

Zum Zahlenteil, Laufende Rechnung, Seite 13 ff.

Urs Wollenmann hat Seite 17 das letzte Konto, Stelleninserate, von Fr. 206'783.70, gegenüber 0 im Budget, doch sehr erstaunt. Kann man erklären, wie dieser happige Betrag allein für Stelleninserate zustande gekommen ist?

Stadtpräsident Urs W. Studer ist die Dienstabteilung Personal von der politischen Verantwortung her unterstellt. Er weist darauf hin, dass die Stadt die Inserate nicht selber macht und auch keinen eigenen Verlag führt. So weit dies nicht über die elektronischen Mittel z. B. im Indoor möglich ist, in welchem im letzten Jahr auch Personal gesucht wurde – wobei frei werdende Stellen zuerst intern Littauern/-innen angeboten wurden –, muss bei Zeitungen dann eben bezahlt werden, was diese verlangen. Man könnte allenfalls sagen, dass Inserate kleiner oder von der Gestaltung her weniger aufwendig sein sollten. Wie sich dieser Betrag genau zusammensetzt, weiss der Sprechende nicht. Er möchte aber darauf hinweisen, dass wenn eine Persönlichkeit gesucht wird wie ein neuer Stadtarchitekt für den Ende dieses bzw. Anfang des nächsten Jahres in Pension gehenden Jean-Pierre Deville, nicht nur in der Neuen LZ inseriert werden kann und muss, sondern auch nationale Blätter wie das „Alpha“ und die Neue Zürcher Zeitung und Fachzeitschriften zu berücksichtigen sind. Das liegt auf der Hand.

Finanzdirektor Stefan Roth ergänzt, dass auf der gleichen Seite oben, beim Konto 112.309.07 Fr. 230'000.– budgetiert worden sind. Die Stadtbuchhaltung hat eine Umbuchung vorgenommen zu den Spezialaufgaben, weshalb der tatsächliche Betrag von 206'783.70 dann dort erscheint.

Philipp Federer: Eine Rechnung enthält neben der Bilanz meist wenig Spannendes. Die Bilanz ist das Ergebnis, ob positiv oder negativ. Grössere Abweichungen, wie z. B. jene bei der Polizei, sind jedoch interessant: Warum gab es sie? Eine zweite grössere Abweichung ist Seite 15 zu finden: eine Verdoppelung gegenüber dem Budget, und zwar bei den Pensionskassenkos-

ten für die Besitzstandswahrung für fünf Stadträte. Diese sind sehr hoch, wenn auch erklärbar. Für fünf Stadträte werden 970'000 plus 2,9 Mio. Franken aufgewendet, insgesamt also 3,8 Mio. für Besitzstandgarantie. Das möchte der Sprechende hier auch gegenüber der Öffentlichkeit festgehalten haben.

Urs Wollenmann vermisst die Zahl für die SIP. Wo, unter welche Rechnungsposten, sind die Kosten für die SIP zu finden? Die SIP wird nicht namentlich aufgeführt, oder täuscht sich der Sprechende? Für die APG ist ein Ertrag von 884'000 Franken drin. Wenn sich der Sprechende nicht täuscht, steht im Vertrag, dass die APG 1 Mio. Franken pro Jahr bezahlen muss. Deshalb interessiert ihn, wie diese Differenz zustande kommt. Weshalb ist diese Mio. nicht bezahlt worden?

UVS-Direktorin Ursula Stämmer-Horst kann die Zahlen zur APG im Moment nicht genau erklären; es sind aber zwei verschiedene Konten. Das war damals auch in der GPK ein Thema, aber sie kann die Frage hier nicht spontan und detailliert beantworten. Bezüglich SIP weist sie darauf hin, dass sie Mitte Jahr in die Dienstabteilung Stadtraum und Veranstaltungen integriert worden ist und also nicht mehr beim Stab der Sicherheitsdirektion war.

Finanzdirektor Stefan Roth ergänzt zu den APG-Geldern, dass bei den Finanzliegenschaften ein Betrag von 432'000 Franken enthalten ist (Seite 55, Konto 434.13), der Rest bei einem Konto der Stadtpolizei (410.03). Zu den Stadtratsrenten ist zu präzisieren, dass diese in der Vergangenheit jeweils in der Bilanz als Eventualverpflichtung angeführt wurden. Jetzt wurden sie in die Bilanz integriert. Der Grosse Stadtrat hat das entsprechende Regulativ im Herbst 2003 genehmigt, und sie wurden jetzt aus der Eventualverpflichtung herausgenommen und in die Bilanz integriert. Es sind im Übrigen nicht fünf, sondern vier Stadträte drin, weil das ein Regulativ nach altem Recht ist.

UVS-Direktorin Ursula Stämmer-Horst ergänzt zur SIP, dass sie zwar Mitte letzten Jahres in die Dienstabteilung Stadtraum und Veranstaltungen integriert wurde, in der Rechnung erscheint sie aber noch im Stab der Sicherheitsdirektion (Konto 410.301).

Kommissionspräsidentin Alice Heijman hält fest, dass diese Fragen in der GPK-Sitzung nicht gestellt worden sind. Es wäre gut, wenn sie gestellt worden wären, dann hätten sie bis heute beantwortet werden können. Wenn die Stadträte sie nicht hätten beantworten können, hätte man in der Verwaltung nachfragen können.

Philipp Federer weist darauf hin, dass unter der Position Einlagen/Rückstellungen vier Stadträte enthalten sind, der fünfte unter Konto 307, Pensionen. Das sind 970'000 Franken Überschreitung.

Finanzdirektor Stefan Roth: Die Stadt Luzern hat natürlich immer noch fünf Stadträte, aber die gehen auch in die Pension oder treten nicht mehr an, und so gibt es dann wieder fünf.

Zum Antrag des Stadtrates, Seite 173

- I. Den Nachtragskrediten wird mit 44 Ja bei 0 Nein und 1 Enthaltung zugestimmt.**
- II. Der Geschäftsbericht wird einstimmig genehmigt.**
- III. Der Verwaltungsrechnung, der Vermögensrechnung und dem Fonds zur allgemeinen Förderung von Kultur und Sport wird einstimmig zugestimmt.**
- IV. Der Fusionsbilanz wird einstimmig zugestimmt.**
- V. Der Überführung von Grundstücken vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen wird mit 45 Ja bei 0 Nein und 0 Enthaltungen zugestimmt.**
- VI. Der Überführung von Grundstücken vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen wird ebenfalls einstimmig zugestimmt.**

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 9 vom 31. März 2010 betreffend Geschäftsbericht 2009, gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission, welche einen besonderen Prüfungsbericht des Finanzinspektorats eingesehen hat,

in Anwendung von Art. 38 des Vertrages über die Fusion der Gemeinden Littau und Luzern vom 17. Juni 2007, Art. 13 Abs. 1 Ziff. 2, Art. 30 Abs. 1 lit. a, Art. 60 Abs. 1, Art. 61 Abs. 1, Art. 63, Art. 68 Ziff. 2 lit. a und Ziff. 4 und Art. 69 lit. a Ziff. 2 und 3 und lit. b Ziff. 9 der Gemeindeordnung vom 7 Februar 1999 sowie Art. 53 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

I.

Zulasten der Rechnung 2009 werden folgende Nachtragskredite bewilligt:

Fr. 11'000'000.– zusätzliche Abschreibung von Verwaltungsvermögen,
Fr. 1'903'000.– Einlage in die Steuerausgleichsreserve.

II.

Der Geschäftsbericht des Stadtrates für das Jahr 2009 wird genehmigt.

III.

Nachgenannte Rechnungsabschnitte, abgeschlossen auf den 31. Dezember 2009, werden genehmigt:

1. Verwaltungsrechnung

Aufwand	Fr. 607'820'789.30
Ertrag	Fr. 611'048'698.21
Ertragsüberschuss	Fr. 3'227'908.91

Der Ertragsüberschuss wird wie folgt verwendet:

Fr. 3'227'908.91 Einlage ins Eigenkapital

2. Vermögensrechnung

Der Vermögensausweis und die Bilanz, welche bei den Aktiven und Passiven beidseitig mit einem Totalbetrag von Fr. 500'034'888.92 abschliessen.

3. Fonds zur allgemeinen Förderung von Kultur und Sport

Die Jahresrechnung über den Fonds zur allgemeinen Förderung von Kultur und Sport, welcher einen Restbestand von

Fr. 344'238.42 für den Bereich Kultur und von
Fr. 441'293. 40 für den Bereich Sport aufweist.

IV.

Die Fusionsbilanz, erstellt per 1.1.2010, welche bei den Aktiven und Passiven beidseitig mit einem Totalbetrag von Fr. 624'092'704.77 eröffnet, wird genehmigt.

V.

Folgende Grundstücke werden gestützt auf die Fusionsbilanz per 1.1.2010 vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen übergeführt, und der entsprechende Kredit von Fr. 4'437'762.45 zulasten der Investitionsrechnung für die Überführung ins Verwaltungsvermögen wird bewilligt:

Grund st.-Nr.	Strasse	Grundbuch	Nutzung	Buchwert per 31.12.09	Grundstücks- fläche in m ²
179	Rothenweidli	Littau	Familiengärten	1'000'000.00	9'198.00
231	Ruopigenmoos	Littau	Familiengärten	0.00	41'918.00
316	Cheerstrasse	Littau	Feuerwehrmagazin	1'316'920.00	632.00
1238	Grossmatte 16	Littau	Jugendtreff	303'512.05	627.00
1507	Ruopigen	Littau	PP/BMX/Baseballplatz (nur Landanteil)	0.00	30'000.00
1516	Ruopigenmoos	Littau	Fussballclub / Boccia (nur Landanteil)	1'600'000.00	40'949.00
1517	Ruopigenmoos	Littau	Tennisanlage	217'330.40	33'475.00
4018	Stalden	Kriens	Miteigentum Wohnhaus	0.00	48'049.00
4019	Stalden	Kriens	Miteigentum Schiessanlage	0.00	33'697.00
1476	Staldenhof	Littau	Strasse	0.00	10'394.00
Total				4'437'762.45	248'939.00

VI.

Folgende Grundstücke werden (ohne Buchwert) per 1.1.2010 vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen übergeführt:

Grund st.-Nr.	Strasse	Grundbuch	Nutzung	Grundstücks- fläche in m ²
707	Littau	Berg Littau	Geschäftshaus	1'680.00
1196	Ruopigen	Littau	CKW Baurecht	8'116.00
1437	Udelboden	Littau	Land	1'621.00
1511	StaffelIntäli	Littau	Anteil Bauland	6'000.00
40	Fluhmühle/Lindenstrasse	Littau	Wald	200.00
Total				17'617.00

VII.

Die Beschlüsse gemäss den Ziffern I und V unterliegen je einzeln dem fakultativen Referendum.

3. Bericht und Antrag 15/2010 vom 31. März 2010: Rechnung 2009 Gemeinde Littau

Bei diesem Traktandum befindet sich Josef Wicki im Ausstand.

Eintreten

Kommissionspräsidentin Alice Heijman: Wie oben erwähnt, wurde die Rechnung der Gemeinde Littau an der GPK-Sitzung vom 27. Mai beraten. Ihr wurde diskussionslos zugestimmt. Besonders zu erwähnen ist auch hier eine zusätzliche Anstrengung der Gemeinde Littau.

Dominik Durrer: Dieser Abschluss der Gemeinde Littau zeigt die seriöse und engagierte Arbeit der Verantwortlichen bis zum Zeitpunkt der Fusion der beiden Gemeinden, aber auch darüber hinaus. Das möchte die SP/JUSO-Fraktion explizit bei den Verantwortlichen der beiden Finanzdirektionen und stellvertretend auch dem Personal von Littau und Luzern verdanken. Sie stimmt der Rechnung, so wie sie vorliegt, zu.

Rolf Krummenacher möchte hier auf eine ausführliche Analyse wie bei der Rechnung der Stadt Luzern verzichten, sondern lediglich einige Bemerkungen anbringen. Zuerst zum Aufwand: Man sieht, dass in Littau der Aufwand im Griff ist, und man sah auch, dass die Erträge nicht so kommen wie budgetiert. Es war in Littau leider der Fall, dass mit dem Aufwand einiges aufgefangen wurde. Bei den Erträgen ist zu sagen, dass die Tendenz – knapp gehalten – zu denken gibt; es gab sogar leicht rückläufige Erträge, die gar unter dem Budget lagen, trotz Nachträgen. Diese waren zudem im Vergleich mit anderen Gemeinden doch eher klein. Die Volatilität bei den juristischen Personen zeigt, dass das Gewerbe, das dort Steuern bezahlt, sehr viel krisenanfälliger ist und einen anderen Charakter hat als jenes in der Stadt. Für die Zukunft heisst das sicher, dass man das Potenzial bei den natürlichen Personen ausschöpfen können muss, und bei den juristischen Personen muss es gelingen, mit Littau zusammen und auch mit den Möglichkeiten, die es dort vom Land her gibt, stabilere Erträge zu generieren. Eine weiter gehende Analyse auch über die Verschuldung macht jetzt keinen Sinn; zum Thema Verschuldung aber doch noch dies: Der Sprechende hat zuvor gesagt, dass die Verschuldung der Stadt Luzern mit Littau verdoppelt wird. Das soll hier doch noch in ein etwas anderes Licht gerückt werden. Die Stadt Luzern übernimmt nicht einfach nur Schulden, sondern auch Werte. Littau hat auch ein Potenzial, das genutzt werden kann, und schliesslich noch eine kleine Mitgift, um es so zu nennen: Der Sprechende hat sich danach erkundigt, und der Finanzdirektor hat ihm das bestätigt: Littau erhält 3,4 Mio. Franken aus dem Steuer- bzw. dem Finanzausgleich. Das ist eine positive Mitgift, und die erhält Luzern noch für zehn Jahre.

Thomas Schärli: Mit dieser Rechnung wird noch einmal ein Stück Geschichte der Gemeinde Littau geschrieben. Die Rechnung 2009 gehört wohl zu den emotionalsten Rechnungslegungen, jedenfalls für den Sprechenden, der zu den Fusionsgegnern gehört. Das vergangene Jahr war geprägt von der Umsetzung der Fusion. Die Zusammenführung der beiden Gemeinden

hat sich auf das Erscheinungsbild der Littauer Rechnung ausgewirkt. Der Sprechende wird in der Detailberatung noch einige Fragen stellen. So kann man die Budgetüberschreitungen wohl am besten kommentieren: Sind das eventuell noch versteckte Fusionskosten? Na ja, ab heute ist die Gemeinde Littau mit einem Ertragsüberschuss von über 500'000 Franken definitiv Geschichte. Die SVP-Fraktion ist für Eintreten und wird der Rechnung 2009 der Gemeinde Littau zustimmen.

Markus Helfenstein: Die Rechnung 2009, die letzte Rechnung der Gemeinde Littau, schliesst mit einem erfreulichen Überschuss von rund 522'000 Franken ab, gegenüber dem veranschlagten Defizit von 1,8 Mio. Franken also rund 2,3 Mio. Franken besser als erwartet. Es ist erfreulich, dass nicht nur die budgetierten Einnahmen übertroffen, sondern auch die budgetierten Aufwendungen unterschritten werden konnten. Worauf ist dieses Ergebnis im Detail zurückzuführen? Der Sprechende möchte als Littauer einige Zahlen dieser Rechnung Revue passieren lassen, denn es ist für die Littauer doch emotional, vor allem auch für ihn selbst, weil er noch Präsident der Finanzkommission war. Bei dieser Gelegenheit begrüsst er Franz Isenschmid, der auf der Verwaltungsseite der letzte Finanzverantwortliche der Gemeinde Littau war.

Warum die Budgetunterschreitungen auf der Aufwandseite? Bei der Bildung 650'000, bei der Kultur 467'000, bei der Gesundheit 533'000 und beim Verkehr 563'000 Franken weniger. Das sind wirklich eindruckliche Zahlen. In Littau war man sich ja gewohnt, mit der ausgepressten Zitrone umzugehen. Auf Seite 2 der Rechnung sind Entnahmen aus Spezialfinanzierungen von total 1,96 Mio. Franken erwähnt. Tatsächlich sind jedoch nur Fr. 309'255.90 Auflösung aus der Spezialfinanzierung des Alterszentrums Staffelnhof. Die restlichen Posten von rund 1,65 Mio. Franken sind Auflösungen von Fonds und Vorfinanzierungen, und davon waren rund 866'000 Franken nicht budgetiert. Das hat natürlich mitgeholfen, die Budgetunterschreitungen auf der Aufwandseite zu erreichen. Es gab aber auch Mehreinnahmen auf der Ertragsseite: rund 710'000 Franken bei Finanzen und Steuern. Das Ergebnis wäre also um rund 2,9, nicht 2,3 Mio. Franken besser, aber es gibt natürlich auch Positionen, die gegenüber dem Budget schlechter ausgefallen sind. Da ist sicher die soziale Wohlfahrt mit 470'000 Franken zu nennen. Die Mehraufwendungen von 134'000 Franken in der allgemeinen Verwaltung werden sicher zumindest teilweise fusionsbedingt gewesen sein. Der Nettoaufwand der sozialen Wohlfahrt hat im Rechnungsjahr erneut um mehr als 1 Mio. Franken zugenommen. Die Aufwendungen für die soziale Wohlfahrt betrugen in Littau fast 34 Prozent des Nettoertrages, oder anders gesagt: Jeder dritte Franken wurde für die soziale Wohlfahrt ausgegeben. Die Tendenz ist sicher nicht fallend, sondern sie war in den letzten Jahren zunehmend.

Aufgrund der positiven Jahresrechnung werden vermutlich wieder Stimmen laut, die behaupten, dass die Finanzkraft der Gemeinde Littau im Vorfeld der Fusionsabstimmung viel zu schlecht dargestellt wurde und ein Alleingang auch finanziell unproblematisch gewesen wäre. Dem ist natürlich nicht so. Die eindrucklichen Zahlen im Statistischen Jahrbuch des Kantons Luzern waren in den letzten Jahren diesbezüglich sehr aufschlussreich. Die Steuerkraft Luzerns und der Agglomeration wurde heute bereits angesprochen.

Abgesehen von der Verschuldung von 56 Mio. Franken, die auch schon angesprochen worden

ist, bringt Littau also im letzten Jahr doch noch einen Ertragsüberschuss von einer halben Million Franken ein, und noch etwas anderes: die Bereitschaft nämlich, das kommende Sparpaket ohne Berührungsängste entgegenzunehmen. Die Finanzprobleme von Littau lagen auf der Einnahmenseite; Luzern lässt auf der Ausgabenseite sicher noch Spielraum offen. Dort gilt es, den Hebel anzusetzen, nebst den vom Finanzdirektor erwähnten Ertragskraftsteigerungen. Die CVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten auf diesen B+A und wird die Nachtragskredite und die Jahresrechnung der Gemeinde Littau für das Jahr 2009 genehmigen.

Hans Stutz: Die G/JG-Fraktion wird dieser Rechnung zustimmen, auch wenn sie nicht so transparent ist wie die städtische inklusive Geschäftsbericht, denn es liegt kein Geschäftsbericht vor, welcher die Tätigkeit des Gemeinderates von Littau weiter erläutert und deutet und allenfalls auch kritisiert oder das Ganze zumindest in den Rahmen gewisser Entwicklungen setzt. Auch war die G/JG-Fraktion im Einwohnerrat der Gemeinde Littau nicht vertreten und hat deshalb auch nicht die entsprechende Fachkompetenz, um allenfalls gewisse Zahlen näher zu hinterfragen. Aber eines – dies als Reaktion auf den CVP-Sprecher – weiss der Sprechende: Beim Sparprogramm kann nicht so einfach auf die Ausgabenseite gegangen werden, weil es in der Stadt Luzern bereits zwei Sparrunden gegeben hat: Im Rahmen des EÜP und auch der Fusion wurde bereits vieles eingespart, und wo kein Fett ist, kann nicht einfach weitergespart werden.

Ratspräsident Marcel Lingg weist zur Bemerkung von Hans Stutz betreffend Geschäftsbericht der Gemeinde Littau darauf hin, dass der Einwohnerrat an seiner letzten Sitzung im Jahre 2009 noch in eigener Kompetenz einen Geschäftsbericht diskutiert und verabschiedet hat.

Finanzdirektor Stefan Roth dankt für die Rückmeldungen und möchte zwei Punkte näher beleuchten, die in einem Fusionsprozess wichtig sind. Die Exekutive von Littau hatte seit dem Fusionsentscheid Vereinbarungen mit dem Stadtrat von Luzern, und zwar in zwei Punkten: Erstens wurde bewusst auf die Realisierung von Buchgewinnen in der Grössenordnung von 800'000 Franken verzichtet. Es geht dabei um die gemeindeeigene Liegenschaft Tschuopis (beim Dorfausgang rechts vor dem Renggloch Richtung Malters/Kriens), welche die Gemeinde vor zwei Jahren erworben hat. Darauf wurde verzichtet, um später mit der Stadt Luzern gemeinsam zu planen und einen Investorenwettbewerb zu starten. Zweitens hat der Gemeinderat den Investitionsplafond von 6 Mio. Franken, den er ebenfalls mit der Stadt Luzern ausgehandelt hat, nicht ausgeschöpft. Es gab Stimmen, welche mit dem Hinweis auf die beschlossene Fusion mehr Investitionen verlangten, aber das hat der Littauer Gemeinderat selbstverständlich nicht getan. Bezüglich Entwicklungspotenzial für Gewerbe und Industrie, wo die Stadt Luzern im Rahmen der BZO keine grossen Möglichkeiten mehr hat, darf betont werden, dass es zum Beispiel auf dem Littauer Boden noch Potenzial gibt; eingezontes, unbebautes Industrieland von zirka 30'000 Quadratmetern. Das hat die Gemeinde nicht einfach auf den Markt gebracht, sondern in Absprache mit den Grundeigentümern und der Stadt muss zuerst der Entwicklungsschwerpunkt Nord mit dem Seetalplatz gelöst sein, bevor man sich Gedanken macht, was dort angesiedelt werden soll. Die Erwartungshaltung, welcher Mehrwert aus

dieser Fusion entsteht, wurde in den Finanzperspektiven der Fusion Littau-Luzern abgebildet: Aufgrund der Fusion sollen jährlich wiederkehrend etwa 3 Mio. Franken mehr an Steuersubstrat generiert werden können; das wird dann selbstverständlich in der Planung 2011–2015 aufgezeigt. Die Gemeinde Littau hatte nicht ein Kosten- bzw. Aufwandproblem, sondern ein Ertragsproblem. Die Ertragskraft war die eigentliche Differenz zur Stadt, und darum ist wichtig, dass immer wieder zur Kenntnis genommen wird, dass man in Littau sehr haushälterisch mit den Mitteln umgegangen ist, bescheiden geblieben ist, keinen Perfektionismus betrieb usw.

Die Rechnung ist nicht geschönt, sondern die Gemeinde Littau hat Vorfinanzierungen gemacht. Sie hat beispielsweise ein Regulativ gehabt, dass bei Baubewilligungen über Jahre hinweg eine Ersatzabgabe geleistet werden musste explizit für Kindergärten. Das Geld wurde immer entsprechend verwendet, denn solche Fonds sind nicht einfach zum Äufnen da, sondern auch, damit das Geld zweckentsprechend eingesetzt wird. Im Bereich Verkehr hat die Gemeinde allein von der LSVA Rückerstattungsbeiträge des Kantons erhalten, und zwar Mehrerträge von etwa 350'000 Franken. Es wurde ein Kreisel vorfinanziert, an den jetzt der Kanton ebenfalls seinen Drittel Anteil bezahlt, und dieser Mehrertrag hat dazu geführt, dass im Verkehr die budgetierten Ausgaben nicht erreicht wurden.

Ratspräsident Marcel Lingg stellt fest, dass der Rat auf den B+A 15/2010 eingetreten ist.

Detail

Thomas Schärli: Warum sind die Honorare für Gutachten des Gemeinderates in Konto 012.00.318.02 (Seite 43) mit Fr. 168'181.40 so hoch (Budget: 25'000.–)?

Finanzdirektor Stefan Roth: Auch hier gilt, was die Kommissionspräsidentin sagte: Es wäre gut gewesen, wenn diese Rückmeldungen bzw. Fragen in der Kommission gekommen wären. Es geht hier aber um Folgendes: In diesen Honoraren für Gutachten sind natürlich auch Fusionshonorare für die externe Projektleitung enthalten. Weil aber für die Finanzierung des Projekts Fusion Littau-Luzern eine Rückstellung gebildet wurde, findet man auf der gleichen Seite ganz unten die Kostenrückerstattung von Fr. 168'194.–, welche dies wieder ausgleicht.

Thomas Schärli: Wofür wurden so viele Anschaffungen gemacht für ein aufzulösendes Gemeindearchiv in Konto 021.00.311.00 (Seite 47), Anschaffungen für Fr. 52'760.60 (Budget: Fr. 35'300.–)?

Finanzdirektor Stefan Roth: Bei der Analyse des Gemeindearchivs nach der Volksabstimmung zur Fusion wurde festgestellt, dass die Gemeinde gewisse Vorarbeiten leisten musste für die Überführung der Bestände in das Archiv der Stadt Luzern. Um den gesetzlich vorgegebenen Level zu erreichen (der genaue Level wurde auch ausverhandelt) und umzusetzen, wurden diverse Anschaffungen notwendig, weshalb es mehr Anschaffungen gab.

Thomas Schärli: Warum kostet die Verpflegung im Alterszentrum Staffelnhof so viel mehr, nämlich laut Konto 415.00.313.05 (Seite 81), Verpflegung, Fr. 825'095.50 (Budget 711'200.-); im Einwohnerrat gab es ja den Mahlzeitendienst.

Finanzdirektor Stefan Roth: Damit befindet man sich nun wirklich in den „Niederungen“ eines operativen Problems, und in der GPK-Sitzung hätten die Fachleute sicher Bescheid sagen können. Das weiss der Sprechende nicht.

Zum Antrag des Stadtrates, Seite 4

- I. Die Nachtragskredite werden einstimmig genehmigt.
- II. Die Verwaltungsrechnung und die Vermögensrechnung werden ebenfalls einstimmig genehmigt.

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 15 vom 31. März 2010 betreffend

Rechnung 2009 der Gemeinde Littau,

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission, welche einen besonderen Prüfungsbericht des Finanzinspektorats eingesehen hat,

in Anwendung von Art. 38 des Vertrages über die Fusion der Gemeinden Littau und Luzern vom 17. Juni 2007,

beschliesst:

- I. Die Nachtragskredite gemäss Übersichtsliste werden genehmigt.
- II. Nachgenannte Rechnungsabschnitte, abgeschlossen auf den 31. Dezember 2009, werden genehmigt:

1. Verwaltungsrechnung

Aufwand	Fr. 102'706'869.39
Ertrag	<u>Fr. 103'229'235.68</u>
Ertragsüberschuss	Fr. 522'366.29

Der Ertragsüberschuss wird wie folgt verwendet:

Fr. 522'366.29 Einlage ins Eigenkapital der Stadt Luzern

2. Vermögensrechnung

Der Vermögensausweis und die Bilanz, welche bei den Aktiven und Passiven beidseitig mit einem Totalbetrag von Fr. 147'057'815.85 abschliessen.

4. B+A 17/2010 und Interpellation 11

Ratspräsident Marcel Lingg schlägt vor, gleichzeitig mit dem B+A 17/2010 die Interpellation 11 zu behandeln. **Diesem Vorgehen wird nicht opponiert.**

4.1 Bericht und Antrag 17/2010 vom 21. April 2010: Volksinitiative „Rettet die ‚Schmiede‘ – Stopp den Abbruchplänen der Stadt Luzern“

4.2 Interpellation 11, Urs Wollenmann, Philipp Federer und Werner Schmid vom 25. Januar 2010: Was geschieht mit der Fassadenmalerei des Wirtshauses zur Schmiede?

An der Nordostseite des „Wirtshauses zur Schmiede“ befindet sich eine künstlerisch wertvolle Fassadenmalerei des Luzerner Malers und Grafikers Eduard Renggli (1882–1932), Professor an der Kantonsschule Luzern.

Eduard Renggli hat 1928 auch die Fassadenmalerei „Hochzeit zu Kanaa“ am Haus zur Sonne am Weinmarkt gefertigt. Diese Fassadenmalerei ist unter Denkmalschutz gestellt worden.

An der Ratssitzung vom 3. September 2009 ist vom Interpellanten auf diesen Umstand anlässlich der Verhandlung zur Dringlichen Interpellation 531, Werner Schmid und Urs Wollenmann namens der SVP-Fraktion, vom 17. Juli 2009: „Wie weiter mit der Schmiede und der Entwicklung am Pilatusplatz?“ aufmerksam gemacht worden: Es könne ja wohl nicht angehen, dass der gleiche Stadtrat einerseits die Renovation des Hauses zur Sonne durch eine private Besitzzerschaft nicht genug loben könne, andererseits als Besitzer eines Hauses mit einer Fassadenmalerei von gleicher künstlerischer Bedeutung nichts Dringenderes vorhabe, als das Haus abzureissen und damit die Fassadenmalerei unwiederbringlich zu zerstören. Auf diesen Einwand ist an dieser Sitzung kein Echo erfolgt.

Es ist deshalb angezeigt, mit folgenden Fragen nachzustossen:

1. Ist sich der Stadtrat bewusst, dass die Fassadenmalerei des Wirtshauses zur Schmiede von gleichem künstlerischem Gehalt ist wie die unter Denkmalschutz gestellte Malerei des selben Malers am Haus zur Sonne?
2. Hat sich der Stadtrat nicht darum bemüht, dieses klassische Renggli-Bild an der Schmiede unter Denkmalschutz zu stellen?
3. Wieso nicht?
4. Ist der Stadtrat der Ansicht, dass die Schmiede und ihre originalen Glasmalereien und die Fassadenmalerei nicht zum kulturhistorischen Erbe der Stadt Luzern gehören, die geschützt werden sollten?
5. Wenn der Stadtrat mit seiner Absicht, die Schmiede abzureissen, durchsetzt, was passiert u.a. mit dem schützenswerten Wandbild?

6. Hat sich der Stadtrat schon überlegt, was eine Rettungsaktion des Wandbildes beim Abriss des Hauses kosten würde?
7. Ist dies technisch überhaupt durchführbar?

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

Die Platzfassade des Gasthauses zur Schmiede besass bereits vor 1896 eine Fassadenmalerei. Zwischen den Fenstern des zweiten Obergeschosses waren zwei mächtige Fratzen mit wildem Haarwuchs dargestellt. Die heutige Fassadenmalerei am Wirtshaus zur Schmiede wurde vermutlich bei der Renovation im Jahr 1935 durch die damalige Besitzerin, die Brauerei Eichhof, in Auftrag gegeben. Der Maler Eduard Renggli (1882–1939) schuf zwei Handwerksgesellen in Überlebensgrösse. Zahlreiche Fassadenmalereien in Luzern zeugen von Rengglis Schaffen. Der Luzerner Künstler erlangte bereits in frühen Jahren durch seine Plakatentwürfe Bekanntheit. Als Maler, Zeichner und Grafiker schuf er Porträts, Akte, Genreszenen, Landschaften usw. Renggli war auch tätig als Lehrer an der Luzerner Kunstgewerbeschule.

Zu 1.:

Der Stadtrat ist sich bewusst, dass die Fassadenmalerei des Gasthauses zur Schmiede vom Maler Eduard Renggli stammt.

Zu 2.:

Ja, er hat sich nicht darum bemüht.

Zu 3.:

Die Fassadenmalerei „Hochzeit zu Kanaa“, geschaffen 1928 am Haus zur Sonne am Weinmarkt 20, wird als die beste künstlerische Leistung des einheimischen Meisters Eduard Renggli bezeichnet. Sie ist ein wertvolles Schmuckstück der Altstadt und zugleich ein Denkmal für die einstigen Osterspiele, die auf diesem Platz stattfanden. Die Fassadenmalerei am Gasthaus zur Schmiede nimmt im Werk des Luzerner Künstlers nicht den gleichen Stellenwert ein.

Zu 4.:

Das Gasthaus zur Schmiede mit seiner Fassadenmalerei und den Kunstverglasungen im Erdgeschoss gehört zweifellos zum kulturellen Erbe der Stadt Luzern. Der Stadtrat hat sich jedoch in einer Interessenabwägung entschieden, das grosse Entwicklungspotenzial des Pilatusplatzes in städtebaulicher, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Hinsicht zu nutzen. Der Pilatusplatz eignet sich ausgezeichnet für eine neue Überbauung. Deshalb wurde er im Rahmen der laufenden Revision der Bau- und Zonenordnung (BZO) als Schlüsselareal bezeichnet. Durch eine angemessene verdichtete Bauweise und durch sorgfältig gestaltete Aussenräume soll er zu einem prägnanten städtischen Platz werden. Als gestärkter Knotenpunkt könnte der Pilatusplatz im Stadtgefüge Ausgangspunkt und Impulsgeber für die Innenstadtentwicklung sein und die angrenzenden Quartiere besser miteinander verbinden. Bei einem Erhalt der „Schmiede“ ist diese städtebauliche Akzentuierung des Pilatusplatzes nicht möglich.

Zu 5.:

Der Stadtrat ist der Ansicht, dass die Fassadenmalerei mit dem Abbruch des Gebäude verloren gehen wird. Ein Ablösen und Versetzen der Fassadenmalerei erachtet der Stadtrat sowohl aus denkmalpflegerischer als auch aus finanzpolitischer Sicht als unverhältnismässig.

Zu 6.:

Der heutige Deckputz auf der Fassadenfläche ist ein nicht gestrichener, eingefärbter Kunststoffabrieb. Der Putz von 1935 ist unter dem Kunststoffabrieb vermutlich noch fast komplett vorhanden. Der Fassadenputz von 1935 ist vermutlich ein feinsandiger Kalkmörtel mit einem grösseren Anteil von Zement oder hydraulischem Kalk. Der Putz macht noch einen stabilen Eindruck. Die Malschicht ist vermutlich leicht reduziert und heute mit einem leicht glänzenden Firnis überzogen. Insgesamt ist die Malschicht ebenfalls stabil. Technisch ist dementsprechend eine Rettungsaktion des Wandbildes möglich. Die Kosten für das Ablösen der beiden aufgemalten Figuren, das Restaurieren und Wiedermontieren werden ungefähr auf Fr. 60'000.– geschätzt. Davon entfallen rund Fr. 20'000.– auf das Entfernen.

Zu 7.:

Siehe Antwort 6.

Kommissionspräsident Ernst Zimmermann: Die Baukommission hat an ihrer Sitzung vom 27. Mai 2010 diesen Bericht und Antrag eingehend behandelt. Vorgängig fand eine Besichtigung mit Einblick in sämtliche Räume der Liegenschaft Schmiede statt. Unter der Führung von Beat Heggli und Franz Iten wurden zum Zustand des Gebäudes klare Aussagen gemacht, insbesondere erwähnt wurde die Instabilität des Gebäudes.

Eingeladen zur Besichtigung mit anschliessender Stellungnahme war auch eine Delegation des Initiativkomitees. Herr Kissel und Herr Kälin, die beiden Vertreter, versuchten mit ihren Voten die Sichtweise des Komitees und die Wichtigkeit dieses bedeutenden Objektes mit dem dazugehörenden Platz darzustellen. Herr Kissel erwähnte auch die von der Stadtverwaltung geschätzten Baukosten für die Sanierung. Er ist der Meinung, dass der daraus resultierende Mietzins für den Gastrobetrieb aber human angehoben werden müsste. Einen gemäss den Investitionen üblichen Mietzins mit den eingerechneten Risiken sei für den Wirt untragbar. Dem Initiativkomitee geht es klar um den Erhalt des Gebäudes mit dem schönen Wandgemälde, der Gaststube der Schmiede mit den Jugendstil-Glasfenstern sowie dem angrenzenden Platz mit den Fachwerkhäusern. Nach Meinung des Komitees soll das Gebäude wieder aufgebaut, sprich saniert, und das angrenzende Areal parkähnlich mit Brunnen, Bäumen und Ruhebänken aufgewertet werden. Es soll ein Treffpunkt entstehen für Jung und Alt in einer Oase der Ruhe und der Begegnung mit einem originellem und historischem Hintergrund. In der umfangreichen Dokumentation, welche alle Kommissionsmitglieder vom Initiativkomitee erhielten, sind diese Vorstellungen vertieft beschrieben und abgebildet.

Nun die Sichtweise der Baukommission: Alle Mitglieder konnten sich, wie anfangs erwähnt, vor Ort von der schlechten Bausubstanz überzeugen lassen. Der Zustand der oberen Stockwerke ist bedenklich und lässt ausser dem Abbruch keine anderen, einigermaßen vernünftigen Möglichkeiten zu. Visuell betrachtet macht die Gaststube noch den besten Eindruck, aber man sieht ja nur die Verkleidung und nicht den Hintergrund mit der Tragkonstruktion.

Die Überlegungen und die Vorgehensweise des Stadtrates – dieser hat sich ja schon seit längerer Zeit mit dem Areal beim Pilatusplatz befasst – entsprechen den Vorstellungen der meisten Kommissionsmitglieder. Die Mehrheit kann dem Stadtrat folgen und sieht das grosse Entwicklungspotential, die Wertschöpfung und eine Weiterentwicklung dieses Schlüsselareals. Mit der städtebaulichen Aufwertung und der verdichteten Bauweise wird man auch der neuen BZO-Revision gerecht. Diese sieht ja an verschiedenen Orten eine Verdichtung und eine Weiterentwicklung mit städtebaulichem Akzent vor. Der immer geforderte haushälterische Umgang mit dem Boden spricht deutlich für diese Bauart. Betont wurde in der Kommission auch, dass eine Aufwertung auch einen Mehrwert anbieten muss. Gerade am Pilatusplatz kann diese Forderung effizient und qualitativ umgesetzt werden. Der Platz bietet die einmalige Chance einer Aufwertung in wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht. Die geplanten Flächen für Dienstleistungen und Wohnanteilen sind für das Wachstum der Stadt Luzern von enormer Bedeutung. Von der finanziellen Seite betrachtet könnten wichtige Einnahmen generiert werden.

Die Testplanung, welche im Jahr 2003 zur Entwicklung des Pilatusplatzes in Auftrag gegeben wurde, führte zum Ergebnis einer Neubebauung mit höheren Häusern und der Aufwertung des Pilatusplatzes. Die Kommission steht mehrheitlich hinter diesem Resultat und wünscht sich eine qualitative Veränderung. Sicher sind bei den meisten irgendwelche Emotionen vorhanden, die für einen Erhalt der Schmiede sprechen, aber realistisch und fundiert betrachtet ist ein Abbruch unumgänglich.

Die drei Sanierungsvarianten sowie die Rentabilität gaben noch etlichen Diskussionsstoff in der Kommission. Hier wurde allen klar, dass nach einer Sanierung mit Investitionskosten von über 3 Millionen Franken ein massiver Mietzinsanstieg für die Wohnungen und hauptsächlich auch für den Restaurantbetrieb anstehen würde. Die Aussichten für eine Vermietung des Gastrobetriebes sind demzufolge problematisch und stellen für die Stadt ein gewisses Risiko dar, dies wird übrigens auch von der Katar Treuhand als erfahrene Firma in dieser Branche bestätigt.

Eine Minderheit bemängelte die fehlende Gesamtstrategie für die Entwicklungsschwerpunkte. Sie ist der Meinung, dass nirgends aufgezeigt wird, wie den verschiedenen sozialen Bevölkerungsschichten Rechnung getragen wird. Auch der soziokulturelle Aspekt, nebst dem Emotionalen, erhält diesen Meinungen nach zu wenig Beachtung. Eine kleine Minderheit spricht sich für eine Sanierung aus.

Am Schluss bleibt die Frage offen: Würde der heutige Wirt auch nach der Sanierung den Gastrobetrieb führen und wären die Gäste nach der Sanierung die gleichen oder würden die veränderten Lokalitäten auch ein anderes Publikum ansprechen?

Die Baukommission empfiehlt einstimmig auf den B+A einzutreten, die Initiative als gültig zu erklären und mit 7:2 Stimmen, diese abzulehnen.

Ratspräsident Marcel Lingg wiederholt den Vorschlag zum Vorgehen. Er möchte beliebt machen, dass die Interpellation 11 gleichzeitig mit dem Eintreten behandelt wird. Es werden sich also zuerst die Fraktionssprecher äussern können und dann wird der Ratspräsident das Wort den Interpellanten geben, sofern dies gewünscht wird. Es braucht nicht separat darüber ab-

gestimmt werden, ob eine Diskussion zur Interpellation gewünscht wird, weil der sachliche Zusammenhang mit dem B+A gegeben ist.

Josef Burri: Ernst Zimmermann sagte es: Es geht hier um die Schmiede, und alle Ratsmitglieder haben sehr viele Dokumente und Unterlagen von allen Seiten erhalten. Er hat es richtig gesagt: Es war allen möglich, sich ein sehr gutes Bild dieses Objektes zu verschaffen. Die FDP-Fraktion ist klar der Meinung, dass die Initiative gültig ist. Das Komitee hat eine beeindruckende Arbeit geleistet; das darf ganz klar so festgehalten werden. Es hat sehr schnell reagiert, hat letztes Jahr schnell eine Petition lanciert und sehr viele Unterschriften gesammelt, und es hat dann mit dieser Initiative nachgedoppelt. Das Komitee hat es verstanden, Emotionen zu wecken, Heimatgefühle hervorzubringen, und es hat es verstanden, dass Traditionen wieder etwas mehr an Bedeutung gewonnen haben, Traditionen wie z. B. die spezielle, etwas andere Fasnacht in der Schmiede, die für gewisse Leute schon zur Tradition geworden ist, und so etwas gibt man nicht gerne auf. Der Sprechende fände es schön, Heimatgefühle und Traditionen auch bei anderen Geschäften in diesem Rat anzutreffen. Leider ist das aber sehr selten der Fall. Er muss aber zugeben: Wäre er nicht Politiker, wäre er sehr wahrscheinlich auch auf diesen Zug aufgesprungen, denn auch er sitzt gerne einmal in einer alten „Beiz“, trinkt ein Bier, isst eine Bratwurst und zündete sich gegen 12 Uhr, als es noch erlaubt war, einen Stumpfen an.

Als Politiker und als Mitglied des Grossen Stadtrates hat er einen ganz anderen Auftrag, nämlich gerade bei solchen Geschäften, wie hier eines vorliegt, die Gesamtbetrachtung nicht ausser Acht zu lassen, das Ganze sachlich zu beurteilen; Emotionen lässt er da keine zu. Wenn ein Politiker das nicht so handhabt und wegen ein paar gemütlicher Stunden in der Vergangenheit in dieser alten Beiz die Gesamtbetrachtung ausser Acht lässt, handelt er verantwortungslos und eigensinnig.

Damit zum B+A: Die FDP-Fraktion hat diesen unter zwei Aspekten beurteilt und ist eigentlich sehr schnell zum Schluss gekommen, dass sie die Initiative einstimmig ablehnt. Der erste Aspekt ist das Gebäude, das Haus, die Wirtschaft zur Schmiede. Wie gesagt hat sie auch der Sprechende von ein paar Besuchen her gekannt; richtig angeschaut hat er das Gebäude aber das erste Mal an der vom Präsidenten der Baukommission erwähnten Sitzung. Und er erschrak darüber, wie schlecht die Bausubstanz ist. Man wollte ihm vorher weismachen, dass diesbezüglich Märchen erzählt würden, aber – er versteht auch etwas von Gebäuden – die Bausubstanz ist wirklich sehr schlecht, und die im B+A erwähnte Einsturzgefährdung besteht wirklich. Er ist davon überzeugt: Wäre keine Wandmalerei an diesem Haus und keine gemütliche Ecke in der Beiz, würde niemand in diesem Saal auch nur ein paar Sekunden diesem Haus nachtrauern. Persönlich hat er sich denn auch gefragt, wie es möglich gewesen ist, so lange eine Wirtebewilligung für dieses Gebäude erhalten. Er kennt viele Beizen und Restaurants rundherum, die einiges mehr an Anstrengungen unternehmen müssen, damit sie die Bewilligung erhalten. Es scheint, dass die zuständigen Amtsstellen aus Goodwill die letzten Jahre beide Augen zugedrückt haben.

Ein ganz wichtiger Punkt für die FDP-Fraktion ist, dass das Gebäude nicht unter Denkmalschutz steht. Das ist ein Fakt, und der Sprechende hängt an: Oh Wunder! Er hat in den letzten

Jahren den Denkmalschutz immer wieder etwa kritisiert, wenn es um Sanierungen oder Umbauten ging; in diesem Falle aber ist der Fakt klar, und demzufolge ist dort diesbezüglich keine Hürde vorhanden. Man kann sagen, dass im Grundsatz eigentlich immer alles renoviert werden kann, wenn man es will; die Frage ist, was man als Gegenwert erhält. Was erhält im Falle der Schmiede der Steuerzahler, der das Ganze finanzieren muss? Das Objekt würde, und das geht ganz deutlich aus dem B+A hervor, Millionen verschlingen, und das zu Zeiten grosser Sparübungen. Das könnte der Sprechende nur schwer nachvollziehen. Ausserdem würde sich diese Investition nie auszahlen; auch das kann ganz klar dem B+A entnommen werden. Fakt ist, dass das Restaurant subventioniert werden müsste, damit es rentiert und der Gastwirt dort überleben könnte. Das kommt für die FDP-Fraktion klar nicht in Frage.

Der zweite Aspekt, ebenfalls sehr wichtig, ist die Entwicklung am Pilatusplatz. Dieser Platz war in den vier Jahren, in welchen der Sprechende jetzt in diesem Parlament war, immer wieder Thema, nicht nur bei den BZO-Debatten. Und dieses Parlament hat sich immer dafür ausgesprochen die Schlüsselareale zu entwickeln. Die letzten zusammenhängenden grossen Gebiete in der Innenstadt müssen entwickelt werden. Diesem Weg wurde auch zugestimmt; die Thematik der inneren Verdichtung ist in diesem Rat jeweils gross geschrieben worden, und der Sprechende ist heute noch davon überzeugt, dass dies der einzig richtige Weg ist. Als Fleischproduzent hält er fest: Der Pilatusplatz ist das letzte grosse Filetstück in dieser Stadt, und dieses muss jetzt richtig gewürzt und richtig gebraten werden, und dann gibt das ein Festmahl. Man muss sich bewusst sein: Dort kann Wertschöpfung abgeholt werden, und die ist dringend notwendig; die Stadtkasse würde sich sehr darüber freuen. Ohne altes abzureissen, ohne dass Altes, wie beispielsweise dieses Gebäude, verschwindet, kann die Entwicklung in der Innenstadt in Gottes Namen nicht vorangetrieben werden. Der Sprechende ist überzeugt, dass, wenn dieser Weg nicht konsequent weiter gegangen wird, künftig die Baulinien Richtung Dietschiberg und Littauerberg aufgeweicht werden müssen, denn die Stadt braucht Räume, in denen sie sich entwickeln kann, und die Entwicklung geht weiter. Er ist eher dafür, so etwas in der Innenstadt zu opfern als diese Baulinie aufzuweichen; das würde ihm im Herzen weh tun, und er appelliert an alle Ratsmitglieder, diese Chance am Pilatusplatz zu packen, die Schmiede abzureissen und mittels eines guten Wettbewerbs etwas Schönes, Modernes, Neues und Mutiges auf diesem Areal entstehen zu lassen.

Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort auf die Interpellation; sie ist damit einverstanden. Es wird beziffert, was es kosten würde, die Fassadenmalerei zu schützen, sie wegzunehmen und allenfalls an einem anderen Ort wieder „aufzubauen“. Den Interpellanten ist ans Herz zu legen, mit Leuten zu reden – die es in dieser Stadt ja gibt –, die gerne Kopien von Kulturdenkmälern anlegen; diese haben sicher ein offenes Ohr und vielleicht können bei denen die 60'000 Franken abgeholt werden. Der Sprechende dankt für die Aufmerksamkeit; das war sein letzter Auftritt in diesem Saal. Herzlichen Dank!

Markus Mächler: Die CVP-Fraktion erachtet die Gültigkeit der Initiative als gegeben. Mit 1351 gültig eingereichten Unterschriften ist das Anliegen der Initianten nicht nur ernst zu nehmen, sondern es gibt auch die Gelegenheit, die bisher vertretene Haltung zu diesem so genannten Schlüsselareal nochmals zu hinterfragen. Die Fraktion hat den bisherigen Planungsverlauf und

die vom Stadtrat gefällten Entscheide nochmals gründlich angeschaut und besprochen. Dabei hat sie erkannt, dass es bei der öffentlichen Diskussion um die „Schmitte“ eigentlich um zwei Problemfelder geht, die es deutlich zu unterscheiden und auseinanderzuhalten gilt. Das wurde auch in der Baukommission so diskutiert, und der FDP-Sprecher hat das auch so gehalten. Es geht nämlich einerseits um das Areal, den Ort im Stadtbild, den städtebaulichen Kontext, dann aber auch um den Pilatusplatz und letztlich um den befürchteten Verlust von Stadtgeschichte. Andererseits aber geht es stark auch um das Gasthaus, das Ambiente in der „Schmitte“ und seine Gäste, um die Atmosphäre und die Gastlichkeit im Lokal. Die Beurteilung der Initiative hat demnach diesen beiden Aspekten, nämlich dem Ort und dem Inhalt, Rechnung zu tragen.

Zum Ort: Der Pilatusplatz ist heute ein für Luzern zentraler Orte; er gehört zur Innenstadt. Das war nicht immer so: Die „Schmitte“ stand früher am Stadtrand, zwischen Krienbach und Mühlebach, und später, als die Eisenbahn nach Luzern kam, auch nahe am Schienentrassee, welches ungefähr durch die heutige Pilatusstrasse führte. Heute ist das alles ganz anders. Die Stadt hat sich seit Hunderten von Jahren immer wieder verändert und weiterentwickelt. Sie ist in vielen Bereichen und Quartieren neu definiert worden. Solche Veränderungen gehören zu einer urbanen Siedlung; daran ist an sich nichts Schlechtes auszumachen.

Heute ist der Pilatusplatz ein Schlüsselareal für die Stadtentwicklung. Das haben Stadtrat und dieses Parlament schon vor Jahren so festgelegt, und das wird in der jetzt laufenden Revision der Bau- und Zonenordnung auch so verankert. Es gibt keinen Grund, davon abzuweichen. Die BZO-Revision wird die Grundlage für eine Neudefinition des Pilatusplatzes als städtischen Ort legen können. Die Stadt Luzern muss sich weiterentwickeln, so wie sie sich unter der Regie der Vorfahren auch verändert und entwickelt hat. Sonst gäbe es heute nicht den jetzigen Bahnhof – der stand nämlich früher um 90 Grad andersherum –, hätte Luzern vermutlich kein Kunsthaus – damals stand das Friedensmuseum dort –, gäbe es wahrscheinlich noch die Hofbrücke anstelle des Schweizerhofquais – was kaum mehr jemand weiss; den Schweizerhofquai würde kaum mehr jemand hergeben –, gäbe es wohl noch die Ziegele anstelle des Casinos und des Palace, wäre der Gletschergarten vielleicht heute noch ein Steinbruch. Will man das? Wollen die Initianten das? Soll man im 19. Jahrhundert verharren? Die CVP-Fraktion will dies nicht.

Es gibt aber noch weitere wichtige Gründe, warum eine Neugestaltung des Pilatusplatzes und damit ein neues bauliches Element an der oberen Pilatusstrasse Sinn macht: Vor wenigen Jahren wurde in diesem Saal eine Wohnanteilsübertragung vom Haus REX auf die Liegenschaft der „Schmitte“ vorgenommen. Diese gilt es jetzt einzulösen. Der Stadtrat hat von diesem Rat den Auftrag erhalten, bei der Bewirtschaftung der Finanzliegenschaften eine Rendite zu erwirken, sei es durch Verkauf oder durch Baurecht, und zwar nachhaltig durch die Ansiedlung von Firmen und Einwohnern. Die Areale müssen in dieser Richtung entwickelt werden; das hat Josef Burri ausgeführt, und das kann auch die CVP-Fraktion unterschreiben. Dazu ist ein Neubau unabdingbar. Die Revision der Bau- und Zonenordnung wird der Schlüssel dazu sein. Die Stadt kann nirgends mehr Einzonungen vornehmen. Raumplanerisch ist der haushälterische Umgang mit dem Boden ein grundsätzlich und allseits anerkanntes Gebot der Stunde. Die Lösung aus dieser Selbstbeschränkung heisst innere Verdichtung. Dieses Gebot gilt nicht

nur bei der Landschaftsinitiative, wenn dieses Thema auf Stufe Bund diskutiert wird und akademisch ist bzw. noch weit weg von der Realität und so schön tönt. Es gilt auch dann, wenn man direkt betroffen ist und danach handeln muss.

Zum zweiten Themenkreis, dem Restaurant und seiner Ausstrahlung: Dieses ist nicht mehr betriebsfähig. Das steht sehr ausführlich im B+A, und weil das zuvor auch erwähnt wurde, ist nicht mehr weiter darauf einzugehen. Der Sanierungsbedarf ist ausgewiesen. Dass es eigentlich nur noch auf Zusehen hin betrieben werden kann, ist sattem bekannt und das bestreitet auch niemand. Die CVP-Fraktion bestreitet nicht, dass das Lokal, die Gaststube, die Terrasse und das kleine Gärtchen einen gewissen Charme hat. Dieser Umstand kommt aber nur zu einem ganz geringen Teil vom Gebäude her, sonst hätte der vorherige Wirt Karl Nussbaumer, der noch allen bekannt sein dürfte, in den letzten Jahren wohl mehr Erfolg gehabt. Bei einem Umbau müsste das Restaurant ohnehin geschlossen werden, und das mehrere Monate. Der heutige Wirt, Herr Giovanelli, müsste weg – abgesehen davon, dass er ja ohnehin von seiner Pensionierung spricht. Wie das Lokal nachher aussehen würde – wer weiss das? Und mit welchem Erfolg es nachher geführt würde – wer weiss das?

Der Sprechende erlaubt sich noch eine Bemerkung zum Verkehr auf dem Pilatusplatz. Es wird – nicht nur vom Initiativkomitee – moniert, dieser sei kein städtischer Platz, er sei eigentlich nur eine Verkehrsmaschine. Stimmt, die CVP-Fraktion hat die gleiche Einschätzung. Nur hat sie dazu auch eine Lösung: Weg mit dem Durchgangsverkehr, Umleitungen mit dem Bypass und den beiden Spangen! Dadurch eröffnen sich ganz neue Chancen für den innerstädtischen Raum. Die Chance heisst: Umsetzung des Agglomerationsprogramms.

Für die CVP-Fraktion ist das Fazit klar: Das Restaurant Schmiede bzw. das baufällige, 200-jährige Haus kann zu Gunsten einer neuen, zeitgenössischen und städtischen Bebauung aufgegeben werden. Sie wird somit dem Antrag des Stadtrates folgen und die Initiative den Stimmberechtigten zur Ablehnung empfehlen.

Patricia Infanger: Was wollen die Initiantinnen und Initianten mit dieser Initiative erreichen? Sie wollen die Schmiede als Begegnungsstätte erhalten, die Riegelhäuser und den kleinen Park schützen und verhindern, dass der Pilatusplatz zu einer reinen Verkehrsdrehscheibe wird. Die Stadt hingegen sieht ein grosses Entwicklungspotenzial und möchte an der Stelle der Schmiede ein zehnstöckiges Gebäude errichten, wirtschaftliche Impulse auslösen und die Verkehrsführung langfristig umgestalten. Diese Gegenüberstellung zeigt, dass sich die Ideen der Stadtentwicklung nicht mit der Lebenswelt und den Anliegen der Initiantinnen und Initianten treffen. Am Beispiel der Schmiede kristallisiert sich nach Meinung der SP/JUSO-Fraktion die Schwierigkeit eines einseitigen Fokus in der Stadtentwicklung. Es ist eine Tatsache, dass der Boden ein beschränktes Gut ist, mit dem haushälterisch umzugehen ist. Die innere Verdichtung z. B. mit einem 30 Meter hohen Haus am Pilatusplatz kann eine mögliche Massnahme dafür sein. Solche entscheidende Veränderungen im Stadtkörper müssen aber sehr sorgfältig vorgenommen werden.

Bei Veränderungen gibt es immer Gewinner/innen und Verlierer/innen. Damit diese auf der vermeintlichen Verliererseite sich nicht querstellen müssen, müssen sie entweder die Veränderung verstehen oder man muss ihnen auch etwas bieten können. Bei der Diskussion um die

Schlüsselareale im Zusammenhang mit der Revision der Bau- und Zonenordnung hat die SP/JUSO-Fraktion darum versucht, diese Sorgalt einfließen zu lassen. Sie beantragte, die Schlüsselareale im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung mit einem jeweils unterschiedlichen Schwerpunkt zu entwickeln; ein Schlüsselareal mit dem Schwerpunkt Gesellschaft, eines mit dem Schwerpunkt Ökologie und eines mit dem Schwerpunkt Wirtschaft. Diese Forderung wurde abgelehnt, und jetzt ist geplant, alle Schlüsselareale mit dem Fokus Wirtschaft zu entwickeln. Den vor allem gesellschaftlichen Anliegen der Initiantinnen und Initianten kann jetzt nichts entgegengesetzt werden. Es kann nicht aufgezeigt werden, wo in der Stadt z. B. auch ihre Anliegen berücksichtigt werden.

Die SP/JUSO-Fraktion erachtet die Initiative als gültig. Ein Teil wird die Initiative aus Unzufriedenheit mit der Stadtentwicklung unterstützen. Der Rest wird sich gegen die Initiative aussprechen, aber nur darum, weil der Erhalt der Schmiede nicht die Lösung für das Problem einer einseitigen Stadtentwicklung sein kann.

Noch zur Interpellation: Die Antworten nimmt die Fraktion zur Kenntnis.

Werner Schmid: Ganz gleich wie die Vorredner der FDP- und der CVP-Fraktion sieht es die SVP-Fraktion nicht. Um es vorwegzunehmen: Die SVP-Fraktion tritt auf den B+A 17 ein. Auch ist sie einhellig der Meinung, dass die Volksinitiative gültig ist. Allerdings lehnt sie diese logischerweise nicht ab. Denn sie ist entgegen der Empfehlung des Stadtrates für den Erhalt des aus dem Jahre 1875 stammenden Restaurants Schmiede, und das aus den folgenden Überlegungen: Es erstaunt schon sehr, dass die Stadt die Schmiede, die sie im Jahr 1967 erworben hat, im Rahmen des Studienauftrages „Bebauung Mühlebachweg“ im Jahr 1995 retten wollte. Die Testplanung in den Jahren 2003/2004 hat dann den Erhalt der Schmiede aus städtebaulichen und wirtschaftlichen Überlegungen leider in Frage gestellt und an deren Stelle eine Neuüberbauung mit höheren Häusern empfohlen. Diese Erkenntnisse aus der Testplanung – wen wundert das? – wurden vom Stadtrat unterstützt und ein Abbruch deshalb als richtig erkannt. Dabei geht es ja wahrscheinlich nicht nur um die Schmiede, wie man inzwischen weiss, sondern man spricht auch über den Abbruch des kleinen Riegelhäuschens und allenfalls sogar von einer weiteren Liegenschaft an der oberen Pilatusstrasse vis-à-vis der Schmiede. Es gäbe aber durchaus gute Möglichkeiten, das Areal Pilatusplatz als eigentliches Schlüsselareal unter einen – um es einmal so zu nennen – „multifunktionalen Bau-Ort“ zu stellen und so eine städtebauliche Entwicklung zu ermöglichen. Bevor der Sprechende diese Möglichkeit erwähnt, meint er – und da ist er bei weitem nicht allein –, dass nebst den Emotionen, die seitens des Initiativkomitees und auch aus weiten Teilen der Bevölkerung ins Spiel gebracht worden sind, es bei diesem Objekt mit Bestimmtheit – ob man das wahrhaben will oder nicht – auch noch um den soziokulturellen Aspekt geht. In der Schmiede hat dieser Aspekt jedenfalls einen sehr hohen Stellenwert. Das bestätigten ihm vor allem auch Jugendliche der heutigen Generation. Diesbezüglich macht der Sprechende eine Klammer auf: Am 26. Mai 2010 ist in der NLZ ein Artikel erschienen darüber, wie man in Luzern mit dem historischen Stadtbild umgeht. „Historisch sei dabei vor allem das Verschwinden“, meint Geschichtspräsident Valentin Groebener. Luzern macht in dieser Hinsicht also immer wieder die gleichen Fehler. (Klammer zu.)

Nun aber zum eigentlichen Thema einer möglichen Variante um das Schlüsselareal Pilatusplatz. Aus Sicht der SVP-Fraktion könnte beides möglich sein: Die Schmiede müsste als Haus von historischem Wert und als ein Stück Identität und Heimat weiterbestehen können und eine künftige Überbauung des geplanten Schlüsselareals muss ebenfalls möglich sein. Das heisst aus ihrer Sicht: Eine Sanierung oder eine Erneuerung der Schmiede muss finanzierbar sein, eine Fortführung des Betriebes muss materiell möglich und verkraftbar sein und gleichzeitig müssen die Voraussetzungen für ein zukunftssträchtiges Schlüsselareal am Pilatusplatz geschaffen werden. Das könnte sich die Fraktion so vorstellen, dass sich durch einen Abbruch und Wiederaufbau mit gleichzeitiger Verschiebung von wenigen Metern Richtung Westen, also in Richtung Pneumatikhaus, nach dem Wiederaufbau auf dem heutigen Standort der Schmiede ein ansprechendes Schlüsselareal direkt zwischen Pilatusplatz und Mühlebachweg ergäbe. Was auf dem Wasser möglich ist und dort noch mehr kostete – damit ist das Seebad angesprochen – sollte eigentlich auch am Pilatusplatz möglich sein. Damit wäre auch das Argument des Stadtrates entkräftet, dass man beim Erhalt der Schmiede gar keinen Investor finden würde. Man kann die Schmiede so auch einem Investor überbinden. Diese Variante hätte den Vorteil, dass gleichzeitig im Bereich der Stadtmühle und der Riegelhäuschen (diese Gebäulichkeiten werden übrigens durch die Musikschule genutzt) und im Zusammenhang mit der neuen Schmiede ein dreiteiliges Vorstadtensemble geschaffen würde. Dieses Ensemble hat schon aus folgendem Grund eine Bedeutung: Es sei daran erinnert, dass die abgebrannte Spitalmühle im Jahr 1996 für rund 3 Mio. Franken wiederaufgebaut wurde. All das könnte in ein dreiteiliges Ensemble integriert werden. Vor allem könnte man im Bereich des Mühlebachweges eine Begegnungszone gestalten, die Gartenterrasse einer neuen oder renovierten oder verschobenen Schmiede wäre sowohl auf der rechten Seite des Gebäudes wie auch hinter dem Areal innerhalb des erwähnten Ensembles beim Brunnen möglich. Mit dieser Variante könne sowohl eine „grüne Lunge“ als Begegnungsort geschaffen werden und gleichzeitig könnten die geplanten Hochbauten in vernünftiger Grösse realisiert werden. Somit könnte aus Sicht der SVP-Fraktion eine qualitativ wertvolle bauliche Verdichtung am Pilatusplatz in die Wege geleitet werden. Der Stadtrat sollte diese Überlegungen bei der Fortsetzung oder Überarbeitung der Testplanung oder eben bei einem im Raum stehenden Architekturwettbewerb in Betracht ziehen.

András Özvegyi: Seit 1967 sind die Liegenschaften im Besitz der Stadt. Der Grund war damals ein Strassenbauprojekt im amerikanischen Stil. Seither hat sich die städtebauliche Denkweise zum Glück geändert. Das Areal um die Schmiede am Pilatusplatz ist aber trotz diversen Anläufen eine städtebauliche Lücke geblieben. Jüngste Überlegungen werten das Gebiet als Schlüsselareal für die Stadt; darauf haben bereits verschiedene Voten Bezug genommen. Dies wird sich in der BZO-Revision niederschlagen. Allgemein aus ökologischen Gründen favorisiert die GLP-Fraktion zudem verdichtetes Bauen in der Stadt: Es macht mehr Sinn, solche Potenziale zu nutzen als unüberbaute Gebiete fern vom Zentrum neu zu erschliessen. Ein wichtiges Anliegen der Initiative ist der Aspekt der Lebensqualität. Die Fraktion kann das einerseits verstehen. Sie hat alte gemütliche „Beizen“ ebenfalls gerne. Andererseits sieht sie den kleinen Hinterhof weniger als Ruheoase. Der Sprechende lebt seit 34 Jahren in dieser

Stadt, aber es wäre ihm noch nie eingefallen, sich dort auszuruhen. Luzern hat zum Glück schönere und ruhigere Erholungsräume.

In der Situation Pilatusplatz findet die GLP-Fraktion, dass Lebensqualität nicht zwingend an Altbauten wie die Schmiede gekoppelt ist. Ein Mehrwert, auch im soziokulturellen Bereich, kann auch durch Neues geschaffen werden. Es gibt in der Stadt gute Beispiele dafür: Gerade auch an der Obergrundstrasse etwas weiter oben an der Ecke zur Sälistrasse befindet sich ein Trendcafé, das schon sehr belegt ist von Leuten, die sich gerne draussen aufhalten und das auch wieder Leben in die Stadt bringt.

Aus all diesen Überlegungen ist die GLP-Fraktion für Eintreten, aber für die Ablehnung der Initiative. Sie sieht die Chance, mit einer Gesamtlösung den Hinterhof und auch die Riegelbauten der Musikschule gleichwertig attraktiv zu gestalten und mit der Abriegelung durch einen Neubau sogar noch wirklich ruhig zu machen. Sie ist der Ansicht, dass das Schlüsselareal mit einem Gestaltungswettbewerb voranzutreiben ist. Wichtig ist, vorher die Randbedingungen für das weitere Vorgehen festzulegen, und dazu gehört – das wurde von niemandem angesprochen –, dass man das Verkehrsregime – den künftigen Verkehr auf dem Pilatusplatz – im Auge behält und definiert, was man diesbezüglich machen will. Der Platzbedarf ist eine sehr wichtige Randbedingung dieser Überbauungen: Es muss wohl wirklich definiert werden, was man dort langfristig auch mit dem öffentlichen Verkehr macht: Wie viel Platz braucht z. B. ein Bus, um diese Kurve zu fahren, wenn die Busse vielleicht noch länger werden. Darauf ist zu achten. Ebenfalls ist sorgfältig mit den Aussenräumen der Riegelhäuser der Musikschule umzugehen.

Bis dieser Prozess über die Bühne ist, schlägt die GLP-Fraktion vor, dass, sofern die Betriebsbewilligung dieses Restaurants okay ist, diese urchige und gemütliche „Beiz“ weitergeführt werden soll, damit sie von den vielen Liebhabern noch länger genossen werden kann bis zum Tag X, an dem sie dann abgebrochen wird. Dies im Sinne von Carpe Diem, den Tag geniessen. Die Fraktion ist für Eintreten und lehnt die Initiative ab.

Korinth Bärtsch: Der Vorstoss von Cony Grünenfelder und Peter Muheim vor gut zehn Jahren formulierte es treffend: Es braucht am Pilatusplatz eine Stadtreparatur. Ungenutzte Flächen, Baulücken und der dominante Verkehr machen den Pilatusplatz nicht gerade zu einer Visitenkarte der Stadt Luzern. Der Stadtrat hat das erkannt und plant darum auch schon seit 15 Jahren. Das ist eine lange Zeit. Zuerst plante er mit der Schmiede, dann wurde sie in Frage gestellt, und dann wurde ohne Schmiede munter weiter geplant. Aber erst als die Testplanung abgeschlossen war und mit dem Teilabriss des angebauten Gebäudes begonnen wurde, wurde öffentlich kommuniziert, dass die Schmiede abgerissen werden soll. Dieses Vorgehen wird von der G/JG-Fraktion kritisiert. Die unmittelbar betroffenen Grundeigentümer sind informiert worden, aber die Bevölkerung nicht wahrnehmbar. Das ist unglücklich gelaufen und bringt für die Diskussion ungute Vorurteile. Für die G/JG-Fraktion ist es aber wichtig, dass der definitive Entscheid jetzt fällt, damit endlich konkret geplant und dann auch umgesetzt werden kann.

Der Pilatusplatz hat ein grosses Potenzial mit grosser Ausstrahlung. Er markiert als Knotenpunkt die Trennung von verschiedenen Quartieren und verbindet diese gleichzeitig elegant,

indem er die Übergänge symbolisiert. Die zentrale Lage mit der Fussdistanz zum Bahnhof macht den Pilatusplatz zu einem idealen Ort für Dienstleistungsflächen und urbanen Wohnraum. Anders als der Stadtrat ist die G/JG-Fraktion der Meinung, dass eine sanierte Schmiede die Einzigartigkeit des Pilatusplatzes mit einem Mix von historischen und modernen, höheren Gebäuden noch unterstreichen würde und man dies nicht so einfach als Fremdkörper abtun kann. Das wäre sehr spannend, aber die Fraktion sieht das grosse Potenzial des Pilatusplatzes vielschichtiger und meint, dass der Platz umfassend angeschaut werden muss; umfassend von der ewigen Baulücke vor dem Kebab-Stand bis hin zur Schmiede. Ohne Schmiede kann man umfangreich planen und muss nicht irgendetwas hineinquetschen. Mit einem neuen, höheren Gebäude ist die Ausnützung höher, was aus wirtschaftlichen Gründen tatsächlich auch interessant ist. Ein höheres Gebäude – ein Solitär – würde nicht nur eine spannende Akzentuierung des Pilatusplatzes darstellen, sondern auch Platz schaffen: Platz für einen neuen Aufenthalts- und Begegnungsort. Auch soll die Spitalmühle nicht einfach durch ein anonymes Gebäude verdeckt werden; man könnte sie in einer Art Hinterhof integrieren, wo sich die Bevölkerung aufhalten könnte. Natürlich könnte dort auch wieder ein Restaurant eingebaut werden. Der G/JG-Fraktion ist die Stadtentwicklung ein wichtiges Anliegen. Sie will nicht einfach Wachstum um jeden Preis; das ist allgemein bekannt. Der Pilatusplatz ist für sie aber genau der richtige Ort, um zu verdichten und um Urbanität zu schaffen. Damit gibt sie dem Stadtrat aber kein Freilos. Sie erwartet von ihm, dass wirklich städtebauliche Qualität, etwas Neues und qualitativ Gutes geschaffen wird, dass Begegnungsorte aufgewertet und neu geschaffen werden und vor allem, dass auch das Verkehrsregime nachhaltig angegangen wird. Das heisst, dass nicht einfach ein überdimensionales Parkhaus im Untergrund gebaut wird. Es ist nicht allen Mitgliedern der G/JG-Fraktion leicht gefallen, sich von der Schmiede zu verabschieden, war sie doch in ihrer Hochblüte ein schönes und geschichtsträchtiges Haus und ein atmosphärischer Treffpunkt. Es ist aber nicht sicher, ob die gleiche gemütliche Atmosphäre mit einer Sanierung oder gar mit einem Neubau erreicht werden kann. Kurz und Gut: Die Mehrheit der G/JG-Fraktion tritt auf den B+A ein und lehnt die Initiative aus den dargelegten Gründen ab. Eine Minderheit, die sich für die Initiative ausspricht, wird sich dazu äussern.

Urs Wollenmann hat sich zwar als Interpellant gemeldet, kann sich aber nicht verkneifen, etwas zu einem der Vorvoten zu sagen, weil er dies als nicht unbedingt sehr akzeptabel empfunden hat: ein Wort zum Fleischproduzenten: Vielleicht sieht das der Sprechende zwar falsch, aber aus seiner Sicht steht es niemandem in diesem Rat an, die Motive der anderen zu verurteilen, diese Verurteilung auch noch mit einer spöttischen Tonalität zu würzen und das Ganze als verantwortungslos zu qualifizieren; das ist nicht korrekt. Er dankt dem Stadtrat für die Antwort zur Interpellation. In der Stellungnahme zur Frage 4 sagt dieser richtig. Das Gasthaus zur Schmiede mit seiner Fassadenmalerei und den Kunstverglasungen im Erdgeschoss gehört zweifellos zum kulturellen Erbe der Stadt Luzern. Voilà! Offenbar ist aber dieses kulturelle Erbe in der Stadt Luzern nichts mehr wert. Denn in der Antwort auf Frage 5 sagt der Stadtrat, dass es aus finanzpolitischer Sicht unverhältnismässig sei, die Fassadenmalerei zu retten. 60'000 Franken sind also unverhältnismässig. Was hat schon wieder der Lift in der Gasse Chuchi über zwei Stockwerke gekostet? 600'000 Franken. Da sieht man die doch etwas

merkwürdigen Prioritäten in dieser Stadt. Ob alle Stadtbürger diese merkwürdige Einstellung teilen in diesem Grossen Stadtrat, in dem es halt schon sehr viele Abhängigkeiten gibt? Dazu wird sich der Sprechende später wohl noch einmal äussern; er findet dies persönlich schon etwas merkwürdig. Nun ja, das ist vielleicht nicht sein Problem. Er dankt dem Stadtrat und wird sich höchstwahrscheinlich noch einmal melden.

Philipp Federer spricht als Initiant und als mehrjähriger Mieter an der Pilatusstrasse 53 – direkt hinter der Schmiede. Aus den folgenden Gründen ist er für die Initiative:

1. Die Schmiede hat für ihn einen historischen Wert; das Interieur der Gaststube und die Malerei sind erhaltenswert.
2. Das Ensemble Stadtmühle/Riegelhäuschen/Schmiede ist wertvoll. Verbleibt nur die Stadtmühle, ist sie isoliert und wird versteckt hinter einem Hochhaus, einem Riegel, der das Gebäude abdeckt. Man würde es gar nicht mehr sehen und das ganze Ensemble wäre kaputt.
3. Eine einfache Sanierung der Schmiede ist möglich. Die Statik des Hauses lässt das zu. Dazu sei auf den Bericht Felder verwiesen.
4. Weil er die Pläne der Stadt zum ganzen Areal ablehnt, ist er für die Initiative.
5. Die Stimmberechtigten können die Abbruchpläne von verschiedenen Häusern nur so kontern.

In diesem Rat wurde mehrmals gesagt, dieses Areal sei ein Schlüsselareal. Ein Schlüsselareal sollte ein Quartier aufwerten und ihm wichtige Impulse geben können. Nur: Was ist der Schlüssel bei diesem Areal, diesem Kleinalreal? Ein Schlüssel sollte zu einem Schloss passen, und das Schloss sollte z. B. Türen öffnen; es sollte Möglichkeiten eröffnen. Aber ist da ein Schlüssel erkennbar? Die Obergrundstrasse Richtung Hirschengraben sollte ursprünglich verkehrsfrei werden. Das hat vielen Linken gefallen, dem Sprechenden auch. Aber dieser Traum lässt sich gar nicht realisieren. Sieben Fahrspuren statt vier plus der U-Turn heute sind ein zu grosser Riegel. Links abbiegen ist nicht möglich, was in den Kommissionen so kommuniziert worden ist. Es brauchte bis zu 20 Prozent weniger Verkehrsbewegungen, damit die neue Fussgängerzone, die man sonst toll findet, realisiert werden könnte. Ob man für diese 150 Meter Flanierzone noch einen Bypass und einen Südzubringer für über 2 Milliarden benötigt – also bitte. Übrigens könnte man die ganze Flanierzone ja auch machen mit einem anderen Testplanungs-Bebauungskonzept: In den Konzepten A und B ist die Schmiede erhalten geblieben, und sie sieht sogar schön aus. Man würde die eine Lücke schliessen. Es gäbe also die Testplanung, welche das bejahen würde, und auch die Verkehrsführung wäre mit der Schmiede möglich; die Schmiede setzt das nicht voraus.

Bezüglich Verkehr gibt es also keinen Schlüssel. Gibt es einen bezüglich Büroraumnot? Nein, weil genug leer stehende Büroräume vorhanden sind, und zudem werden in den nächsten Jahren x Büroräume, sei es durch das Uni-Gebäude, die Industriestrasse, das Hallenbadareal usw., frei. Selbst im Gebäude vis-à-vis, dem Eichhof-Gebäude, sind viele Büros leer. Gibt es einen Schlüssel für die Gestaltung? Auch das verneint der Sprechende. Hob man vor Jahren die unterschiedliche Bauhöhe bei der Valiant-Bank auf, weil sie störend war, will man sie jetzt neu kreieren. Die unterschiedlichen Bauhöhen werden sogar neu als angepasst angepriesen. Diese Beurteilungen der Stadtplanung sind nicht nachvollziehbar.

Der Schlüssel liegt wohl nur darin – wie es heute auch Stefan Roth kommunizierte –, die Schlüsselareale zu kommerzialisieren. Es liegt nur auf dieser Linie: tiefe Holdingsteuern, tiefe Unternehmensgewinnsteuern, Reiche anziehen, Briefkastenfirmen.

Die Schmiede ist einmal für ein Strassenbauprojekt gekauft worden. Doch gerade diesbezüglich wird nichts gemacht. Dann wurde ein Studienauftrag gemacht mit einem Siegerprojekt – man höre und staune – mit der Schmiede. Dann kam, weil nie etwas gegangen ist, der Vorstoss der Grünen – von Cony Grünenfelder und Peter Muheim –, welcher die Stadtreparatur vorantreiben wollte. Die Urheber wünschten sich, dass die Dominanz der Verkehrsfläche geschmälert wird. Aber genau das wird auch jetzt nicht gemacht. Das ist aufgrund der beabsichtigten Pläne keine Reparatur mehr, sondern ein Abbrechen und Klotzen. Und diesbezüglich hat der Stadtrat diese Motion nicht erfüllt.

Und es gibt, wie gesagt, Alternativen. Der Sprechende fragt sich, warum nicht das Bebauungskonzept B angestrebt wird. Dieses hätte beinhaltet, die Lücke zu schliessen und einen grösseren Platz zu öffnen hinter der Schmiede. Wer die Akten eingesehen hat, konnte das sehen. Es gibt durchaus schöne Pläne: Man hätte da z. B. die Lücke geschlossen, den Innenhofplatz vergrössert, aber wenn man da einen Riegel baut, wird der Platz nicht grösser, sondern schattiger und kleiner. Der Sprechende sieht auch Parallelen zum Ferienheim Oberriickenbach: Im Ist-Zustand schreibt man schwarze Zahlen. Man investiert über Jahre nichts, damit man vollendete Tatsachen schaffen kann. Das stört die Leute. Der Stadtrat beabsichtigt ja nicht nur, die Schmiede abzureissen. Er spricht sich klar für die Testplanung aus und für das Planungskonzept E, laut dem auch z. B. das kleine Riegelhäuschen geschleift wird, das in diesem Rat früher jeweils noch als schönes, herziges Knusperhäuschen betitelt worden ist. Dann möchte er für das zweite Hochhaus auch die Häuser an der Pilatusstrasse 46 und 48 abreissen, die Jugendstilhäuser sind. Auch deshalb ist der Sprechende dagegen.

In der Planung ist auch die Verkehrsführung. Was kommt dort in den Boden hinein? In der Testplanung war es ein Parkhaus mit 400 Plätzen, man könnte aber auch nur für die zwei Hochhäuser zweimal 80 Parkplätze realisieren. Das muss man ja, wenn man Wohnungen erstellt und Dienstleistungsflächen. Als ehemaliger Anwohner findet es der Sprechende bedenklich, dort ein dreigeschossiges Parkhaus erstellen zu wollen, schon wegen der Auf- und Abfahrten; man würde sie besser im Kesselturm integrieren.

Wer gegen diese Pläne des Stadtrates ist und wer gegen diese Stadtzerstörung ist, muss für die Initiative zur Erhaltung der Schmiede sein. Nur so lässt sich garantieren, dass das Geplante verhindert werden kann.

Markus Mächler möchte zwei Sachen nicht so im Raume stehen lassen und deshalb gegenpunktieren. Zuerst zur Sprecherin der SP/JUSO-Fraktion: Sie verwies auf ihre damalige Idee, jedes der Schlüsselareale nach einem speziellen Kriterium der Nachhaltigkeit zu bebauen, und das sei abgelehnt worden; jetzt wolle man die Schlüsselareale ausschliesslich nach dem Nachhaltigkeitskriterium der Wirtschaftlichkeit ausrichten. Das hat der Sprechende nie so gehört; er weiss von keinem solchen Beschluss. Was er weiss und auch unterstützt, ist, dass die ganze Stadt ein Manko hat bei der wirtschaftlichen Ausrichtung, und dass die ganze Stadt im Zusammenhang mit der BZO-Revision so ausgerichtet werden muss, dass sie in der Wirtschaft-

lichkeit aufholen kann – aber das selbstverständlich nicht ohne die beiden anderen Kriterien zu berücksichtigen. Demzufolge macht der Vorschlag der SP keinen Sinn; richtig wäre doch, dass alle definierten Schlüsselareale nach allen drei Kriterien ausgerichtet werden, und im Rahmen der Finanzpolitik und der Politik im Finanzvermögen muss darauf geachtet werden, dass bei den Schlüsselarealen ein Ertrag resultiert. Das ist wohl die richtige Auffassung, und die kann der Sprechende stützen.

Zum Sprecher der SVP, der die Schmiede mit dem Seebad verglichen hat. Zwischen der Erhaltenswürdigkeit des Seebades und der Schmiede müsste wohl schon ein Unterschied gemacht werden, denn da sind Welten dazwischen. Es war gerechtfertigt, das Seebad baugleich neu zu erstellen; bei der Schmiede hingegen ist diese Schutzwürdigkeit keineswegs zu erkennen. Hinzuzufügen ist, dass beim Seebad privat sehr viel Geld gesammelt wurde, sodass sich die Stadt nicht so stark eingeben musste, wie sie das nach Meinung der SVP-Fraktion offenbar bei der Schmiede tun müsste. Last but not least zur Verschiebungsidee: Der Sprechende hätte keine Freude an einem kleinen Ballenberg neben dem Pneumatikhaus.

Bezüglich Interpellation akzeptiert er persönlich und wohl auch die CVP-Fraktion, dass der Fassadenmalerei und den farbigen Glasfenstern ein gewisser Erhaltenswert zugebilligt wird, nicht aber dem Interieur der Gaststube. Das ist Dutzendware, hat keine Originalität und muss mit Sicherheit nicht geschützt werden. Hingegen bezüglich die beiden anderen Bauteile ist das nachvollziehbar. Da ist – dies als Gedanke in Richtung des Stadtrates – bei einer späteren Ausschreibung, wenn das Areal auf den Markt gegeben werden kann, durchaus vorstellbar, dass die Frage, wie ein Investor mit diesen beiden Bauteilen umgeht, ein Kriterium sein könnte, das dann bei den Offerten auch geprüft werden müsste. Es sei an den Adler des zweiten Bahnhofs erinnert, der von der SBB privat verkauft wurde. Dann war 25 Jahre nichts mehr zu hören, und heute stellt er plötzlich wieder einen Wert dar, den auch die Öffentlichkeit bis zu einem bestimmten Mass interessiert. Mindestens hat er einen Medienwirbel ausgelöst und ein Echo erhalten. Diese beiden Bauteile – die farbigen Glasfenster und die Malerei – zu erhalten und wieder zu verwenden wäre durchaus möglich.

Josef Burri fühlt sich von Werner Schmid und seiner SVP-Fraktion herausgefordert. Sie bringt hier frisch-fröhlich viele Ideen, was gut ist, und ein fast fixfertiges Konzept für den Pilatusplatz. Sie kommt auch mit neuen Gerüchten, dass dort alles bodeneben gemacht werden soll, um Platz zu schaffen für Investitionen. Der Sprechende möchte beliebt machen, zuerst über den vorliegenden B+A und über die Initiative zu reden und damit über Fakten. Er hat es vorher schon gesagt und möchte es Werner Schmid nochmals deutsch und deutlich sagen: Man kann alles renovieren; es ist einfach eine Frage des Preises und eine Frage des Gegenwertes, den man erhält. Am Morgen warf die SVP beim Geschäftsbericht den Mitteparteien vor, sie unterstützten in Massen Luxusrenovationen. Was ist für die SVP Luxus: die Renovation eines Schulhauses oder die Renovation einer alten Beiz? Und zu Urs Wollenmann: Der Sprechende steht zu seiner persönlichen Meinung. Er hat das gesagt: Das ist für ihn verantwortungslos. Urs Wollenmann möchte er den Tipp geben, dass man im Parlament halt manchmal eine dicke Haut braucht.

David Roth hört Markus Mächler jeweils sehr gut zu und wäre froh, wenn dieser dasselbe tun würde. Wenn er sagt, dass am Schluss einfach etwas heraus schauen muss, dann heisst das doch gerade, dass man am Schluss nach dem wirtschaftlichen Kriterium geht, dass dieses am meisten zählt. Tatsächlich war bisher von den Parteien und vom Stadtrat wenig zu hören darüber, wofür die Schlüsselareale gebraucht werden. Im Gegenteil: Man verweist immer auf die Anliegen der BZO, man müsse jetzt warten, bis die BZO-Revision kommt, und dann werde man schauen. Aber gleichzeitig bricht man wieder etwas vorneweg heraus und schaut dabei nur auf die wirtschaftlichen Kriterien. Die Initiative ist ein Ausdruck des Unmuts eines Teils der Bevölkerung, der sich in der Planung der Stadt nicht repräsentiert sieht. Sie nimmt es nicht als reale Beteiligung wahr, wenn die Stadt eine Vernehmlassung macht, von der angebrachten Kritik aber nur wenig aufnimmt. Dadurch, dass die BZO immer weiter hinausgeschoben wird, ist auch ein Klima der Unsicherheit geschaffen worden. Der Stadtrat braucht offenbar einen Schuss vor den Bug, um endlich zu begreifen, dass in einer Stadtplanung auch Minderheiten integriert werden müssen. Diese Minderheiten haben sich nicht einfach an der Schmiede kristallisiert. Der Sprechende glaubt nicht, dass diese alle in die Schmiede gehen, sondern sie wohnen ja auch irgendwo nebst dem, dass sie in die Schmiede gehen, und so ist auch davon zu sprechen, was die momentane Entwicklung für den Wohnungsmarkt in Luzern bedeutet. Wenn es sich immer mehr Leute nicht mehr leisten können, in dieser Stadt zu wohnen – der Wirtschaftsförderer der Stadt Luzern sagt, dass es unter dem Strich positiv sei, wenn reiche Einkommensschichten tiefe und mittlere verdrängen –, fragt man sich, was die Stadt genau tut, um diesen Leuten etwas zu bieten, ihnen zu zeigen, dass sie weiterhin willkommen sind in dieser Stadt, sei das an Orten wie der Schmiede, wo man sich treffen kann, sei das durch günstigen Wohnraum, aber da ist beim Stadtrat Fehlanzeige. Der Stadtrat muss zur Kenntnis nehmen, dass der Bevölkerung im Moment nichts anderes übrig bleibt, als sich an Symbolen auszudrücken, wenn sie nicht einverstanden ist mit seiner Politik. Und die Schmiede ist ein solches Symbol. Es ist schade, dass nicht in der Gesamtheit diskutiert werden kann, und es ist schade, dass dem Stadtrat nicht das Vertrauen entgegengebracht werden kann, dass er tatsächlich alle Bevölkerungsschichten integriert, aber die Taten aus der Vergangenheit beweisen leider etwas anderes. So ist diese Initiative für einen Teil der SP/JUSO-Fraktion ein Schuss vor den Bug des Stadtrates, ein Weckruf, endlich die Bedürfnisse dieser Bevölkerungsschichten ernst zu nehmen.

Zum Schluss vielleicht noch etwas zur Rolle der SVP bei diesem Geschäft. Es ist einerseits grotesk: Sie setzt sich für diese Beiz ein. Aber woher kommen die Leute, die in diese Beiz gehen? Das sind eben genau nicht Leute aus mittleren und höheren, sondern viele aus tieferen Einkommensschichten. Wenn man dann in der Gesamtplanung nicht bereit ist, sich dafür einzusetzen, dass diese Leute auch hier wohnen können, ist nicht nachvollziehbar, wie man sich für eine Beiz einsetzen kann, wo diese Leute hingehen können. Da stellt man diese besser in die Agglomeration hinaus statt dass man sie in der Stadt behält, wenn man die Leute ohnehin dort hinaus vertreibt. In diesem Sinne hofft der Sprechende, dass sich dieser neue Ansatz der SVP durchzieht und gemeinsam mit ihr auch etwas gemacht werden kann für die kleinen Leute, die auch da wohnen und nicht nur ein Bier trinken gehen wollen, damit sie also weiterhin hier leben können.

Edith Lanfranconi-Laube möchte die Gelegenheit ergreifen, Josef Burri ein letztes Mal widersprechen zu dürfen, und zwar in Bezug auf Emotionen und Sachlichkeit. Sie ist überzeugt davon, dass auch Politikerinnen und Politiker dies nicht ganz trennen können und müssen. Ihre eigenen Emotionen zur Schmiede sind nicht sehr gross, aber sie hat Emotionen, wenn es um den Abbruch alter Gebäude geht. Die Kollegin sagte es schon, dass es recht unterschiedliche Meinungen innerhalb der G/JG-Fraktion gibt, aber ganz klar ist, dass alle einen neuen tollen Pilatusplatz möchten, denn er braucht eine Entwicklung. Das ist nötig und sinnvoll. Sie selber gehört zu jenen, die nach wie vor nicht sicher sind, wie sie sich entscheiden sollen, und sie wird sich heute der Stimme enthalten. Diese Geschichte wird dann auch vor das Volk kommen, und da wird es sehr darauf ankommen, wie die Planung des Pilatusplatzes aussehen wird. Die Sprechende sieht auch, dass man dem eine Chance geben kann, dass man jetzt so plant, dass man die Schmiede nicht einberechnen muss. Aber angenommen, die Volksinitiative wird angenommen, wird man ohnehin schauen müssen, was man dann macht. Zum Thema Nachhaltigkeit, das mehrmals angesprochen wurde: Sie geht mit Markus Mächler völlig einig darin, dass überall alle drei Aspekte zu berücksichtigen sind. Es ist aber ein Irrtum, wenn man das Gefühl hat, sich dann halt doch auf einen Aspekt speziell fokussieren zu müssen. Nachhaltigkeit bedeutet etwas zu schaffen, das auch für kommende Generationen noch gut ist, so dass die drei Kriterien zwingend einzubeziehen sind, damit sich ein in allen drei Aspekten positives Resultat ergibt.

Monika Senn Berger möchte auf die Interpellation eingehen und vor allem dem Stadtrat danken, dass er die Fassadenmalerei und die Kunstverglasung doch als kulturelles Erbe der Stadt Luzern anerkennt. Schade hingegen ist, dass er in seiner Antwort keine Bemühung zu deren Erhalt zeigt. Aus Sicht der Sprechenden könnte die Stadt, wie das Josef Burri schon angetönt hat, vielleicht mit dem Initiativkomitee aktiv werden und Interessierte suchen. Vielleicht gibt es ja irgendwo einen heutigen „Schmiedebetrieb“, welcher seine Fassade mit einem solchen Kunstwerk zieren möchte. Oder am Pilatusplatz sollte ja nicht einfach ein hohes Haus gebaut werden, sondern ein qualitativ hoch stehendes Bauwerk, und vielleicht wäre es sinnvoll, die Möglichkeit zu schaffen, dass heutige Kunst am Bau integriert werden könnte.

Werner Schmid antwortet Markus Mächler, dass sein Vergleich zwischen Schmiede und Seebad mit Bestimmtheit subjektiv ist. Die einen gehen auf das Dach sonnenbaden, die anderen gehen in die Schmiede ein Bier trinken. Das war aber nicht die Meinung dieses Vergleichs; das hat Markus Mächler als Architektenkollege komplett falsch verstanden. Der Sprechende sagte nur: Was auf dem Wasser möglich ist mit einem Wiederaufbau – obwohl von Sanierung gesprochen wurde –, dürfte doch auch auf festem Baugrund möglich sein.

Zu Josef Burri: Dem Sprechenden ist klar, dass sein Vorschlag nicht initiativkonform ist und dass man sich über diese Idee im Initiativkomitee nicht wirklich einig ist. Aber das kann ein Szenario sein nach erfolgter Volksabstimmung, wie immer diese ausgeht. Er hat nie von Luxus gesprochen, auch nicht von Geld ausgeben in diesem Sinne, aber er könnte sich, wie im Eintreten gesagt, vorstellen, dass der Stadtrat beim Architekturwettbewerb gewisse Auflagen macht. Und wer sagt denn hier drin, dass die Stadt unbedingt die Schmiede erhalten und re-

novieren muss? Man kann sie ja auch im Rahmen eines Neubauprojekts verkaufen. David Roth dankt der Sprechende für seine Feststellung und das Kompliment, das er ihm gemacht hat.

Urs Wollenmann fährt weiter mit dem Pingpong. Doch noch ein Wort zur lieben Abbruchpartei, also zur FDP. Josef Burri hat der SVP-Fraktion einen Vorwurf gemacht wegen der Sanierungen. Das braucht nicht weiter kommentiert zu werden; das ist Äpfel mit Birnen verglichen. Aber ein anderes nettes Beispiel, bei welchem die FDP an vorderster Front dabei war: Der Sprechende hat ein gutes Langzeitgedächtnis und kann sich noch sehr gut an die Geschichte mit der Renovation und Erneuerung des Hotels Schweizerhofs von Familie Hauser, FDP, erinnern. Da war die FDP ja sehr nahe dran. Und der Sprechende kann sich noch sehr gut erinnern, wie die FDP geschrien hat, der Zeugheersaal müsse unbedingt weg, sonst könne man dieses Haus, den Schweizerhof, nicht wirtschaftlich führen. Und was ist geschehen? Er ist stehen geblieben und heute sind alle, inklusive die FDP und inklusive die Familie Hauser, und die ganze Stadt Luzern froh um diesen wunderbaren Saal, weil die Migros gescheiter ist als die FDP, um es einmal so zu sagen. Man kann durchaus auch einmal aus Fehlern lernen – dies als Vorschlag.

Baudirektor Kurt Bieder: Es ist nicht so einfach, auf diese bewegte Diskussion einzugehen und allen gerecht zu werden. Es wurde sehr umfassend gesellschaftspolitisch diskutiert. Im Moment geht es um die Initiative: Soll die Schmiede erhalten werden Ja oder Nein. Der Stadtrat hat sich in der heutigen und in früheren Zusammensetzungen während Jahrzehnten mit der Schmiede befasst. 1944 sprach sich der damalige Stadtrat dafür aus, anstelle der Schmiede Hochhäuser zu bauen. Diese Idee ist also nicht neu. Schon damals ging man davon aus, dass es dort einen städtebaulichen Auftritt braucht. Schon vor rund 70 Jahren war man also der Meinung, dass die Situation mit der Schmiede an dieser Stelle eine falsche ist. Auch der heutige Stadtrat befasst sich seit Jahren mit der Schmiede, und der stadträtliche Sprecher möchte versuchen, sie aus der Sicht des Stadtrates in einen Gesamtzusammenhang zu bringen. Es hat in der Tat auch etwas mit der BZO zu tun. Der Stadtrat hat festgestellt – der Sprechende ist nicht der Auffassung, dass nie mit der Bevölkerung gesprochen worden sei, auch nie mit der Schmiede –, dass die Luzerner Bevölkerung sehr sensibel ist, wenn es um das alte Stadtteilgebiet geht. Josef Burri sagte es ganz richtig: Neueinzonungen, sei es den Dietschiberg hinauf oder wo immer, kommen nicht in Frage. Und wenn das nicht in Frage kommt, man die Stadt aber weiterentwickeln will – das wurde richtig erkannt – kommt nur eine Verdichtung nach innen in Betracht. Vor diesem Hintergrund hat der Stadtrat sehr sorgfältig und differenziert geklärt, wo eine Verdichtung überhaupt in Frage kommt. In der Altstadt, Ortsbildschutzzone A, kommt sie nicht in Frage. Zu diesen Qualitäten ist Sorge zu tragen. Im Hirschmatt-/Neustadtquartier sollen die Strukturen erhalten werden. Die Situation ist also sehr anspruchsvoll und der Stadtrat und wohl auch dieses Parlament war sich dessen immer gewahr. Im Rahmen der BZO-Revision – damit wird dieser Rat auch noch konfrontiert werden – wurde detailliert herausdestilliert, wo es zu verantworten ist, eine Verdichtung auszulösen. Vor diesem Hintergrund wurde festgestellt, dass, wenn die Stadt entwickelt werden soll, Schlüssel-

areale zu identifizieren sind. Das wurde dann auch getan und es wurde dabei auch priorisiert: Auf den Arealen Pilatusplatz, Industriestrasse und Steghof kann ziemlich schnell eine Entwicklung eingeleitet werden; andere brauchen etwas länger. Das hat der Stadtrat so festgestellt und hat das im Rahmen der Mitwirkung auch kommuniziert, weshalb sich der stadträtliche Sprecher gegen den Vorwurf wehrt, das sei nie kommuniziert worden. Tatsächlich wurde seit ein paar Jahren bei allen öffentlichen Veranstaltungen immer klar gesagt, dass der Pilatusplatz ein Schlüsselareal ist und entwickelt werden soll, und es wurde auch gesagt, dass die Schmiede so nicht gehalten werden kann und dass sie der Stadtrat nicht halten will. Das ist also offen kommuniziert worden. Vielleicht hat es eine breite Bevölkerung nicht zur Kenntnis genommen, aber wer sich für die Belange der Stadt Luzern interessierte, konnte dies. Der Stadtrat hat kein Versteckspiel gemacht, sondern dies an x öffentlichen Veranstaltungen, zu denen die ganze städtische Bevölkerung eingeladen war, offen gelegt.

Die Situation ist jetzt noch akzentuiert worden durch die Steuergesetzrevision; Stefan Roth sprach sie am Morgen an. Diese ist jetzt zu akzeptieren, und jetzt müssen sehr schnell die Schlüsselareale entwickelt werden, um die Chance, welche die Steuergesetzrevision bietet, auch realisieren zu können. Man kann nicht einfach die Steuern senken und glauben, die juristischen Personen kämen dann; man muss auch die räumlichen Voraussetzungen dafür schaffen. Diese Aufgabe hat der Stadtrat erkannt und vor diesem Hintergrund will er seine Hausaufgaben erfüllen. Diese allgemein übergeordneten Gesichtspunkte sind seit Jahr und Tag bekannt und nichts Neues. Als in diesem Parlament das Raumentwicklungskonzept 2008 besprochen wurde und der Stadtrat einmal mehr sagte, dass er den Pilatusplatz im ersten Rang entwickeln will, kam kein kritisches Votum und keine Infragestellung aus diesem Rat. Es ist wohl zu konzedieren, dass inzwischen ein Meinungsumschwung stattgefunden hat, aus welchen Gründen auch immer.

Die Situation mit dieser Initiative gibt die Gelegenheit, den Kompass zu überprüfen. Liegt man so richtig, Ja oder Nein. Der Stadtrat hatte überhaupt keinen Anlass, seinen Kurs irgendwie zu ändern, weil sich nichts geändert hat: Die Substanz der Schmiede ist nach wie vor sehr schlecht und sie ist nicht von so grosser Bedeutung, dass sie unter kantonalen Denkmalschutz gestellt werden müsste; sie ist lediglich von einer gewissen lokalen Bedeutung. Das trifft übrigens auch auf das Riegelhaus dahinter zu, das erwähnt worden ist. Wenn man dieses dereinst abreißen und zur Disposition stellen möchte, dann muss das, weil es im Inventar ist, diskutiert werden. Das ist im Moment aber nicht so angedacht, sondern man will hohe Bauten entlang der Obergrund- und entlang der Pilatusstrasse realisieren. Der Innenhofbereich ist nicht studiert worden. Es kann nicht endgültig ausgeschlossen werden, dass sich diese Frage stellen wird, aber wenn sie gestellt wird, muss sie beantwortet werden, auch im politischen Raum. Die Liegenschaften an der Pilatusstrasse 46 und 48 sind in privatem Eigentum. Mit der Testplanung wurde lediglich überprüft und verifiziert, was verantwortbar ist, was die städtebaulich richtige Haltung ist, um dies dann in die BZO zu überführen und somit bewilligungsfähig zu machen. Ob das dann von den privaten Eigentümern umgesetzt wird, ist deren Entscheid. Es geht also um nichts anderes.

Im Rahmen der Testplanung sind drei Architektenteams zusammengekommen. Jedes musste für sich Ideen entwickeln, dann kam man wieder zusammen und tauschte sich aus, einigte

sich auf die besten Ideen und ging dann von dort weiter. Das nennt man Testplanung. All die Ideen, die Werner Schmid ziemlich locker entwickelt hat, hätten auch ein Ergebnis dieser Testplanung sein können. Der Stadtrat hat diese Testplanung sehr sorgfältig durchgeführt und mit ihr vor allem das Potenzial ausgelotet. Man könnte jetzt natürlich wieder auf Feld 0 zurückgehen und wieder von vorne beginnen. Aber es besteht doch jetzt eine gewisse Sicherheit, was man dort machen kann und was städtebaulich richtig ist. Was im B+A abgebildet ist, sind lediglich volumetrische Studien. Da ist noch nichts gestaltet, ist noch nichts Architektonisches. Es ist aber sicher etwas ganz Tolles möglich gerade bei der Innenhofraumgestaltung unter Miteinbezug dieser Riegelhäuser. Diese Hausaufgaben müssen aber noch gemacht werden. Die Testplanung hat lediglich gezeigt, was städtebaulich richtig ist und die Stadt weiterbringt. Ein späterer Wettbewerb, sei es ein Investoren- oder ein Architektenwettbewerb, wird alle drei Nachhaltigkeitsdimensionen berücksichtigen müssen, das ist ganz klar. Es geht nicht nur darum, den rein wirtschaftlichen Aspekt zu berücksichtigen, sondern auch die Freiraumkonzeption muss abgebildet sein. Auch das wird ein Kriterium sein, um das beste Projekt herauszudestillieren.

Wenn Werner Schmid seine Ideen, die er entwickelt hat, weiterverfolgen möchte, dann kann er die Initiative nicht annehmen, sondern muss sie im Gegenteil bekämpfen. Denn wenn sie angenommen würde, wären all seine Ideen tot und die Schmiede bliebe dort, wo sie heute ist. Es ist nicht nachvollziehbar, dass die SVP-Fraktion einerseits für diese Initiative ist, andererseits aber Begründungen liefert, aufgrund derer sie diese eigentlich ablehnen müsste. Das geht nicht ganz auf.

Alles in allem bietet sich jetzt die Chance, die Stadt weiterzubringen, an einem ganz wichtigen Ort einen Pflock einzuschlagen. Es stimmt natürlich, dass dies Signalcharakter hat, wie David Roth sagte. Aber die Rüge, dass der Stadtrat Minderheiten nicht ernst nehme oder keinen Diskurs mit der Bevölkerung führe, kann der Sprechende nicht nachvollziehen. Er sieht das anders: Der Stadtrat hat diese Diskussion gesucht und geführt; er führt mit allen, die Anliegen haben, Diskussionen, und alle sind im politischen Raum integriert. Von daher interpretiert er diese Initiative nicht als Quittung für ein Missbehagen. Was da stattfindet, ist doch gut; es ist eine politische Auseinandersetzung über die Frage, was die richtige Haltung ist. Dass Initiativen eingereicht werden, ist legitim, nur ist diese für den Stadtrat eine ganz falsche Antwort auf die Fragen, die sich dort stellen. Der Sprechende ist froh, dass der Souverän darüber abstimmen kann, dann haben alle eine klare Antwort.

Philipp Federer: Es tönt so, als sei alles offen und nichts festgeschrieben. Im B+A Seite 9 steht aber, dass der Stadtrat die Erkenntnisse aus der Testplanung unterstützt und den Abbruch der Schmiede und eine Neuüberbauung Mühlebachweg als richtig anerkennt. Das sind 8 Erkenntnisse. Nummer 3 heisst z. B. dass der Mühlebachweg 5 abzubrechen ist. Das Knusperhäuschen kommt also weg. Erkenntnis 4 heisst, dass das Bebauungskonzept E realisiert werden solle. Erkenntnis 5, und das ist eine Chance, heisst, dass die Grundeigentümer sperren, aber es steht, man solle sofort mit ihnen Kontakt aufnehmen. Laut Erkenntnis 8 solle eine gemeinsame Lösung für private und öffentliche Parkplätze (Parkhaus) angestrebt werden. Diese Erkenntnisse unterstützt der Stadtrat im B+A. Daher ist das nicht offen, sondern es ist

die Grundlage für den Bebauungs- und Gestaltungsplan. Es wird also vorgespurt. Der Kubus, das Volumen, ist gegeben; die Gestaltung der Fassade und ob es ein paar Stockwerke mehr oder weniger sein werden – man könnte bis auf 35 m hinauf gehen, steht drin –, das ist noch offen. Aber es wird vorgespurt.

Baudirektor Kurt Bieder weist Philipp Federer auf die demokratischen Spielregeln hin. Wenn der Stadtrat dieses Areal – falls entsprechend umgezont wird – dereinst auf den Markt bringen und einem Investor verkaufen will, muss er damit vor dieses Parlament kommen und aufzeigen, was damit geschehen soll. Dann werden all diese Punkte in diesem Rat zu diskutieren sein. Der Stadtrat hat lediglich gesagt, dass die Stossrichtung der Testplanung so richtig ist. Die Parkplätze können auch eine tolle Chance sein: Vielleicht können 180 bis 200 Parkplätze im öffentlichen Raum in diesem Quartier aufgehoben und zentral „versorgt“ werden, denn nach der Umweltschutzgesetzgebung ist es so, dass keine neuen Parkplätze realisiert werden dürfen, ohne dass andere abgebaut werden. Das kann zu einer stadträumlichen Aufwertung führen, die ganz toll sein kann. Man sollte das ganz gelassen anschauen und auch die Chancen identifizieren. Wenn der Stadtrat im B+A von 200 oder 300 Parkplätzen schreibt, dann ist immer die Meinung, dass im öffentlichen Raum entsprechende andere Parkplätze abgebaut werden, denn das ist gar nicht anders möglich. Dieses Beispiel zeigt, dass durch diese Entwicklung auch unglaubliche Chancen entstehen können. Selbstverständlich engagiert sich der stadträtliche Sprecher auch sehr für die architektonische Gestaltung dieser Stadt. In der BZO wird zu definieren sein, ob es 30 oder 35 Meter sein können. Aber man nehme doch das Beispiel Astoria: Dort wurde auch eine Bebauungsplanänderung gemacht, damit höher gebaut werden konnte. Die Architekten Herzog & de Meuron haben ein wunderbares Projekt realisiert, das mit ein Grund ist dafür, dass Luzern zu Architekturtourismus gekommen ist. So etwas könnte auch am Pilatusplatz realisiert werden; es könnte etwas ganz Tolles installiert werden, von dem noch in 50 oder 60 Jahren gesagt wird, dass es etwas Tolles ist. Das, was heute dort ist, die Schmiede, ist überhaupt nicht urban und gehört nicht dort hin. In 10 Gehminuten vom Bahnhof an derart gut erschlossener Lage muss dicht überbaut werden, weil die Mobilitätsbedürfnisse korrekt und vernünftig wahrgenommen werden können. Eine solche Unternutzung zuzulassen ist einfach falsch.

Ratspräsident Marcel Lingg stellt fest, dass der Rat auf den B+A 17/2010 eingetreten ist.

Detail

Zu 2.3, Testplanung Pilatusplatz, Seite 7 ff.

Als **Andreas Wüest** diesen B+A studierte, sind ihm viele hehre Worte ins Auge gestochen darüber, was man am Pilatusplatz realisieren möchte: urbaner Charakter, räumliche Sonderstellung des Areals Mühlebach unterstreichen, es sollen neue Platz- und Aufenthaltsbereiche geschaffen werden, weiter hinten ist von einem gestärkten Knoten im Stadtgefüge die Rede. Man könnte noch einige andere Sachen herausstreichen. Wenn man dann aber das Bild an-

schaut... Der Sprechende weiss schon, was Kurt Bieder sagte, dass es lediglich eine Studie sei, die einmal erstellt wurde, aber sie wurde vor sechs Jahren erstellt und sechs Jahre später kommt ein solches Bild in einem B+A: Da hat man doch reichlich wenig Fantasie walten lassen, um auch kritisch eingestellte Personen davon zu überzeugen, dass es an diesem Platz bessere Lösungen gibt. Nein, man präsentiert sogar noch stärker den Charakter eines Strassenknotenpunktes. Darin ist absolut kein Platz für Begegnungen auf dem eigentlichen Pilatusplatz zu sehen. Der Platz verdient diesen Namen schon bald nicht mehr; er ist wirklich nur noch eine Asphaltwüste, und je nachdem gibt es sogar noch mehr Verkehr durch Parkhäuser, gegebenenfalls auch in der Dreissigerzone dahinter. Auch ist nicht klar, wie man die Einfahrt in ein Parkhaus gestalten will; es kann Rückstau geben. Auch die Verkehrsplanung kann nicht überzeugend präsentieren, dass es dort zu einer Verbesserung der Situation kommen könnte. Zudem hat der Sprechende den Eindruck, dass man schon seit Längerem einen Investor sucht. Er weiss nicht, ob man mit jemandem in Kontakt ist; man redet von grossen Firmen und von Headquarters, aber aufgrund des B+A ist der Sprechende nicht überzeugt, dass man da wirklich jemanden hat. Er erwartet nicht, dass heute jemand präsentiert wird, aber er hat Bedenken, dass es dann von Seiten des Investors heissen wird, dass er etwas Bestimmtes will und genau das und nichts anderes, sodass man diesen den städtebaulichen Akzent setzen lassen muss, wie das auch auf der anderen Seite des Pilatusplatzes der Fall war, nämlich beim Restaurant Pilatus: Das ist ein Gebäude, das zumindest den Namen Begegnungsort nicht mehr verdient, was es damals aber noch war.

Man könne etwas Tolles daraus machen, sagte Kurt Bieder, aber jetzt war sechs Jahre lang nichts Tolles zu sehen. Deshalb befürchtet der Sprechende, dass dieser Platz vielleicht noch weitere zehn Jahre eine Brache ist, wenn die Schmiede einmal weg ist, und darum ist er dafür, die Schmiede zu retten. Er denkt wie Werner Schmid, dass dort vielleicht noch eine etwas andere Gestaltung möglich ist. Möglichkeiten sind an diesem Platz vorhanden, und das geht ganz bestimmt auch mit dem bestehenden Haus. Dieses ist zwar in einem erbärmlichen Zustand, aber weil man die letzten Jahrzehnte wirklich gar nichts gemacht hat. Das ist auch ein Protest an die Immobilienpolitik der Stadt, mit den anderen Gebäuden soll bitte einmal etwas anders umgegangen werden, damit man in Zukunft nicht immer wieder vor einem sprichwörtlichen Scherbenhaufen steht und einen Entscheid fällen muss.

Baudirektor Kurt Bieder kann das nicht so im Raum stehen lassen. Der Stadtrat hat eine Testplanung gemacht und damit gezeigt, was die Stadt hat, nicht mehr und nicht weniger. Er konnte keinen Wettbewerb durchführen, weil er die Ressourcen dazu nicht hatte. Er ist ehrlich und zeigt im B+A, was er hat. Seit Jahr und Tag hat er auch gesagt, dass die Schmiede anders bewirtschaftet wird als andere Liegenschaften. Was erhalten werden soll, behandelt man entsprechend anders. Von daher kann der stadträtliche Sprecher die Rüge, man lasse alles brachliegen und mache nichts, nicht akzeptieren und weist sie zurück.

Zu 2.7, Konsequenzen einer Annahme der Volksinitiative auf die Entwicklung des Pilatusplatzes, Seite 16 f.

Andreas Wüest will nicht verlängern, aber kann sich eine Bemerkung nicht ganz verkneifen. Wenn man schon von Konsequenzen reden will, soll man bitte auch über die Konsequenzen schreiben und nicht wieder Werbung für die eigene Position betreiben. Es steht mehr geschrieben darüber, wie es verändert aussehen soll, und nicht, wie es aussehen soll, wenn die Schmiede erhalten bliebe.

Zum Antrag, Seite 18

I. Der Gültigkeit der Initiative wird einstimmig zugestimmt.

Philipp Federer beantragt Abstimmung unter Namensaufruf.

Ratspräsident Marcel Lingg stellt fest, dass das für eine Abstimmung unter Namensaufruf nötige Quorum von 10 Stimmen übertroffen ist.

Abstimmung über Ziff. II unter Namensaufruf:

Korintha Bärtsch	Ja	
René Baumann		<i>entschuldigt abwesend</i>
Trudi Bissig-Kenel	Ja	
Franziska Bitzi Staub	Ja	
Josef Burri	Ja	
Sonja Döbeli Stirnemann	Ja	
Dominik Durrer	Ja	
Markus Elsener	Ja	
Daniel Erni		Nein
Ylfete Fanaj	Ja	
Agatha Fausch Wespe	Ja	
Philipp Federer		Nein
Thomas Gmür	Ja	
Laura Grüter Bachmann	Ja	
Lucas Halter		Nein
Alice Heijman	Ja	
Markus Helfenstein	Ja	
Katharina Hubacher		<i>entschuldigt abwesend</i>
Patricia Infanger	Ja	
Manuela Jost	Ja	
Agnes Keller-Bucher	Ja	
Jörg Krähenbühl		Nein
Rolf Krummenacher	Ja	
Nina Laky		Nein
Edith Lanfranconi-Laube		Enthaltung

Markus Mächler	Ja	
Andrea Mathys-Imhof	Ja	
Martin Merki	Ja	
Luzia Mumenthaler-Stofer		Enthaltung
András Özvegyi	Ja	
David Roth		Nein
Thomas Schärli		Nein
Werner Schmid		Nein
Albert Schwarzenbach	Ja	
Monika Senn Berger	Ja	
Désirée Stocker	Ja	
Hans Stutz	Ja	
Pius Suter	Ja	
Luzia Vetterli	Ja	
Theres Vinatzer	Ja	
Daniel Wettstein	Ja	
Josef Wicki	Ja	
Urs Wollenmann		Nein
Andreas Wüest		Nein
Stefanie Wyss	Ja	
Verena Zellweger-Heggli	Ja	
Ernst Zimmermann	Ja	

(Ratspräsident Marcel Lingg stimmt nicht mit.)

II. wird somit mit 33 Ja bei 10 Nein und 2 Enthaltungen zugestimmt.

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 17 vom 21. April 2010 betreffend

Volksinitiative „Rettet die ‚Schmiede‘ – Stopp den Abbruchplänen der Stadt Luzern“,

gestützt auf den Bericht der Baukommission,

in Anwendung von § 43 Gemeindegesetz des Kantons Luzern vom 4. Mai 2004 sowie von Art. 11 Abs. 1 und Art. 12 Abs. 1 Ziff. 3 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999,

beschliesst:

I. In eigener Kompetenz:

Die Volksinitiative „Rettet die ‚Schmiede‘ – Stopp den Abbruchplänen der Stadt Luzern“ ist gültig.

II. Zuhanden der Stimmberechtigten:

Die Volksinitiative „Rettet die ‚Schmiede‘ – Stopp den Abbruchplänen der Stadt Luzern“ wird abgelehnt.

III. Der Beschluss gemäss Ziffer II unterliegt dem obligatorischen Referendum.

5. Bericht und Antrag 18/2010 vom 28. April 2010: Abschreibung von Motionen und Postulaten

Eintreten

Kommissionspräsidentin Alice Heijman: Die GPK hat diesen B+A an ihrer Sitzung vom 27. Mai beraten. Sie war sich darin einig, dass bei den Abschreibungen von Motionen und Postulaten massgebend ist, ob sie erfüllt sind. Wenn nicht, sollen sie nicht abgeschrieben werden. Die Kommission hat sich bemüht, bei diesem Grundsatz zu bleiben. Die Kommissionspräsidentin wird im Detail zu den einzelnen Anträgen Stellung nehmen.

Ratspräsident Marcel Lingg stellt fest, dass der Rat auf den B+A 18/2010 eingetreten ist.

Detail

Ratspräsident Marcel Lingg schliesst, wenn kein Antrag des Parlaments vorliegt, dass der Rat mit dem gemeinsamen Antrag der GPK und des Stadtrates einverstanden ist.

Zu Position 4, Postulat 200 (2000–2004), Seite 4

Kommissionspräsidentin Alice Heijman: Ein Antrag auf Nichtabschreibung wurde mit 11:0 Stimmen angenommen.

Ratspräsident Marcel Lingg geht auch in solchen Fällen davon aus, dass Einverständnis mit dem GPK-Antrag besteht, wenn kein anderer Antrag aus dem Rat gestellt wird. **Er stellt fest, dass Position 4 nicht abgeschrieben wird.**

Zu Position 7, Postulat 321 (2000–2004)

Kommissionspräsidentin Alice Heijman: Zu diesem Postulat wurde ein Antrag auf Nichtabschreibung gestellt; dieser wurde mit 6 Ja bei 4 Nein angenommen. Die Kommissionspräsidentin korrigiert anschliessend, dass in der Kommission 6 Mitglieder für und 4 gegen die Abschreibung votierten, *die Kommission also für Abschreibung entschied.*

Edith Lanfranconi-Laube beantragt Nichtabschreibung von Postulat 321.

In der Abstimmung wird das Postulat 321 mehrheitlich abgeschrieben.

Zu Position 10, Postulat 23 (2004–2009)

Kommissionspräsidentin Alice Heijman: Zu diesem Postulat wurde ein Antrag auf Nichtabschreibung gestellt. 2 Kommissionsmitglieder votierten für und 5 gegen die Abschreibung, bei 4 Enthaltungen.

Ratspräsident Marcel Lingg stellt fest, dass Position 10 nicht abgeschrieben wird.

Zu Position 15, Postulat 140 (2004–2009)

Kommissionspräsidentin Alice Heijman: Ein Antrag auf Nichtabschreibung wurde mit 6 Ja bei 5 Enthaltungen angenommen.

Ratspräsident Marcel Lingg stellt fest, dass Position 15 nicht abgeschrieben wird.

Zu Position 26, Postulat 247 (2004–2009)

Kommissionspräsidentin Alice Heijman: Ein Antrag auf Nichtabschreibung wurde mit 8 Ja bei 2 Nein und 1 Enthaltung angenommen.

Ratspräsident Marcel Lingg stellt fest, dass Position 26 nicht abgeschrieben wird.

**Zu Position 27, Postulat 261 (2004–2009)
und Position 28, Postulat 264 (2004–2009)**

Kommissionspräsidentin Alice Heijman: Bei beiden Postulaten wurde einstimmig für Nichtabschreibung votiert.

Ratspräsident Marcel Lingg stellt fest, dass die Positionen 27 und 28 nicht abgeschrieben werden.

Zu Position 29, Motion 266 (2004–2009)

Ratspräsident Marcel Lingg: Die Motion 266 ist hier versehentlich aufgeführt worden und muss gestrichen werden. Sie wurde seinerzeit als Postulat überwiesen und erscheint im vorliegenden B+A unter Anhang 1, Ziffer 5, mit dem Antrag an die GPK, die Erledigungsfrist um ein Jahr zu verlängern. Sie gehört also nicht hierher.

Zu Position 31, Postulat 309 (2004–2009)

Kommissionspräsidentin Alice Heijman: Ein Antrag auf Nichtabschreibung wurde mit 7 Ja bei 2 Nein und 1 Enthaltung angenommen.

Ratspräsident Marcel Lingg stellt fest, dass die Position 31 nicht abgeschrieben wird.

Zu Position 38, Postulat 373 (2004–2009)

Kommissionspräsidentin Alice Heijman: Ein Antrag auf Nichtabschreibung wurde mit 6 Ja bei 5 Nein angenommen.

Ratspräsident Marcel Lingg stellt fest, dass die Position 38 nicht abgeschrieben wird.

Zu Position 43, Postulat 420 (2004–2009)

Kommissionspräsidentin Alice Heijman: Ein Antrag auf Nichtabschreibung wurde angenommen.

Ratspräsident Marcel Lingg stellt fest, dass die Position 43 nicht abgeschrieben wird.

Zu Position 46, Postulat 442 (2004–2009)

Kommissionspräsidentin Alice Heijman: Ein Antrag auf Nichtabschreibung wurde mit 11 Ja angenommen.

Ratspräsident Marcel Lingg stellt fest, dass die Position 46 nicht abgeschrieben wird.

Zu Position 55, Postulat 525 (2004–2009)

Agatha Fausch Wespe: Die G/JG-Fraktion ist mit der Abschreibung dieses Postulats nicht einverstanden. Das Thema ist „Mit Zivilcourage und Selbstverteidigung gegen Gewalt“. Das Postulat war damals ein kleines Geschenk; das wurde in diesem Rat diskutiert, und die Sprechende bedankt sich nochmals für die Unterstützung bei der Überweisung. Jetzt will man es abschreiben, weil man sparen muss. Der Rundgang, der damit verlangt wurde, konnte im Jahr 2010 nicht gebucht werden. Weil man jetzt sparen muss, will man diese Massnahme nicht mehr drin haben. Dass es im Jahre 2010 keinen Platz gab und man es für dieses Jahr nicht buchen konnte, ist kein Grund, das Postulat abzuschreiben; es kann durchaus auch nächstes Jahr realisiert werden. Das Postulat ist überwiesen worden, aber nicht erfüllt, **weshalb die G/JG-Fraktion Nichtabschreibung beantragt.**

Kommissionspräsidentin Alice Heijman: Dieser Antrag wurde in der GPK nicht gestellt.

In der Abstimmung wird Position 55 mit 21 Stimmen dafür und 18 Stimmen dagegen abgeschrieben.

Luzia Vetterli: Vielleicht wäre es hilfreich, wenn in den kommenden Jahren im Anhang zum Protokoll zusammengestellt würde, welche Motionen und Postulate von der GPK nicht abgeschrieben worden sind. Das würde das Verfahren hier im Rat etwas vereinfachen, weil sofort sichtbar wäre, wozu ein Antrag der GPK auf Nichtabschreibung vorliegt.

Und etwas Zweites, das die Sprechende schon in der Kommission sagte: Die SP/JUSO-Fraktion findet die Kriterien, aufgrund derer Vorstösse abgeschrieben werden, teilweise etwas seltsam. Eigentlich ist klar, dass eine Abschreibung nur möglich ist, wenn ein Postulat oder eine Motion erfüllt ist oder wenn es nicht mehr möglich ist, dass sie erfüllt wird. Es sind aber gewisse Vorstösse zur Abschreibung empfohlen worden, bei welchen es politisch nicht mehr opportun erscheint, das Anliegen umzusetzen, und der Antrag auf Abschreibung wurde inhaltlich gleich begründet wie der Stadtrat im Rat begründet hat, warum er den Vorstoss nicht entgegennehmen wollte. Das reicht natürlich nicht für eine Abschreibung, und dieser Ansicht ist dann auch die GPK gefolgt. Das hat jetzt zum Resultat geführt, dass relativ viele Vorstösse nicht abgeschrieben worden sind. Vielleicht müssten bei der Verfassung dieses Berichts und Antrags die Kriterien künftig etwas genauer angewendet werden.

Ratspräsident Marcel Lingg: Dass dem GPK-Protokoll eine übersichtliche Zusammenstellung beigelegt werden soll, damit man auf einen Blick sieht, zu welchen Vorstössen ein Antrag auf Nichtabschreibung vorliegt, kann sicher entgegengenommen werden.

Die Erledigungsfrist der Motion und des Postulates gemäss II.1., Ziffern 1 und 2 wird um ein weiteres, zweites Jahr verlängert.

Die Erledigungsfrist der Postulate gemäss II.2., Ziffern 1–6 wird um ein weiteres, drittes Jahr verlängert.

Die Erledigungsfrist der Motionen und Postulate gemäss II.3., Ziffern 1–10 wird um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr verlängert

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 18/2010 vom 28. April 2010 betreffend

Abschreibung von Motionen und Postulaten,

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission,

in Anwendung von Art. 87 Abs. 2 lit. b und Abs. 4 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates von Luzern vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

1. Die Motionen und die Postulate gemäss I, Ziffern 1–58 werden abgeschrieben, ausgenommen die Ziffern 4, 10, 15, 26, 27, 28, 31, 38, 43 und 46.

Die versehentlich unter I, Ziffer 29 zur Abschreibung beantragte Motion wird gestrichen. Sie wurde am 24. Januar 2008 als Postulat überwiesen und erscheint im vorliegenden Bericht und Antrag unter Anhang 1, Ziffer 5, mit dem Antrag an die Geschäftsprüfungskommission, die Erledigungsfrist um ein Jahr zu verlängern.

2. Die Erledigungsfrist der Motion und des Postulates gemäss II.1., Ziffern 1 und 2 wird um ein weiteres, zweites Jahr verlängert.
3. Die Erledigungsfrist der Postulate gemäss II.2., Ziffern 1–6 wird um ein weiteres, drittes Jahr verlängert.
4. Die Erledigungsfrist der Motionen und Postulate gemäss II.3., Ziffern 1–10 wird um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr verlängert.

6. Bericht und Antrag 19/2010 vom 5. Mai 2010: Fusion Littau-Luzern: Schlussbericht des Umsetzungsprojekts

Eintreten

Kommissionspräsidentin Franziska Bitzi Staub: Die Spezialkommission Teilrevision der Gemeindeordnung hat an ihrer Sitzung vom 10. Juni 2010 diesen Bericht und Antrag beraten. Er hat zwei Teile:

- Der Berichtsteil befasst sich mit dem Fusionsprozess und der Evaluation desselben;
- Der Antrag bezieht sich auf die Abrechnung des Sonderkredits von 2 Millionen Franken für die Umsetzung der Fusion.

Der B+A wurde grundsätzlich gut aufgenommen. Ein paar Monate nach der Fusion werden noch nicht ihre Auswirkungen evaluiert, sondern nur der eigentliche Umsetzungsprozess. Die im Fusionsvertrag vereinbarten finanzpolitischen Vorgaben konnten eingehalten werden: bei Synergien von 11,4 Mio. und Leistungsangleichungen von 2,3 Mio. wird ein Nettoeffekt von 9,1 Mio. Fr. erzielt, und auch der bewilligte Sonderkredit von 2 Mio. Fr. kann eingehalten werden.

Die offizielle Amtsübergabe wurde inzwischen vollzogen, das Amtsübergabeprotokoll von allen Involvierten unterzeichnet und vom Regierungsrat bestätigt (das wurde der Kommissionspräsidentin von der Stadtkanzlei im Nachgang zur Sitzung vom 10. Juni bestätigt). Damit ist das Projekt Fusion Littau-Luzern definitiv abgeschlossen.

Es verbleiben noch die Pendenzen gemäss Anhang 4 des Berichts. Der Spezialkommission wurde versichert, dass der Grosse Stadtrat über deren Erledigung weiterhin in geeigneter Form informiert wird.

Die Kommissionspräsidentin nimmt hier ein Korrigendum zum Detail vorweg: Im B+A wird mehrmals die Begleitkommission des Einwohnerrates Littau erwähnt. Es handelt sich dabei nicht, wie darin erwähnt, um die Finanzkommission, sondern um die Geschäftsprüfungskommission unter der Leitung von Luzia Mumenthaler.

Die Spezialkommission empfiehlt dem Grossen Stadtrat einstimmig,

- vom Schlussbericht zum Umsetzungsprojekt Fusion Littau-Luzern Kenntnis zu nehmen und
- die vorgelegte Abrechnung über den Sonderkredit für das Umsetzungsprojekt Fusion Littau-Luzern zu genehmigen.

Urs Wollenmann: Die SVP-Fraktion tritt auf diesen B+A ein und stimmt ihm zu, aber erlaubt sich zum – wie die Kommissionspräsidentin sagte – Abschluss dieses Prozesses wieder einmal nach zwei Jahren, die ganze Sache politisch zu würdigen. Bei allem Jubel über die ach so gelungene Fusion – die eine Übernahme von Littau durch die Stadt war, also eine Eingemeindung – geht etwas doch ganz schnell vergessen: Am Abstimmungstag vor rund zwei Jahren hätten gerade mal 500 Leute anders stimmen müssen, und die Fusion wäre gescheitert. Das soll hier doch noch einmal ordnungshalber gesagt werden. Und das trotz einer vorgängigen beispiellosen Propagandaschlacht durch die Stadt und auch durch die Neue Luzerner Zeitung, die alle, welche gegen diese Fusion waren, unterschwellig als Leute bezeichnete, die doch einfach keine Ahnung haben. Dabei hat man diese Abstimmung doch nur gewonnen, weil man insbesondere die Littauer geködert hat: Den Littauer Gemeindeangestellten wurde die Besitzstandsgarantie gegeben, den grossen Littauer Unternehmen, insbesondere der Bauindustrie, wurden durch die Blume grosse Aufträge in Aussicht gestellt – das ist so – und dann natürlich das „Zückerli“ mit der Steuersenkung, wobei man vergass zu erwähnen, dass den Littauern die Steuersenkung durch kommende Gebührenerhöhungen oder neu eingeführte indirekte Steuern wie z. B. durch Parkgebühren und Blitzautomaten, von denen es in Littau bisher keinen einzigen gibt, gerade wieder aus der Tasche gezogen wird. Den Luzernern ist diese so genannte Fusion mit dem Argument verkauft worden, dass Luzern grösser werden müsse, um stärker zu werden, und nur so erhalte Luzern mehr Gehör in Bern, um Bundessubventionen abholen zu können, z. B. für den so genannten Tiefbahnhof – gemeint ist ein doppelter Sackbahnhof. Zum einen stellt die SVP-Fraktion mit Erstaunen fest, dass der Stadtrat und die befürwortenden Parteien nach wie vor der alten Ideologie „Grösser = stärker“ nachhängen, die eher weiter östlich in Europa ganz populär gewesen ist, zum zweiten konnte man sehen, wie tief beeindruckt Bundesbern von der so genannten Vorwärtsstrategie in Luzern ist: Indem der so genannte Tiefbahnhof ein unschickliches Begräbnis zweiter Klasse erhalten hat. Was zusammengewachsen ist, gehöre zusammen, heisst es auch: Die ganze Agglomeration sei an sich nur noch eine städtische Siedlung, weshalb man fusionieren müsse. Da ist aber zu fragen: Wie ist es denn im Kanton Zug? Gemeindefusionen sind dort kein Thema, obwohl Zug, Baar, Cham und Steinhausen zusammengewachsen und im Prinzip eine Stadt sind. Auch dort ist den Menschen nicht mehr bewusst, wenn sie die Gemeindegrenzen wechseln – ein beliebtes Argument in Luzern. Sie wohnen in Baar und gehen an die Baarerstrasse in Zug arbeiten oder die Zuger gehen ein paar Meter weiter nach Baar ins Kantonsspital. Da heisst es bei uns immer, die könnten es sich eben leisten, diese so genannten alten Strukturen aufrechtzuerhalten. Und sie hätten keinen Leidensdruck. Schön, dann muss man sich eben fragen, weshalb es den Zugern denn so viel besser geht, während Luzern das Heil in Gemeindefusionen sucht. Der Luzerner Gemeindeschreiber Renward Cysat hat schon im 17. Jahrhundert an sich sehr schön gesagt – auf modernes Bauerndeutsch übersetzt: „D’Zuger sind

gschaffige und dienstbeflissene Lüt, dem Handel und Wandel wohlgesinnt.“ Das ist bis heute so. Zug ist nicht nur wegen der tiefen Steuern heute ein reicher Kanton – das auch –, aber vor allem weil die Zuger Zuzüger, die bei ihnen geschäften möchten, als Kunden betrachten, denen man freundlich begegnet und denen man keine behördlichen Schikanen bereitet. Was für ein Gegensatz zu Luzern – Stadt und Kanton –, wo die hiesige Beamtenschaft auch ohne Beamtenstatus manchmal noch immer so tut, als seien die Menschen für sie da und nicht umgekehrt und der Beamtenesel gerade bei Neuansiedlungen oder wenn es um flexiblere Lösungen für schon ansässige Unternehmer geht – vor allem das zweite noch – teilweise unglaublich bockig ist.

Oder man werfe doch einen Blick in den Kanton Aargau. Aargau ist nach Zürich, Basel und Genf der wirtschaftlich viertgrösste Kanton gemessen am BIP. Und was hat man im Kanton Aargau? Keine Gemeinde hat mehr als 20'000 Einwohner. Und der Fusionszug, der von der Aargauer Regierung angestossen worden ist, ist schon ziemlich ins Stocken geraten. Die Badener wollen sicher nicht mit den Wettingern fusionieren und umgekehrt, die Ennetbadener wollen lieber auch in Zukunft „ennet“ von Baden bleiben, und das Projekt Gross-Aarau ist auch so gut wie gestorben. Hier aber träumt man noch immer von einem Gross-Luzern und will das von Seiten der Regierung mit viel Geld subventionieren, dabei kann man es sich doch gar nicht leisten: der Kanton nicht und die Stadt erst recht nicht. In den nächsten fünf, sechs Jahren muss man zuerst einmal versuchen, die Schulden in den Griff zu bekommen. Gleichzeitig aber will Luzern sich ausgerechnet noch Emmen anlachen. Diese Probleme braucht Luzern nicht auch noch.

Abschliessend ist zu sagen: Die SVP-Fraktion ist und bleibt Gegner jeder weiteren Fusion, einfach deswegen, weil damit die Probleme von Luzern nicht gelöst werden können.

Andreas Wüest ist aufgefordert worden, zur Sache zu reden und wird sich auch daran halten. Die SP/JUSO-Fraktion nimmt von diesem Bericht Kenntnis und wird auch der Abrechnung des Sonderkredites zustimmen. Die politische Würdigung sei Urs Wollenmann überlassen, allerdings mit dem Hinweis, dass die Maxime „Grösser = stärker“ im Osten seit 20 Jahren nicht mehr besonders populär ist, dafür eher bei den UBS-Abzockern und bei den Wasserträgern der SVP. Zum Bericht selber: Dieser ist ein sauberer und vollständiger Zusammenzug über den Fusionsprozess, und die Fraktion dankt allen Beteiligten für die gute Arbeit. Jene, die in der Spezialkommission oder in der GPK von Littau waren, konnten den Prozess immer mitverfolgen und wissen, dass hier nichts Neues eingeflossen ist, sondern dass man sich an das gehalten hat, was aufgelegt und versprochen wurde. Das zeigt sich und zeichnet sich auch darin aus, dass der Vertrag erfüllt ist. Zum Personal noch ganz kurz: Dieses ist miteinbezogen worden. Auf Nachfrage konnte niemand von der Verwaltung sagen, dass sich die Leute nicht wohlfühlen würden; die Integration scheint trotz gewisser Schwierigkeiten im Übergangsprozess, als die Leute von Littau Richtung Luzern zügelten, gelungen. Bei Apéros und Gipfeli lernten sich die Leute in den einzelnen Abteilungen, wie man hören konnte, besser kennen.

Laura Grüter Bachmann möchte auch keine politische Würdigung vornehmen, denn darum geht es hier nicht. Die Demokratie ist zu akzeptieren. Was im Votum von Urs Wollenmann

durchscheint, ist noch immer ein grosser Frust, was bedauerlich ist. Es liegt hier ein ausführlicher Bericht über den Umsetzungsprozess vor. Dieser ist Geschichtsschreibung und bezieht auch die Ergebnisse aus verschiedenen Workshops ein, die nach der Fusion durchgeführt worden sind, und er enthält auch die Ergebnisse einer Bevölkerungsumfrage. Der Bericht zeigt auf, dass der Fusionsvertrag und die Absichtserklärung eingehalten worden sind. Dies gilt auch für den Kostenrahmen für den Umsetzungsprozess. Es ist gute Arbeit geleistet worden, und dafür möchte die FDP-Fraktion an dieser Stelle danken. Es wird auch aufgezeigt, was das nächste Mal bei einer allfälligen Fusion besser gemacht werden könnte. Die Fraktion tritt auf den Bericht ein, nimmt von ihm Kenntnis und stimmt der Abrechnung über den Sonderkredit zu.

Markus Helfenstein: Dieser B+A bezieht sich auf den Prozess der Umsetzung der Fusion Littau-Luzern. Es liegt eine Nachschau einer Gemeindefusion vor, die in dieser Grössenordnung wohl noch nie durchgezogen wurde, mit Ausnahme von Zürich. Die grösste und die viertgrösste Gemeinde im Kanton haben fusioniert. Der Prozess verlief, objektiv betrachtet, ohne grosse Nebengeräusche. Dies allein ist ein Lob und setzt ein positives Zeichen. Subjektiv wurde dies vielleicht etwas anders wahrgenommen, vor allem vermutlich von Direktbetroffenen wie den Mitarbeitern/-innen der Verwaltungen. Die Erkenntnisse und Erfahrungen aus dieser Fusion müssen aufgenommen werden, damit sie in weitere Projekte einfließen können.

Der Sprechende erlaubt sich, einzelne Punkte herauszugreifen und Bemerkungen dazu abzugeben. Zur Dauer der Umsetzung der Fusion: Diese ist zu lange; das wurde auch so wahrgenommen. Sie hat sich auch auf die Befindlichkeiten des betroffenen Personals ausgewirkt. Es gab Unsicherheiten: Was geschieht mit mir, wie lange geht es noch, bis ich weiss, was läuft? Erfreulich ist aber, dass die Reduktion von 40 Vollzeitstellen mit natürlicher Fluktuation bewältigt werden konnte. Bei weiteren Fusionen muss wohl mit Kündigungen gerechnet werden. Ein weiterer Punkt ist der fehlende Beitrag von 20 Millionen Franken. Dieser tut weh und hat auch Auswirkungen auf den Prozess gehabt: Einzelne Synergien mussten schneller umgesetzt werden, um die Fusionsbilanz zu erreichen. Aber auch für weitere Fusionen wird es vermutlich schwierig bleiben, Beiträge zu erhalten. Diesbezüglich ist die Koordination der Strategien von Kanton und Stadt teilweise bemängelt worden. Das ist aber sicher auch auf fehlende gesetzliche Grundlagen zurückzuführen.

Littau hat insgesamt mit knapperen Ressourcen gewirtschaftet. Die Aufstellung Seite 14, Direktionale Projekte, zeigt eindrücklich auf, dass die Littauer Exekutive im Prozess stark operativ mitbeteiligt war, während aus Luzern vorwiegend Mitarbeiter/-innen aus der Verwaltung am Verhandlungstisch sassen. Das ist ein Beispiel für die unterschiedlichen Kulturen und auch Strukturen von Littau und Luzern, die aufeinandergeprallt sind. Der Einbezug von Entscheidungsträgern, also der Exekutive, ist aber vereinzelt vermisst worden oder als zu wenig konsequent wahrgenommen worden. Leadership top-down ist angesprochen worden.

Zur Verwendung des neuen Littauer Verwaltungsgebäudes: Es dauerte lange, sehr lange, bis eine Lösung vorhanden war. Der Sprechende glaubt, dass die Littauer Bevölkerung dieses Zögern der Stadt etwas erstaunt hat. Er hätte erwartet, dass eine Direktion in das Littauer

Verwaltungsgebäude einziehen würde, aber die Strategie des Stadtrates richtet sich auf eine möglichst zentrale Verwaltung aus.

Für die CVP-Fraktion ist wichtig, den Bezug zum Projekt Starke Stadtregion aufzunehmen. Wie geht es weiter? Littau war ein erster Schritt. Albert Schwarzenbach wird dazu separat Ausführungen machen. Die Fraktion ist für Eintreten, nimmt vom Bericht Kenntnis und genehmigt die vorgelegte Abrechnung.

Manuela Jost: Auch die GLP-Fraktion tritt auf den B+A ein und wird ihn zur Kenntnis nehmen. Sie wird ebenfalls die beantragte Abrechnung über den Sonderkredit genehmigen. Der gute Bericht stellt die Komplexität einer Fusion relativ eindrücklich dar. Vieles ist Geschichte, aber es gibt auch noch Pendenzen, und der Fraktion ist wichtig, dass diese klar priorisiert und fristgerecht angegangen und umgesetzt werden. Sie möchte sich zu zwei Punkten äussern – nicht grundsätzlich zur Frage von Fusionen. Sie hat ein gewisses Verständnis, dass Urs Wollenmann bzw. die SVP-Fraktion hier nochmals einen kurzen Rundumschlag machen musste, aber 500 Stimmen mehr sind nun einmal 500 Stimmen mehr in dieser Demokratie, und das gilt es jetzt einfach zu akzeptieren. Die GLP-Fraktion hat aus dem Bericht herauszulesen versucht, was aus der Fusion, aus diesem Prozess für künftige Prozesse gelernt worden ist. Ihr sind zwei Punkte aufgefallen: Als ersten die Informationspolitik. Diese ist eminent wichtig. Die Fraktion hat fast den Eindruck, man könne nicht genug informieren. Man kann es nur falsch machen, wenn man zu viel oder zu wenig informiert. Tatsache ist, dass gut und fristgerecht informiert werden muss. In diesem Prozess gibt es wohl ein gewisses Optimierungspotenzial. Das ist eine Bringschuld der Verwaltung; die Informationen müssen gegeben werden. Andererseits haben aber jene Leute und Gruppierungen, die speziell an Detailinformationen interessiert sind, eine gewisse Holschuld; sie müssen sich die Informationen holen. Der zweite Punkt sind die Kosten. In finanziell schwierigen Zeiten ist es sicher wichtig, eine rigorose und konsequente Kostenpolitik und ein entsprechendes Controlling zu führen. Im vorliegenden Falle ist das erfüllt, und das begrüsst die GLP-Fraktion: Fusionen kosten etwas, und die Kosten müssen immer im Verhältnis sein, nicht nur zum Prozess an sich, sondern auch in Relation zum absehbaren Ertrag.

Die GLP-Fraktion tritt also auf den B+A ein und wird die Abrechnung genehmigen.

Agatha Fausch Wespe: Die G/JG-Fraktion schätzt diesen B+A zum Umsetzungsprojekt positiv ein und sie wird ihm auch zustimmen. Er beschreibt, wie der Annäherungsprozess der zwei Gemeinwesen Luzern und Littau über die Bühne gegangen ist und ist heute, da die neue grössere Stadt bereits zu erleben ist, eigentlich schon ein Stück Geschichte. Die Fusionierung ist vorbei; sie ist gelungen, und eigentlich könnte man einfach weiter gehen. Trotzdem ist ein Halt für einen kurzen Rückblick und eine Bilanz wichtig. Dies deshalb, weil die Fusion Littau-Luzern Modellcharakter hat. Schon bald stimmen weitere Gemeinden ab, ob sie auch fusionieren wollen oder ob sie allenfalls eine andere Zusammenarbeitsform wählen. Dabei wird man genau darauf schauen, wie die Fusionierung Littau-Luzern gelungen ist oder nicht. Der G/JG-Fraktion sind zwei Punkte in diesem B+A ganz wichtig: Die Tatsache, dass die Mitarbeitenden, welche für das fusionierte Gemeinwesen weiterarbeiten wollten, das jetzt auch tun

können. Das ist super. Das Teilprojekt, das die Personalverantwortlichen mit allen Mitarbeitenden sorgfältig gelöst haben, sodass niemand, der nicht gehen wollte, ging, ist sehr erfreulich. 71 Mitarbeitende integrieren sich jetzt an ihrem neuen Arbeitsplatz in der Stadt. Das brauchte auf beiden Seiten viele achtsame Diskussionen und auch viel Goodwill. Der Fraktion ist es deshalb ein Anliegen, allen Mitarbeitenden und auch den Teilprojektleitenden Danke zu sagen für ihren Extra-Effort: Sie alle haben am Fusionierungsprojekt mitgearbeitet und zwar neben dem Courant normal. Dieser war trotzdem gewährleistet. Das erforderte viel energieaufwendige Zusatzarbeit. Weil ein Fusionierungsprozess den meisten Mitarbeitenden sehr viel Energie abverlangt, ist es wichtig, dass die Arbeit in nächster Zeit konsolidiert wird, das heisst, dass nicht all zu viele Projekte durchgeführt werden, bevor schon wieder eine neue Aufregung losgeht mit Veränderungen und weiteren Fusionierungen.

Eines steht nicht im B+A, beschäftigt aber die G/JG-Fraktion: die Frage, wie es im Frühling mit der Zügelei gegangen ist. Vor kurzem konnte man ja im Stadthaus die vielen Möbel sehen. Sind die neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an ihrem Arbeitsplatz angekommen? Wie geht man mit den unterschiedlichen Zugangsweisen in der Arbeit um? Man sagt ja von den Littauern/-innen, sie arbeiten generalistischer als die Luzerner/-innen. Lernt man voneinander? Über die Prozesse, die jetzt im Gang sind, wird dieser Rat – so ist es versprochen – in einer späteren Information in etwa einem Jahr hören. Dann kann man zurückschauen und fragen, was diese Fusionierung konkret für die Mitarbeitenden und was sie für die Anspruchsgruppen in der neuen Stadt bedeutet. Kann man aus den gemachten Erfahrungen etwas für die neue Stadt in der Zukunft lernen? Eine neue Fusionierung mit anderen Agglomerationsgemeinden wird nicht die gleiche Fusionierung sein; es wird die Fusionierung zu einer neuen Stadt sein. Trotzdem ist der Blick zurück wichtig.

Zum Abschluss eine Empfehlung zu Punkt 6: Dieses Kapitel umfasst als einzigen Satz: „Die wichtigsten Dokumente zum Projekt wurden zusammengefasst und dem Stadtarchiv zur Archivierung übergeben.“ Dieser B+A und diese Unterlagen sollten jedoch nicht zu tief unten im Archiv abgelegt werden. Man sollte auf all das Erfahrungswissen Zugriff haben, auch auf das Wissen, das in den Workshops im März bei all den Anspruchsgruppen, beim Personal und bei Politikern/-innen und weiteren Personen abgeholt worden ist. Dieses Wissen muss rasch zur Hand sein. Die G/JG-Fraktion tritt aber auf den B+A ein und wird die Abrechnung des Sonderkredits genehmigen.

Albert Schwarzenbach möchte im Namen der CVP-Fraktion am Votum von Markus Helfenstein anknüpfen. Die Fusion Littau-Luzern war nur ein erster gelungener Schritt. Der Prozess zu einer Starken Stadtregion muss weitergehen. Denn noch immer ist das Wachstum der Region Luzern unterdurchschnittlich. Lausanne und Genf, Zürich und Zug, Basel und Winterthur entwickeln sich dynamischer. Hier in Luzern fliesst viel Energie in die Koordination, in demokratisch wenig legitimierte Zweckverbände und Absprachen, die sich an Einzelinteressen der Gemeinden und nicht am Gesamtinteresse der Agglomeration orientieren. Wenn jede Ortschaft für sich allein plant, kommt es zu einer wenig ökologischen Zersiedelung, um nur ein Beispiel zu nennen.

Die regionale Zusammenarbeit gehört zwingend auf die politische Agenda. Ob sie zu weite-

ren Fusionen oder zu neuen Kooperationsmodellen führt, wird das Projekt der Starken Stadtregion zeigen. Worauf ist zu achten? Es braucht den Kontakt über die Gemeindegrenzen hinaus. Wenn Horw das Areal beim Bahnhof neu gestaltet, wirkt sich das auf die Stadt aus, zumindest was die tertiäre Bildung betrifft. Wenn Ebikon einen Entwicklungsplan auflegt, der zeigt, wo in den nächsten Jahren gebaut werden darf und wo die Gemeinde grün bleiben wird, so hat das einen Bezug zur städtischen Wohnbauinitiative. Der Masterplan Nord mit dem Seetalplatz kann nur von Emmen und der Stadt zusammen entwickelt werden. Und dass in Adligenswil zurzeit ein Entwicklungskonzept diskutiert wird, das zumindest in den Schnittstellen die Stadt betrifft, müsste auch in diesem Rat und bei den städtischen Planern ein Thema sein.

Es muss so gedacht und gehandelt werden, wie es die Bevölkerung längst tut: über die Gemeindegrenzen hinaus. Wer hat schon einmal eine Einwohnerratssitzung in Emmen, Horw oder Kriens verfolgt? Wer kennt die Finanzplanung von Emmen, die auf Zielen und Leistungen beruht und gesamtschweizerisch neue Wege beschreitet? Und wer schliesslich weiss, dass die Sanierung des Oberstufenschulhauses in Horw fast gleich teuer kommt wie die Erneuerungs- und Sanierungsarbeiten beim KKL? Wer die Befindlichkeiten in den Agglomerationsgemeinden versteht, wer um Ängste und Vorurteile hüben und drüben weiss, findet den Draht, um über die Stadtgrenzen hinaus zu wirken. Dass zusammengearbeitet werden muss, ist unbestritten. Die Frage ist nur wie. Und so kommt man zu den wichtigen Faktoren, die einen Erfolgsfaktor darstellen, bei welcher Form der Zusammenarbeit auch immer.

Es kann auf den Erfahrungen aus dem Fusionsprozess Littau-Luzern aufgebaut werden. Die CVP-Fraktion ist von allem Anfang an für diese Fusion eingestanden und sie steht auch von allem Anfang an zur Starken Stadtregion. Denn sie möchte, dass dereinst festgestellt werden kann: Die Region Luzern entwickelt sich überdurchschnittlich gut. Die Raumplanung erfolgt über die Gemeindegrenzen hinaus und schützt die Ressourcen. Und es sind nicht Emmer, Krienser und Stadtluzerner Interessen, die vertreten werden, sondern die Interessen der Region. Denn nur so kommt man vorwärts.

Daniel Erni: Grundsätzlich ist dieser Bericht Vergangenheitsbewältigung. Die Fusion ist vollzogen, und der Sprechende ist nicht frustriert. Was aber eigentlich nicht zur Vergangenheitsbewältigung gehört, ist für ihn das Erreichen der 12 Mio. an Synergien. Das ist Pflicht, nicht nur Kür. Aus dem B+A wird ersichtlich, dass erst ab 2014 mit 11,4 Mio. Franken Synergieeinsparungen zu rechnen ist. Damit die Rechnung unter dem Strich wieder aufgeht, hat man den Leistungsausgleich etwas heruntergekürzt. Aber dass Teile aus dem Leistungsausgleich herausgebrochen worden sind, heisst klar, dass insbesondere das Quartier Littau-Reussbühl damit um versprochene Leistungen kommt. Der Sprechende möchte nicht, dass in Luzern ein Zweiklassensystem etabliert wird. Diese Gefahr besteht, denn in der Vergangenheit wurde immer wieder etwa gesagt, dass gewisse Leistungen jetzt noch nicht gerade angeglichen werden können, weil im Moment einfach das Geld fehle. Weil die Synergieziele nicht erreicht sind, wird beim Leistungsausgleich gekürzt.

Verwirrend sind zwei Zahlen: Beim Synergie- und Leistungsausgleich handle es sich bei 18 % der Massnahmen um Verbesserungen in den Bereichen Organisation und Effizienz, und bei

fast gleich viel, nämlich 15 %, um Synergien, die keinen unmittelbaren Bezug zur Fusion haben. Der Sprechende ist darum der Meinung, dass die Synergie- und Leistungsangleichungsziele nicht erfüllt worden sind. In Zukunft wird deshalb darauf zu achten sein, wie der Trend dort läuft, insbesondere für das Quartier Littau, denn schlussendlich sollen alle vom gleichen Leistungsstandard ausgehen können.

Stadtpräsident Urs W. Studer dankt den Fraktionen, die auf diesen B+A einzutreten gewillt sind und ihm auch positiv gegenüberstehen, herzlich. An die Adresse der SVP-Fraktion, insbesondere an jene ihres Erstsprechers ist Folgendes zu gegenpunktieren. Urs Wollenmann sagte als erstes – und das ist eine ganz problematische Aussage –, dass Unternehmer aus Littau bei diesem Fusionsprojekt insoweit gewogen gestimmt worden seien, als man ihnen grosse Aufträge in Aussicht gestellt habe. Es kann nur gemeint sein, dass irgendwer aus der Stadt Luzern diese Aussage gemacht habe. Der stadträtliche Sprecher weist diese mit aller Härte, aller Konsequenz und in aller Form zurück. Urs Wollenmann weiss genau, dass in der Stadt Luzern die kantonale und die eidgenössische Gesetzgebung über das öffentliche Beschaffungswesen und die entsprechenden Nebenerlasse beachtet werden. Das heisst: Wenn die Stadt eine Leistung zu vergeben hat, welche die Grenze erreicht, ab der diese ausgeschrieben werden muss – und diese Grenzen sind sehr tief –, dann erfolgt die Ausschreibung, und der Zuschlag des Werkvertrages oder Auftrages oder was immer das ist, erfolgt nicht an den Billigsten, aber an den Günstigsten. Als Zweites hat Urs Wollenmann ausgeführt, dass sich die Stadt Luzern, unterdessen fusioniert mit Littau, und der Kanton Luzern sich in der aktuellen konjunkturellen und haushaltspolitischen Situation weitere Fusionen gar nicht leisten könnten. Darauf entgegnet der Sprechende, dass man sich weitere Fusionen leisten muss, selbst wenn der Return on Investment nicht im gleichen Jahr erfolgt, sondern erst später. Unter diesem Blickwinkel ist das von Urs Wollenmann genannte Beispiel des Kantons Zug nicht schlüssig und zutreffend. Der Kanton Zug hat etwa 120'000 Einwohner in 10 Kommunen und geniesst übrigens eine topografisch erheblich bessere Standortgunst als Luzern. Der Kanton Luzern hat 350'000 Einwohner und aktuell sind es noch 87 Gemeinden. Man kann natürlich mit der Haltung, dass kleine und Kleinsteinheiten, weil sie so etwas wie eine grosse Familie abbilden, die Meinung vertreten, dort und nur noch dort funktioniere die Demokratie noch, sonst eben nicht mehr. Aber wenn Luzern im ganzen Kanton, aber insbesondere in der Stadtregion auf dem Weg der Fusionen nicht weiter geht, wird dieser stolze Kanton in der Region Zentralschweiz immer mehr zurückfallen, befürchtet der Sprechende. Er möchte indes hier nicht länger werden, sondern der Mehrheit des Rates für die gute Aufnahme dieses B+A danken. Er ist die Bestätigung dafür, dass die Fusion jetzt erfolgt ist, und selbst wenn sie im Sinne von $A + B = A$ erfolgte, ist sie eine eigentliche Erfolgsgeschichte.

Josef Wicki möchte sich zu den angesprochenen Punkten Übernahme und Wie weiter äussern. Eine Übernahme hat auch etwas mit Ökonomie zu tun. Wenn man aus zwei funktionierenden Gemeinwesen zusammensetzt und den besten Weg sucht, dann ist klar, dass nicht alles von Grund auf, nicht jeder Stein und jede Grundmauer neu gemacht wird, sondern dass vieles angedacht ist und übernommen wird. Die Reform, die eingeläutet ist, wird dann über die

Mitarbeitenden kommen – es arbeiten jetzt über 70 Leute aus Littau in der neuen Stadt Luzern – und über die Parlamentarier und die Exekutivmitglieder, die aus dem Stadtteil Littau-Reussbühl kommen. So wird eine Art Reform stattfinden, wobei nicht gerade alles sofort gemacht werden kann. Ob es dann besser wird oder nicht, kann offen gelassen werden. Ein grosser Wert ist es, wenn man die Leistungen vergleicht. Man muss zusammensitzen und vergleichen, wer was wie anbietet. Beides geht, aber beides hat Vor- und Nachteile. Aber nur schon, dass man zusammensitzt, die Leistungen einander gegenüberstellt und überprüft, hat einen sehr grossen, nicht bezahlbaren Wert, der sich nicht von heute auf Morgen in Geld ummünzt, aber früher oder später in der Diskussion wieder aufgenommen wird. Man erinnert sich, dass da doch etwas war und wie haben es die anderen gemacht, bei denen es doch auch 1:1 gegangen ist – das wird sich ummünzen; so wird sich diese Fusion auszahlen. Die Diskussionen, die jetzt geführt worden sind, werden sich nicht heute oder morgen, aber früher oder später auszahlen, und das ist auch ein Return of Investment.

Zum Wie weiter: Die FDP hat die Fusion von Anfang an unterstützt, stand ebenfalls zuvorderst. Sie ist jetzt der Meinung: Das war der erste Schritt, und es muss weitergehen, es müssen weitere Fusionen dazukommen. Aus der Sicht eines kleineren Gemeinwesens möchte der Sprechende die Verantwortlichen aber zur Bescheidenheit mahnen. Wenn man aus der Stadt hinaus geht und sagt, man will fusionieren, wird das in der Agglomeration einfach anders verstanden. Darum geht die FDP auch nicht derart aggressiv hinaus, denn wenn es gelingen soll, muss der Impuls jetzt von den Gemeinden kommen. Darum ist die Partei und Fraktion da etwas zurückhaltend. Sie möchten auch kein Parteigeplänkel in dem Sinne, dass alle sagen, sie seien die Einzigen und die Richtigen, die das immer haben wollten. Im Sinne der Sache muss man jetzt von der Stadt her etwas zurückhaltend sein und den Impuls von den Gemeinden kommen lassen. Wenn er dann kommt, kann man sagen, dass man gerne bereit ist, die Strategie bekannt und kommuniziert und auch die richtige ist.

Ratspräsident Marcel Lingg stellt fest, dass der Rat auf den B+A 19/2010 eingetreten ist.

Detail

Zu 5, Evaluation, Seite 26 ff.

Markus Helfenstein möchte als einer der letzten Hartnäckigen, die in Littau für Sitzgarantien gekämpft haben, eine Bemerkung anbringen. Unter „Exekutive/Legislative“ steht: „Sitzgarantien sind nicht notwendig; Parteien und Stimmbevölkerung haben dafür gesorgt, dass die integrierte Gemeinde in den Organen der vereinigten Stadt angemessen vertreten ist.“ (Seite 26). Diese Aussage ist für ihn zu kategorisch. Es wurde zwar geschafft – und aus Sicht des Sprechenden war es ein Glücksfall, dass es so abgelaufen ist –, aber für weitere allfällige Fusionen ist dies keine Garantie. Dieses Thema wird dann wieder neu zu prüfen sein.

Zum Antrag, Seite 30

I. Vom Schlussbericht wird Kenntnis genommen.

II. Die Abrechnung wird einstimmig genehmigt.

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 19 vom 5. Mai 2010 betreffend

Fusion Littau-Luzern: Schlussbericht des Umsetzungsprojekts,

gestützt auf den Bericht der Spezialkommission,

in Anwendung von Art. 30 Abs. 1 lit. b und Art. 69 lit. b Ziff. 8 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999,

beschliesst:

1. Vom Schlussbericht zum Umsetzungsprojekt Fusion Littau-Luzern wird Kenntnis genommen.
2. Die vorgelegte Abrechnung über den Sonderkredit für das Umsetzungsprojekt Fusion Littau-Luzern wird genehmigt.

7. Postulat 46, Luzia Vetterli und Luzia Mumenthaler-Stofer namens der SP/JUSO-Fraktion vom 1. April 2010: Berücksichtigung weicher Faktoren beim Projekt Starke Stadtregion

Vor kurzem hat die Projektorganisation Starke Stadtregion mit ihrer Arbeit begonnen. In fünf Gemeinden wird gründlich und breit geprüft, welche Vor- und Nachteile eine stärkere Zusammenarbeit oder ein Zusammenschluss bringen werden. Ganz pragmatisch und praktisch interessieren sich die Menschen vor allem für die zukünftigen Quartierstrukturen. Damit eine verstärkte Zusammenarbeit oder eine Fusion vom Volk mitgetragen wird, muss den Menschen klar sein, wie die Eigenständigkeit und der Charakter ihrer Gemeinde gewahrt werden kann.

Wir bitten den Stadtrat deshalb, sich im Rahmen der Projektarbeiten vertieft mit folgenden Fragen auseinanderzusetzen und sobald wie möglich zusammen mit den anderen Gemeinden Antworten zu präsentieren. Die Antworten interessieren sowohl bei der Variante verstärkte Zusammenarbeit als auch bei der Variante Zusammenschluss.

Wie sind künftig die Bedingungen für die Vereine? Werden die Vereine weiterhin alle bestehen können bzw. werden sie die gleiche staatliche Unterstützung erhalten wie bisher?

Wie wird die Volksschule organisiert, in erster Linie die Unterstufe und der Kindergarten? Wie wird sichergestellt, dass die Schulwege der Kinder nach wie vor möglichst kurz sind?

Wird es weiterhin ein Dienstleistungsangebot der Gemeinde in erreichbarer Nähe geben? Welche Dienstleistungen werden dort noch angeboten, welche würden zentralisiert werden?

Der Stadtrat nimmt zum Postulat wie folgt Stellung:

Die Postulantinnen regen an, dass sich das Projekt „Starke Stadtregion“ vertieft mit den weichen Faktoren auseinandersetzt. Zusätzlich wünschen sie Antworten zur Vereinsförderung,

zur Organisation der Volksschule und dem Dienstleistungsangebot der öffentlichen Verwaltung in „erreichbarer Nähe“.

Begleitgruppe „Weiche Faktoren“

Die Steuerungsgruppe des Projekts „Starke Stadtregion“ hat die Wichtigkeit der „weichen Faktoren“ erkannt und bereits am 22. Januar 2010, ergänzend zu den sieben Fachgruppen, eine Begleitgruppe „Weiche Faktoren“ eingesetzt. Die Aufgabe der Arbeitsgruppe wurde wie folgt definiert:

„Die Begleitgruppe begleitet die Projektarbeiten ab März 2010 bis zum Abschluss der Projektarbeiten aktiv. Sie beurteilt zum einen die Ergebnisse der einzelnen Fachgruppen unter Berücksichtigung weicher Faktoren, zum anderen entwickelt sie in Bezug auf ausgewählte weiche Faktoren eigenständige Forderungen. Sie erstellt einen eigenen Zwischen- bzw. Schlussbericht.“

Unter weichen Faktoren werden folgende Fragestellungen verstanden (nicht abschliessend):

- *Heimat und Identität*
- *Selbstwertgefühl der Gemeinden*
- *Feste und Feiertage, Ladenöffnungszeiten*
- *Wappen, Ortsbezeichnungen, Strassenbezeichnungen*
- *Quartierleben“*

Die Arbeitsgruppe besteht aus je zwei Persönlichkeiten der fünf Gemeinden, welche weder der Exekutive noch der Verwaltung angehören und die jeweiligen Problemstellungen ihrer Gemeinden gut kennen. Die Gruppe setzt sich wie folgt zusammen:

Adligenswil	▪ Andrea Zängerle, Physiotherapeutin, Parteileitung CVP ▪ Dominique Rohner, Präsident FDP
Ebikon	▪ Astrid Hermann, dipl. Heilpraktikerin ▪ Urs Styger, Bereichsleiter Kultur und Freizeit Schweizerische Paraplegiker-vereinigung Nottwil
Emmen	▪ Erika Lingg-Infanger, Geschäftsfrau, Verein Zukunftsgestaltung Emmen, Netzwerk Vereine/Fasnacht ▪ Max Siegrist, alt Rektor Volksschulen, alt Einwohnerrat, Netzwerk Vereine/Fasnacht
Kriens	▪ Ruth Murer, Präsidentin Kulturkommission ▪ Peter Klarer, Präsident Quartierverein Kehrhof
Luzern	▪ Teres Steiger-Graf, Kirchenratspräsidentin der Katholischen Kirche der Stadt Luzern ▪ Hans Purtschert, ehemaliger Sozialvorsteher der Gemeinde Littau

Der Stadtrat teilt die Auffassung der Postulanten betreffend der Bedeutung der Quartierstrukturen und die Wichtigkeit, einem möglichen Identifikationsverlust zu begegnen. Er hat daher die Schaffung einer speziellen Arbeitsgruppe für die sogenannten „weichen Faktoren“ sehr begrüsst. Zur Untermauerung ihrer Anliegen listen die Postulanten – exemplarisch –

drei Fragestellungen auf, auf die nach Abschluss der Projektarbeiten Antworten vorliegen müssten. Zweifelsohne gehören die aufgeworfenen Fragen zu denjenigen Themen, welche die Bevölkerung direkt betreffen und im Alltag von besonderer Bedeutung sind. Insofern wird es Aufgabe des Projektes sein, zu diesen Fragen eine Aussage zu machen. Gleichzeitig muss aber festgehalten werden, dass es aufgrund der beschränkten Zeit und der knappen Ressourcen nicht möglich sein wird, innerhalb der bis Ende 2010 befristeten Abklärungsphase zu allen Themen abschliessende Antworten und Lösungen zu präsentieren.

Vereinsförderung

Gemäss den Grundstrategien und Leitlinien des Projekts (siehe auch www.starkestadtregionluzern.ch) gilt sowohl im Falle einer verstärkten Kooperation als auch im Falle einer Fusion bezüglich des Leistungsangebotes folgende Vorgabe: *„Das Leistungsangebot und -niveau der Gemeinden in den einzelnen Kooperationsfeldern wird als Folge der Kooperation einheitlicher. Gegenüber dem heutigen Zustand ist es möglich, dass das Leistungsangebot und -niveau in einzelnen Gebieten abnimmt. Gesamthaft führt die verstärkte Kooperation / die Fusion zu keinem Leistungsabbau.“* Das Leistungsangebot der beteiligten Gemeinwesen für die Vereine ist sehr heterogen. In der jetzigen Projektphase (gleichwertige Abklärungen zu einer verstärkten Kooperation oder Fusion) werden keine detaillierten Aussagen über die Form und Höhe der künftigen Vereinsunterstützung gemacht werden können. Aus unserer Sicht kann das Anliegen der Postulanten erreicht werden, wenn eine Bestandesaufnahme der Vereinsunterstützung in allen Gemeinwesen gemacht wird. Damit können für die zweite Projektphase klare Ziele und Standards vorgegeben werden.

Organisation Volksschule

Für die Projektsteuerung ist klar, dass bei einer neuen Zusammenarbeitsform dem Schulweg für Kinder des Kindergartens und der Unterstufe besondere Beachtung zu schenken ist. Sollte es zu Anpassungen im Bereich Schulhäuser und Kindergärten kommen, betrifft dies primär die heutigen Grenzbereiche der Gemeinwesen. Unabhängig davon soll vom Grundsatz eines altersadäquaten Schulweges weder im Falle einer verstärkten Kooperation noch bei einer Fusion abgewichen werden. Auch gelten die kantonalen Vorgaben und Grundsätze betreffend zumutbare Schulwege.

Dezentrales Dienstleistungsangebot der Gemeinde

Diese Frage wird in der jetzigen Abklärungsphase nur angedeutet und es werden erste Ideen präsentiert. Das dezentrale Dienstleistungsangebot wird in der zweiten Projektphase von den Gemeinwesen, welche sich für einen gemeinsamen Weg entscheiden, abschliessend definiert. Sicher fliessen dabei auch die Erfahrungen aus der Fusion zwischen Littau und Luzern ein.

Abschliessend muss präzisiert werden, dass die derzeit und bis Ende 2010 laufende Abklärungsphase nicht alle Fragen in der erwünschten Breite und im erwünschten Detaillierungsgrad klären kann. Die Abklärungsphase soll bei der Willensbildung über den weiteren Weg der Gemeinden (Status quo, verstärkte Kooperation, Fusion) Entscheidungsgrundlagen liefern und den Gemeinden ermöglichen, ihre Verhandlungsziele – gerade auch im Bereich der sogenannten „weichen Faktoren“ – für die zweite Projektphase (Erarbeitungsphase) zu definieren. Gegenstand dieser Erarbeitungsphase, die von den Gemeinden zu beschliessen ist, wird

es sein, einen Vertrag zur Umsetzung des gewählten Szenarios auszuarbeiten. Eine abschliessende und detaillierte Übersicht über alle Politikbereiche und Themen wird somit erst am Ende der Erarbeitungsphase vorliegen. In diesem Zeitpunkt werden die Stimmberechtigten der beteiligten Gemeinden dann definitiv über den gewählten Weg abzustimmen haben.

Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen.

Daniel Erni fällt auf, dass er immer wieder Anträge auf Ablehnung zu stellen hat. Gemäss Internet-Seite www.starkestadtregionluzern.ch, auf welche sich auch die vorliegende Antwort bezieht, sind klare Projektziele formuliert: Erarbeitung einer Grundstrategie sowie von Strategien zu den wichtigsten Politikfeldern, Definition der öffentlichen Leistungen, Festlegung zentraler und dezentraler Dienstleistungsangebote, Entwicklung der zukünftigen politischen Struktur (Wahlkreis, Wahlmodi von Exekutive und Legislative), Entwicklung der zukünftigen Organisationsstruktur der Verwaltung, Abschätzung von möglichen Synergien und Darstellung von Konsequenzen auf die Entwicklung von Steuererträgen und Verwaltungskosten – das ist also eine relativ nüchterne Angelegenheit. Die Aufarbeitung dieser Punkte bzw. Ziele ist auch nachvollziehbar und für einen ergebnisoffenen Schlussbericht massgebend. Der Einbezug von so genannten weichen Faktoren wie Heimat, Identität, Selbstwertgefühl, Fest, Feiertage, Wappen, Ortsbezeichnungen und Quartierleben, wie dies auch der Antwort zu entnehmen ist, gehört aus Sicht der SVP-Fraktion nicht wirklich in einen Bericht, der Kooperation und Fusion ergebnisoffen einander gegenüberstellen soll. Diese Faktoren sind erst dann konkret zu beantworten, wenn sich die eine oder andere Gemeinde für eine Fusion entscheiden sollte. Darum **beantragt die SVP-Fraktion die Ablehnung dieses Postulates.**

Luzia Mumenthaler-Stofer: Die SP/JUSO-Fraktion hält selbstverständlich an diesem Postulat fest. Sie ist mit der Antwort des Stadtrates einverstanden und hofft auf die Unterstützung des Rates, damit das Postulat überwiesen wird.

Désirée Stocker: Im Vorfeld der Fusion mit Littau wurde manchmal das Bild einer Hochzeit und von Littau als schöner Braut gebraucht. Fusionen und Hochzeiten sind in einigem vergleichbar, und wer würde bestreiten, dass gerade im Zusammenhang mit einer Hochzeit die so genannt weichen Faktoren eine sehr wichtige Rolle spielen, zum Beispiel welcher Name zum Familiennamen wird oder ob beide ihren eigenen Namen behalten. Oder auch die Frage, ob nur standesamtlich oder auch kirchlich geheiratet wird. Vielleicht hat es sogar einzelne Fälle gegeben, bei welchen genau diese Fragen ausschlaggebend waren, dass nicht geheiratet wurde. Das wäre der Grund, warum dieses Postulat unterstützt werden muss. Die GLP-Fraktion ist der Meinung, dass wenn solche weiche Faktoren nicht genug diskutiert worden sind, Unzufriedenheit nach der Hochzeit vorprogrammiert ist. In diesem Sinne unterstützt sie dieses Postulat und ist froh, dass schon Anfang des Jahres eine Begleitgruppe zu diesem Thema eingesetzt worden ist. Es ist äusserst wertvoll, dass sich in dieser Begleitgruppe Persönlichkeiten, die in den Gemeinden verankert sind, mit Fragen von Identität, Quartierstrukturen, Feiertagen und weiteren auseinandersetzen und die Diskussion auch in die Gemeinden hinaustragen. Der Stadtrat schreibt, dass in der aktuellen Abklärungsphase erst die Grundlagen

für einen nächsten Entscheidungsschritt bereitgestellt werden können. Aus diesem Grunde können die Fragen in Bezug auf Vereine, Volksschule und Dienstleistungsangebot in dieser Phase noch nicht abschliessend beantwortet werden. Die GLP-Fraktion kann diese Einschränkung nachvollziehen, ist aber trotzdem der Meinung, dass diese Fragen und erste Antworten bereits im Zwischenbericht dieser Fachgruppe erwähnt werden sollten. Sie bittet den Stadtrat, sich dafür stark zu machen.

Monika Senn Berger: Auch die G/JG-Fraktion begrüsst die Entgegennahme dieses Postulats, und zwar, weil gerade in der Abklärungsphase zwischen Kooperation und Fusion weiche Faktoren eine sehr grosse Rolle spielen. Die Fraktion ist gespannt auf den Bericht der Begleitgruppe „Weiche Faktoren“. Es ist klar, dass abschliessende Antworten noch nicht möglich sind, aber die Fraktion hofft doch, dass die drei Fragestellungen der Postulantinnen Eingang finden – als Hinweise oder Vorstellungen: Je konkreter nämlich die Zukunftsvorstellungen sind, umso motivierter können Veränderungen angegangen werden. Bis es so weit ist, sollte die Stadt schon jetzt bezüglich weicher Faktoren aktiv sein. Das hat sich auch beim Forum Starke Stadtregion Anfang Juni gezeigt. Zum Beispiel könnte die Stadt schon jetzt die Beheimatung und Identität in den heutigen Quartieren fördern. Denn eine Quartierpolitik, welche Partizipation und Selbstbestimmung ermöglicht, lässt eine Neuorganisation eines Grossluzern bereits erahnen und kann entscheidend sein für den Integrationswillen der Bevölkerung – sowohl in der Stadt als auch in den beteiligten Gemeinden.

Albert Schwarzenbach: Der Prozess zu einer Starken Stadtregion ist in vollem Gange. In der Stadt und in praktisch allen Gemeinden gab es so genannte Echoräume, an denen „abgeholt“ wurde, was die Bevölkerung auf diesem Weg einbringen möchte. Dabei sind immer wieder die gleichen Stichworte gefallen wie z. B. Identität. Was passiert mit Adligenswil, wenn es zu einer Fusion käme, wie ginge es mit den Vereinen in Emmen weiter, wie sieht es mit den Quartieren aus? Und in Kriens war die Frage „Krienser Fasnacht – wie weiter?“ Thema. Das sind einige wichtige Punkte, welche die Bevölkerung eingebracht hat, und die liegen zum Teil an einem ganz anderen Ort, als was sich die Planer vorstellen. Darum ist es für die CVP-Fraktion entscheidend, dass man das Projekt genau um diesen Punkt erweitert hat, und darum ist sie auch entschieden für dieses Postulat; es geht genau in die gleiche Richtung. Wenn man wirklich einen ergebnisoffenen Prozess will, wie es Daniel Erni sagte, muss man wirklich alle Entscheidungsgrundlagen bereitlegen, damit man aufgrund aller Fakten zu einem Ergebnis kommen kann. Es ist auch eine Frage von Aufwand und Ertrag, und die CVP-Fraktion ist sehr froh, dass es so läuft.

Das Postulat 46 wird in der Abstimmung grossmehrheitlich überwiesen.

**8. Interpellation 54, Markus Mächler, Thomas Gmür und Verena Zellweger-Heggli namens der CVP-Fraktion vom 20. April 2010:
Kommt die Sportförderung zu kurz?**

Verschiedene Funktionäre von Sportvereinen äussern sich in letzter Zeit negativ über die Sportförderung in der Stadt Luzern. Ausdruck der herrschenden Unzufriedenheit ist u. a. auch ein Bericht in der NLZ vom 14. April 2010, worin die Präsidentin eines grösseren Vereins die fehlende Unterstützung durch die Stadt bemängelt.

Im Jahre 2006 hat der Grosse Stadtrat vom Bericht und Antrag 27/2006 vom 12. Juli 2006: „Sportförderung in der Stadt Luzern“ fast einstimmig Kenntnis genommen. Darin sind die städtischen Ziele und Handlungsfelder der Unterstützung der Sportlerinnen und Sportler beschrieben.

Zur Unterstützung und Beratung des Stadtrates und der Verwaltung ist die stadträtliche Sportkommission eingesetzt. Diese soll die Interessen der Sporttreibenden und der Sportvereine bündeln und vertreten können. Sie müsste als beratendes Organ beim Stadtrat Gehör finden und berechtigt Anliegen des Sports zum Durchbruch verhelfen können.

Die CVP Stadt Luzern stellt nun fest, dass es offenkundig eine Diskrepanz zwischen beschlossener Sportförderung, Aktivitäten der Sportkommission und der tatsächlichen Wahrnehmung in der Luzerner Sportwelt gibt. Darum stellt sie folgende Fragen, welche sie vom Stadtrat gerne beantwortet hätte:

1. Sind die im B+A 27/2006 definierten Handlungsfelder (Kapitel 5, Seite 17) angegangen und umgesetzt worden? Konnte die Umsetzung fristgerecht erfolgen?
2. Überprüft der Stadtrat, ob die im B+A 27/2006 definierten Handlungsfelder die beabsichtigte Wirkung erzielen?
3. Ist dem Stadtrat bekannt, dass in verschiedenen Vereinen derzeit ausserordentlicher Missmut und Unverständnis gegenüber der städtischen Sportförderung herrscht?
4. Wie gestaltet sich die derzeitige Zusammenarbeit von Sportkommission und Stadtrat bzw. Verwaltung? Nimmt die Sportkommission ihre Verantwortung mit Bezug auf das Einbringen von Anliegen der Vereine und Verbände korrekt wahr?
5. Wie erklärt sich der Stadtrat den Umstand, dass die offensichtlich unzufriedenen Vereine die Absicht kundtun, sich neu zu organisieren, um ihren Anliegen Gehör zu verschaffen?
6. Braucht es nach Ansicht des Stadtrates neue oder andere Kommunikationsformen zwischen den Sportvereinen und dem Stadtrat oder der Verwaltung, welche mehr Vertrauen und direktere Kontakte ermöglichen, als dies die Sportkommission wahrnehmen kann?

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation – in Rücksprache mit der Sportkommission – wie folgt:

Mit der Interpellation werden Äusserungen von Präsidentinnen und Präsidenten von traditionsreichen Sportklubs Luzerns angesprochen, die Mitte April 2010 in der Neuen Luzerner Zeitung zu lesen waren. Dabei geht es konkret um Klagen von Jolanda Ammann, Präsidentin

BTV Luzern, Erika Jost, Präsidentin des Stadttturnvereins, sowie Rudenz Stoll, Vereinspräsident FCL. Dem Stadtrat sind die Klagen und Forderungen dieser Vereine bzw. Personen nicht neu. Sie wurden schon schriftlich und mündlich an die Sportkommission und andere Gremien sowie an den Stadtpräsidenten herangetragen. Bisher fanden mehrere Aussprachen und Gesprächsrunden in unterschiedlicher Besetzung statt. Die Forderungen und Wünsche bleiben sich dabei mehr oder weniger gleich: Kritisiert werden insbesondere die städtischen Hallentarife, die für Vereine mit wenig oder ohne Jugendliche zu hoch seien; kritisiert wird, die städtischen Stellen seien nicht ansprechbar, und festgestellt wird sehr generell, die Stadt tue zu wenig für den Sport, anerkenne die in den Vereinen erbrachten Leistungen nicht und die Stadt behandle den Sport im Vergleich zur Kultur deutlich schlechter. In den bisherigen Zusammenkünften mit den Exponenten dieser Forderungen erläuterten der Stadtpräsident, aber auch der damalige Präsident der Sportkommission (bis Ende 2009 Werner Häfliger) sowie die Chefin Kultur und Sport die Haltung der Stadt sowie die Gründe für die Hallentarife; sie alle hielten selbstverständlich klar und unmissverständlich die hohe Wertschätzung gegenüber der in den Vereinen geleisteten Arbeit fest und betonten die Bedeutung des Sports und der Sportförderung in der Stadt Luzern. Allerdings wurde auch deutlich gemacht und festgehalten, dass – nicht zuletzt aus finanzpolitischen Gründen – an den Hallentarifen festgehalten werde und dass es zurzeit nicht möglich sei, mehr finanzielle Mittel für den Sport aufzuwenden. Ergänzend wurde aufgezeigt, welche Leistungen heute erbracht werden.

Die von der CVP festgestellte Diskrepanz zwischen dem, was politisch mehrheitlich gilt, und dem, was erwartet wird, ist nicht von der Hand zu weisen. Allerdings hält der Stadtrat fest, dass es sich vor allem um Wahrnehmungsunterschiede handelt. Zahlreiche Sportorganisationen und -vereine in allen Bereichen, auch im Stadtteil Littau, geben Stadtrat und Verwaltung regelmässig positive Rückmeldungen.

Zu 1. und 2.:

Über den Stand der Entwicklungen seit 2006 informieren wir nachstehend detailliert und im einzelnen, unter Bezugnahme auf die im B+A 27/2006 vom 12. Juli 2006: „Sportförderung in der Stadt Luzern“ ausgeführten Massnahmenvorschläge. Der zuständige Stadtrat, Bildungsdirektor und Stadtpräsident Urs W. Studer, nimmt die Wirkungsprüfung im Rahmen des laufenden Amtsführungscontrollings mit der Dienstchefin vor. Zu bedenken ist, dass die Aktivitäten vor allem seit 2006 stark durch das Allmend-Projekt und die Fusion Littau-Luzern geprägt waren.

Im Bereich Jugendsportförderung wurde die Überprüfung im Rahmen der Fusion Littau-Luzern vorgenommen. Hier ist das geltende Reglement für die Verwendung der Billettsteuermittel angepasst worden. Animationsprojekte wurden konzipiert und mit der Fondsverwaltung Jugendsportförderung sowie der Sportkommission besprochen; Stadtrat und zuständige Dienstabteilung verzichteten aber auf deren Umsetzung. Dies primär aus finanziellen Gründen. Eine neue Ehrung für Talente und Nachwuchs wurde nicht geschaffen; die Sportlerinnen- und Sportlererhung wurde konzeptionell weiterentwickelt und etwas „jugendgerechter“ gestaltet. Das Talentförderungszentrum ist im Allmend-Projekt enthalten.

Bei den Infrastrukturen ist die Unterhalts- und Erneuerungsplanung noch nicht erstellt. Das grosse Allmend-Projekt, das dazwischenkam, band und bindet die Ressourcen stark. Erstellt ist eine Übersicht über alle Anlagen (auch im Stadtteil Littau und auch solche im Eigentum des Kantons, welche die Stadt in den Sekundärzeiten bewirtschaftet). Ferner fand eine intensive Abstimmung und Koordination mit der kantonalen Sportförderung statt. Weitere Planungen sollen wenn immer möglich koordiniert erfolgen. In erster Linie wird eine übergeordnete Sichtweise angestrebt: Das Thema wird voraussichtlich vom regionalen Entwicklungsträger Luzern Plus angegangen. Das Allmend-Projekt beinhaltet das geforderte neue Fussballstadion sowie das Hallenbad, aber auch zahlreiche weitere Infrastrukturen, die bei Erstellung des B+A 27/2006 noch gar nicht absehbar waren. Bezüglich der Saalsporthallen-Vision hat sich die Chefin Kultur und Sport intensiv an Diskussionen und Workshops, die von der IG Sport Luzern plus durchgeführt wurden, beteiligt. Bisher hat sich das Projekt nicht konkretisiert – ausstehend sind immer noch Bedürfnisabklärung sowie eine genaue Definition der Nutzungsart bzw. des Betriebskonzepts (Eventhalle? Trainingshalle?). Die Integration in die Uni-Sport-Konzeption steht zurzeit nicht zur Diskussion. Hinzu kamen im Infrastrukturbereich verschiedene kurzfristige oder punktuelle Massnahmen und Aktionen wie das befristete Finanzierungskonzept für die Eiskosten im REZ oder das Rotsee-Entwicklungsprojekt. Ferner ist beim Hallenbad und den andern stadteigenen oder -nahen Badeanlagen (Tribtschenbad, neu Zimmereggbad) einiges an Entwicklungsarbeit zu leisten.

Hinsichtlich der überkommunalen Zusammenarbeit haben sich der regionale Sporttag und der Sportweg leider nicht weiter konkretisiert. Die Idee einer überkommunalen Sportkoordination wurde von der Chefin Kultur und Sport an verschiedenen Stellen deponiert. Wie ausgeführt, ist nun absehbar, dass der regionale Entwicklungsträger versuchen wird, mitwirkende Gemeinden in diese Richtung zu führen.

Auf Verwaltungsebene waren zahlreiche Aktivitäten anzupacken. Neben der sehr aktiven Mitwirkung im Allmend-Projekt haben die Chefin Kultur und Sport sowie der Leiter Infrastruktur intern reorganisiert und Zuständigkeiten und Abläufe geklärt. Dies auch mit den verschiedenen Akteuren. Die Idee eines Sportpreises (3. Priorität) ist noch nicht angegangen worden, aber auch nicht aufgegeben. Das Eventmanagement steht heute. Die Fonds-Regelungen wurden im Zuge der Fusion überprüft. Noch in diesem Jahr soll die Vorlage für neue Infrastruktur-Tarife folgen.

Zu 3.:

Wie einleitend dargelegt, ist dies bekannt und es wurden Gespräche und Verhandlungen geführt. Allerdings ist der Stadtrat – wie ebenfalls ausgeführt – der Auffassung, dass die Situation nicht ausserordentlich ist. Es handelt sich aus Sicht des Stadtrates um Einzelfälle. BTV und STV, die beide dieses Jahr Jubiläen feiern, werden vom Stadtrat in diesem Jahr noch besonders geehrt und finanziell beschenkt. Der Stadtrat nimmt an, dass dies als positive Geste der Stadt verstanden werden wird.

Zu 4.:

Seit dem 1. Januar 2010 ist die Sportkommission neu organisiert; sie basiert auf einer überarbeiteten Verordnung. Diese Entwicklung wurde mit der bisherigen Sportkommission ange-

gangen (Workshop im Jahr 2009). Sie bildet die entsprechenden Erfahrungen der früheren Jahre ab. Die Sportkommission ist als beratende Kommission des Stadtrates konstituiert und hat keine operativen Aufgaben und Verantwortungen. Anliegen der Vereine sollen direkt an die Verwaltung bzw. den Stadtrat gelangen. Der Bereich Infrastruktur der Abteilung Kultur und Sport ist praktisch täglich im Kontakt mit den Vereinen. Dies bei der Koordination von Hallenreservierungen, bei der Freigabe von Spielfeldern und Anlagen usw. Die Zusammenarbeit ist gut, lösungsorientiert und in den meisten Fällen einvernehmlich. Enger Kontakt besteht mit den Vereinen auch bei der Konzeption und Durchführung der Schulsportwochen und anderer schulischer Projekte (Turniere usw.). Ohne die aktive Mitwirkung der Vereine wären diese Angebote nicht denkbar. Auch hier wird in einem sehr guten Klima zusammengearbeitet.

Zu 5.:

Der Stadtrat sieht darin nichts Negatives. Er findet es positiv, wenn sich die Vereine untereinander organisieren und absprechen. Alles, was dazu beiträgt, dass sich das sportliche Vereinsleben und die Wahrnehmung desselben in der Öffentlichkeit positiv entwickelt, dass ein attraktives Angebot bereitsteht und dass die öffentliche Hand wirklich nur subsidiär unterstützend wirkt, ist aus Sicht des Stadtrats erwünscht.

Zu 6.:

Wie dargelegt, hat die Sportkommission keinen direkten expliziten Kommunikationsauftrag mehr. Soweit hier Handlungsbedarf bestand, hat der Stadtrat ihn erkannt und entsprechende Massnahmen umgesetzt. Die Kommunikation ist nun direkter und klar der Verwaltungs- und damit auch der Exekutivebene zugewiesen, wie dies in andern Politikbereichen auch der Fall ist. Weitere Gefässe möchte der Stadtrat nicht installieren, er sieht dafür auch keine Notwendigkeit.

Abschliessend ruft der Stadtrat alle Sportvereine sowie deren Mandatsträger auf, konstruktiv mit der öffentlichen Hand zusammenzuarbeiten. Es macht nach Auffassung des Stadtrates wenig Sinn, in mehrfach vorgetragenen generellen Klagen und Vorwürfen zu verharren. Gefragt sind konkrete Verbesserungsvorschläge, Anregungen, auch konstruktive Kritik, die es zulässt, besser zu werden. Allerdings muss auch den finanziellen Möglichkeiten der Stadt Rechnung getragen werden.

Eine Entwicklung der Sportförderung, insbesondere durch höhere Vereinsbeiträge oder unentgeltliche Überlassung von Anlagen und Hallen, ist derzeit kaum zu realisieren. Die Diskussion über die Jugendsportförderung hat das gezeigt. Die im nächsten Quartal 2010 folgende Vorlage zu den Hallen- und Anlagetarifen wird dem Grossen Stadtrat eine entsprechende Diskussion erlauben (B oder B+A). Entwicklungsschritte sieht der Stadtrat, wenn es mittel- bis längerfristig gelingt, eine überkommunale Optik einzunehmen und das Sportstättenmanagement sowie die entsprechende Planung übergeordnet (durch den Regionalen Entwicklungsträger Luzern Plus) anzugehen.

Markus Mächler beantragt Diskussion. Diesem Antrag wird stattgegeben.

Markus Mächler dankt dem Stadtrat namens der CVP-Fraktion für die ausführliche und – wie er meint – auch ehrliche Antwort auf diese Interpellation. Offenkundig ist dem Stadtrat klar, dass in der Sportszene dieser Stadt nicht alles zum Besten bestellt ist, dass Unzufriedenheit herrscht und dass insbesondere jene Vereine, welche städtisch verwaltete Hallen benützen, sich benachteiligt und nicht verstanden fühlen. Zudem steht einmal mehr unüberhörbar die Forderung im Raum, die Hallen müssten den Vereinen gratis zur Benützung abgegeben werden. In der Spielsportszene würde man in dieser Situation von der „gelben Karte“ sprechen, welche dem Stadtrat deutlich gezeigt wird.

Was ist die Haltung der CVP-Fraktion zu diesen Vorwürfen? Zuerst möchte der Sprechende festhalten, dass die CVP dem B+A 27/2006 mehr als kritisch gegenüberstand. Sie verlangte damals sogar die Zurückweisung des Berichts, aber diese ist nicht zustande gekommen. So ist eben wohl oder übel mit den damals zur Kenntnis genommenen Leitlinien des Stadtrates zu leben. Der Hauptvorwurf war damals, der Stadtrat fördere den Luzerner Sport mit diesen Leitlinien nicht; er verwalte ihn, und das eher schlecht als recht.

Immerhin aber gilt es anzuerkennen, dass viele Luzerner Vereine seitdem direkt oder indirekt von der enormen Anstrengung auf der Luzerner Allmend profitieren können. Wesentliche Verbesserungen gibt oder gab es für den Fussball, für Landhockey, Rugby, Tennis, Schiesssport, Boccia, für Wassersportarten und teilweise auch für die Leichtathletik. Sicher wäre es falsch, diese städtischen Leistungen für die Sportszene zu negieren. Ob sich aber einmal ein städtischer Verein, welcher von diesem Effort profitiert, gebührend bedankt hat? Gehört hat der Sprechende davon nichts. Diese Leistungen brauchen Ressourcen und binden Kräfte in der Verwaltung. Aber sie bergen eben die Gefahr, andere Sportarten zu vernachlässigen; andere Sportarten, die für die Luzerner Sportszene auch wichtig sind und insbesondere im Jugendsportbereich grosse Leistungen vollbringen. Der Sprechende denkt da beispielsweise an die Handballsportarten, an andere Hallensportarten, an Turnen und Gymnastik, an Rudern, an die Eis- und an die Beach-Sportarten. Auch dort gibt und gab es Nachholbedarf. Dass dem so ist, dessen ist sich der Stadtrat offensichtlich bewusst. Und was macht er mit dieser Situation? Die CVP-Fraktion hat auf ihre Fragen ergiebige Antworten erhalten. Bei der Lektüre wird Folgendes klar: Die heutige Situation ist nicht so, wie sie im Jahre 2006 als Ziel vorgegeben wurde. Zwar wurden, wie schon erwähnt, auf der Allmend bezüglich Sportförderung gewaltige Fortschritte gemacht. Die Infrastrukturen sind dort in wenigen Monaten nahezu perfekt. Aber daneben ist leider nicht einmal das „Verwalten“ der Luzerner Sportszene gut gelungen, nicht zu reden von einer notwendigen Förderung. Dies gilt es zur Kenntnis zu nehmen und entsprechende Massnahmen zu ergreifen. Die gelbe Karte ist vielleicht etwas zu streng, aber eine sportliche Verwarnung ist allemal gerechtfertigt. Dazu vier Bemerkungen:

1. *Die Haltung der CVP-Fraktion zur Jugendsportförderung.* Die CVP kann damit leben, dass in Zeiten von Sparprogrammen keine zusätzlichen Finanzmittel für Anliegen des Sports freigespielt werden können. Die Billettsteuer spült derzeit grosszügig Mittel in die bestehenden Sportfonds, und die Verteilung dieser Mittel wird durch die jeweilige Fondsverwaltung korrekt vorgenommen. Die vom Stadtrat verfolgte und von der Mehrheit dieses Rates akzeptierte Grundhaltung, dass in Luzern vornehmlich die Jugendsportszene finanziell unterstützt und gefördert werden soll, wird auch von der CVP-Fraktion vorbehaltlos mitgetragen. Demzufol-

ge ist es sicher richtig, dass z. B. die Turn- und Sporthallen unter der Woche für Jugendliche gratis zur Verfügung gestellt werden. Ebenso steht die Fraktion hinter der Ausschüttung der Unterstützungsgelder an die Vereine, wenn diese ihre Aktivitäten ausweisen, ihre Mitgliederzahlen korrekt angeben, ihre ausgebildeten Leiter/innen und Trainer/innen melden müssen und ihren Verpflichtungen gegenüber der Öffentlichkeit korrekt nachkommen. Da ist keine Differenz zur Haltung und Praxis des Stadtrates zu erkennen. Demzufolge ist es auch korrekt, dass die Littauer Vereine die geltende Praxis der Jugendunterstützung und der Hallenmieten aus der alten Stadt übernehmen mussten. Das war im Rahmen des Fusionsvertrages klar kommuniziert worden, war akzeptiert worden und soll jetzt auch so gelebt werden. Hier kann auch gleich deponiert werden, dass die CVP-Fraktion aus eben diesen Gründen kein Verständnis haben wird für neue Forderungen, wie sie z. B. von Seiten der SP und der SVP nun plötzlich eingebracht werden. Dem Stadtrat kann hier das „Zeichen zum Weiterspielen“ gegeben werden. Die Strategie ist vorhanden; sie muss nur umgesetzt werden.

2. *Eine kurze Diagnose zur Luzerner Sportvereinsszene.* Wer diese beurteilen will, sollte sie auch einigermaßen kennen. Der Sprechende nimmt für sich in Anspruch, ein solcher Kenner der Szene zu sein. Daher will er seine Beurteilung der heutigen Missstimmung auch von seiner Beurteilung der Vereinsszene abhängig machen. Zwei Dinge gibt es dabei zu beachten: Vor-erst hat der Sport die vielleicht manchmal unangenehme Eigenschaft, dass er seine Mitglieder in der Regel dazu erzieht, gewinnen zu wollen. Wenn es Gewinner gibt, muss es zwangsläufig immer auch Verlierer geben. Dieser Umstand ist im Sport akzeptiert. Es gibt keinen Grund, sich dagegen zu wehren. Setzen sich nun (meist ehemalige) Sportler an eine Vereinsspitze, so werden sie aus ihrem Selbstverständnis heraus auch gegen andere Vereine oder Sportarten gewinnen wollen. Dies gilt es zu beachten, wenn Präsidenten oder Präsidentinnen bzw. technische Leiterinnen oder Leiter Forderungen stellen. Unabhängig von Verlusten bei anderen Vereinen liegt ihnen meist nur der Erfolg des eigenen Klubs am Herzen. Das führt dann dazu, dass die Sportszene – vielleicht im Gegensatz zur Kulturszene – ausserordentlich heterogen auftritt und ihre Interessen seltenst gebündelt vorgetragen werden. Die betroffene Direktion in der Verwaltung muss also in ihrem Tagesgeschäft, aber auch in den Strategien laufend andere Massstäbe ansetzen. Das ist herausfordernd und vielleicht nicht immer zu schaffen. Und dann kommt dazu, dass die Vereinsspitzen im Sport sehr oft nur wenige Jahre von denselben Personen besetzt sind. Tritt ein neuer Präsident sein Amt an, sind in aller Regel die ersten Massnahmen dem sportlichen Erfolg gewidmet. Es heisst Trainer bzw. Leiter für alle Vereinschargen zu finden, es heisst Werbung für genügend Nachwuchs zu machen, es heisst heute auch vermehrt genügend Geld für den Vereinsbetrieb aufzutreiben, es heisst Trainingsprogramme und Meisterschaftspläne auszuarbeiten und abzustimmen usw. Auf der ganzen Linie ist man nota bene in Konkurrenz zu anderen Vereinen, zu anderen Sportarten. Und erst in etwa dritter oder vierter Priorität kommt dann noch das Verhältnis zur öffentlichen Hand, zum Hallenverwalter und/oder zur Jugendsportförderung. Bis dieser Kontakt in einer Vereinsführung als wichtig erscheint, ist man (oder frau) bereits am Anschlag seiner bzw. ihrer Kapazitäten, ist genervt und meint, Frau Bitterli oder Herr Gisler hätten nun endlich das zu tun, was der Verein schon längst gefordert hat. Und wenn diese Kontakte dann greifen, man sich gegenseitig kennt und die Spielräume abgesteckt sind, dann ist die präsidia-

le Zeit auch schon um und der Nachfolger oder die Nachfolgerin kommt ans Ruder, aber die Prioritäten in der Vereinsführung bleiben die alten, die gleichen. Das Verhältnis zur Stadtverwaltung kommt auch dann wieder ganz am Schluss. Die Ausnahme bestätigt sicher die Regel: Überall dort, wo man sich kennt und zusammen tragfähige Lösungen erarbeitet hat, wird kaum Kritik an der Verwaltung laut.

3. *Zur Rolle der Sportkommission.* In den letzten Monaten sind der Auftrag und die Zusammensetzung der Sportkommission entscheidend verändert worden. Könnte es sein, dass die Neupositionierung einen entscheidenden Fehler hat? Das Lossagen von operativen Aufgaben, das Vernetzen der Vereine untereinander führt zu einem kompletten Kontaktverlust. Man kennt sich nicht mehr. Man spricht kaum mehr miteinander. In seiner Antwort schreibt der Stadtrat, die Vereine müssten sich mit ihren Anliegen direkt an die Abteilung Kultur und Sport wenden. Das tun die natürlich schon – nur dort, bei der Dienststelle Infrastruktur, kann man mit ihnen keine strategischen Diskussionen führen. Da werden Entscheide der Direktion, des Stadtrates oder des Parlaments umgesetzt, sie werden nicht besprochen und verständlich gemacht. Das liegt nicht an den Personen in der Dienststelle Infrastruktur. Denen kann man sogar ein Kränzchen winden; die machen offensichtlich einen perfekten Job. Kaum ein Verein bemängelt die operative Zusammenarbeit mit René Gisler und seinem Team. Der Missstand wird andernorts angesiedelt. Und dort macht die Sportkommission ihre Arbeit nicht – möglich, dass sie sie nicht mehr machen will, dass sie sie nicht mehr machen darf? Möglich, dass der neue Auftrag zu kurz geraten ist? In der Antwort zur Frage 5 schreibt der Stadtrat, er fände es positiv, wenn sich die Vereine untereinander organisieren und absprechen. In der Antwort auf die Frage 6 aber kommt er zum Schluss, es brauche keine weiteren Gefässe zur Kommunikation; er sähe dafür keine Notwendigkeit. Was soll man davon halten? Jetzt ist es doch so, dass sich ein Teil der Vereine zusammenschliessen will, weil sie sich beim Stadtrat Gehör verschaffen wollen oder müssen – oder zumindest meinen, es nur so tun zu können. Nochmals die Frage: Könnte es sein, dass die Sportkommission hier einen Konstruktionsfehler hat? Ist vielleicht hier die gelbe oder gar die rote Karte angezeigt?

4. *Was aus Sicht der CVP-Fraktion zu tun wäre.* Die Fraktion ist der Überzeugung, dass die städtische Sportförderung mit Schwergewicht auf dem Jugendsport richtig ist und von der Sportszene auch akzeptiert und mitgetragen wird. Darüber hinaus wird zurzeit für viele Sportarten auf der Allmend eine perfekte Infrastruktur aufgebaut. Die Dienststelle Infrastruktur gibt in ihrem Bereich ihr Bestes. Offensichtlich ist der Kontakt zwischen mindestens einem Teil der Sportszene und dem Stadtrat unterbrochen; die Formkurve zeigt hier nach unten. Hier muss ein Rückstand aufgeholt werden. Es braucht den festen Willen, in Kontakt mit den Akteuren zu bleiben – hoheitliche Verfügungen taugen nichts! Die führen zu groben Fouls und daraufhin zum Spielausschluss. Wer sich ausgeschlossen fühlt, fühlt sich meist auch angegriffen – und wehrlos. Das müsste nicht sein. Jemand muss für die dauernde gegenseitige Kommunikation verantwortlich sein. Nur so gelingt es, wiederum Vertrauen in die Organe zu erhalten.

Und dazu müssen auch die im B+A von 2006 aufgeführten Handlungsfelder überprüft und deren Lücken gefüllt werden. Laufende Optimierungen im Rahmen der beschlossenen Leitlinien sind nötig und möglich. Wo weitere Partner einbezogen werden müssen, wie das z. B. in

der Regionalisierung bestimmter Sportbereiche auch in der Antwort so geschrieben ist, dafür hat die CVP-Fraktion Verständnis, wenn diese nicht immer wie gewünscht vorangetrieben werden können; da braucht es ja Partner in der Region, und die müssen das Spiel mitspielen. Die Arbeiten für eine starke Stadtregion oder der neue Entwicklungsträger „Luzern plus“ werden vermutlich da und dort ein situatives Vorgehen als angezeigt erscheinen lassen. Das kostet manchmal Zeit. Aber diese Unwägbarkeiten dürfen nicht dazu führen, dass sie als Entschuldigung für Nichtstun herhalten müssen.

Aus all dem Gesagten geht als Fazit hervor, dass die heutige, von vielen Vereinsleitungen als schlecht empfundene Situation mit wenigen Korrekturen wieder ins Lot gebracht werden könnte. Man müsste dies nur wollen und man oder frau müsste dies auch angehen. Es braucht sowohl bei den Vereinen als auch in der Verwaltung eine Neubeurteilung der Lage und auf Seiten der Verwaltung eine Korrektur in der Kommunikation mit den Vereinen. Der Sprechende ist überzeugt, der Informationsfluss ist nicht nur eine Holschuld. Er ist auch eine Bringschuld – und diese sollte von der Bildungsdirektion, die ja auch eine Sportdirektion sein will, ausgemerzt werden. Und das bitte bald!

Philipp Federer: Die G/JG-Fraktion beurteilt die Antwort des Stadtrates als korrekt und richtig. Der Stadtrat zeigt auf, was er umsetzen konnte und was nicht und was geplant ist. Nicht nur die Vereinskultur (Freiwilligenarbeit), sondern die ganze Gesellschaft ist im Umbruch. Ebenso die Kommunikationswege. Diese haben sich geändert und mussten geändert werden. Waren früher Sportkommissionsmitglieder als Verbindungspersonen zuständig und gelangten die Vereine manchmal über sie an die Ämter, so sind die heutigen Wege direkter. Für einige Vereine ist dies eine Umstellung – jedoch kein Nachteil. Auch gewisse Abrechnungen laufen heute anders, jedoch ist dieser Mechanismus nicht für jeden Verein von Vorteil, weil Jugendliche und Luzerner bevorzugt werden. Diese Praxis ist jedoch in einer sinnvollen Strategie verankert.

Es gibt Probleme, welche die Stadt den Vereinen nicht lösen kann. Aber es gibt durchaus Verbesserungspotenzial. Zum Beispiel wünschen die Vereine ein unkomplizierteres Vorgehen bei einem Klein-Event, einer Ehrung. Leider war diesbezüglich die Praxis unnötig aufwendig. Als Ansprechpersonen erreichen die Vereine in der Verwaltung nicht immer kompetente Personen, sondern oft Praktikanten mit fehlendem Wissen. Bezüglich der Umstellung der Jugendförderung sind nicht alle Vereine auf dem Laufenden. In diesen Punkten gibt es durchaus ein Verbesserungspotenzial.

Der angekündigte Umbruch bei den Hallen- und Anlagetarifen verunsichert die Vereine sehr. Sie müssen budgetieren, haben ein Vereinsbudget, und die Ankündigung löst bei ihnen Ängste aus, was verständlich ist. Die Interpellation hat im Vorfeld diese Ängste eher noch verstärkt und den Vereinen nicht geholfen. Für die G/JG-Fraktion ist es wichtig, dass die angekündigte Vorlage – dieser Bericht – keine Sparvorlage wird, sondern den Breitensport insgesamt stärkt.

Luzia Mumenthaler-Stofer dankt dem Stadtrat sehr herzlich dafür, dass er diese Interpellation rekordverdächtig schnell hat traktandieren lassen. Das zeigt, dass Sportförderung dem Stadtrat ein grosses Anliegen ist und er sie ernst nimmt. Die SP/JUSO-Fraktion ist zuversichtlich,

dass ihre Motion zum Leitbild Sport und Sportförderung im gleichen Tempo auf die Traktandenliste kommt; sie müsste demzufolge etwa im September behandelt werden können. Die Antwort des Stadtrates zeigt den aktuellen Stand und legt offen, dass nicht alle mit dem Sportbericht beschlossenen Massnahmen umgesetzt worden sind. Für diese Ehrlichkeit bedankt sich die Sprechende. Ihre Erfahrungen aus Gesprächen mit Verantwortlichen von Sportvereinen geben das gleiche Bild wieder. Allerdings handelt es sich dabei nicht um Einzelfälle, wie es in der Antwort heisst, sondern um mehrere Stimmen. Warum die Vereine mit der aktuellen Situation nicht zufrieden sind, muss wirklich vertiefter geklärt werden. Als Grund für die Verzögerung beim Umsetzen der Massnahmen wird mehrmals das Grossprojekt Allmend angeführt. Das kann aber nicht sein, dass der Breitensport wegen eines solchen Grossprojektes leiden muss. Die SP/JUSO-Fraktion ist mit dem aktuellen Zustand nicht zufrieden und fordert, dass die Vereine, die eine derart grosse und freiwillige Arbeit leisten, besser unterstützt werden. Darum ist das Thema Sport und Sportförderung für sie noch nicht vom Tisch.

Urs Wollenmann gehört zur Minderheit jener, die Markus Mächler aufmerksam zugehört haben. Er hat viel Gescheites, Grundsätzliches und Gutes gesagt, und der Sprechende dankt der CVP-Fraktion für diese Interpellation. Diese hat tatsächlich den Unmut aufgenommen, der in den Sportvereinen ausserhalb der Allmend schon seit Jahren rumort. Die Sportvereine auf der Allmend sind bei der Sportpolitik der letzten Jahre Gewinner. Es gibt aber nicht nur Gewinner, wie Markus Mächler richtig sagte, sondern natürlich auch Verlierer. Viele Sportvereine von ausserhalb der Allmend, auch so genannte Randsportarten – auch vom Eishockey, das allerdings keine Randsportart ist –, sind hoch unzufrieden, weil sie sehen, dass der Sport im Vergleich zur Kultur sehr schlecht wegkommt. Deshalb hier doch einmal einige Zahlen, wobei der Sprechende sich damit dem Vorwurf aussetzt, er würde Sport gegen Kultur ausspielen. Das ist aber nicht so gemeint; es geht lediglich darum, das aufzuzeigen. Am Morgen wurde die Rechnung behandelt. Auf den Seiten 64 und 65 findet man die Beiträge für die Kulturförderung und die Beiträge für Sport und kann vergleichen: Beiträge für Kulturförderung 17,5 Millionen, Beiträge für Sport 1,2 Millionen Franken, wobei 600'000 Franken an die FC Luzern Innerschweiz AG gehen. Da zeigen sich schon gewisse Disparitäten; das sind nicht gerade ausgeglichene Zahlen. Zweitens was die Billettsteuer betrifft: Von diesen 4,8 Millionen gehen zwei Drittel in die Kultur, ein Drittel in den Sport. Da heisst es immer wieder, das sei so, aber es kämen auch 95 Prozent von der Kultur, vor allem vom KKL. Das ist korrekt, nur darf man auch nicht vergessen, wie viel die Stadt Luzern dem KKL bezahlt, nämlich auch 4,2 Millionen Franken. Es stimmt also nicht, dass bei den Billettsteuern eine Umverteilung von Kultur zu Sport stattfindet. Noch etwas anderes: Die vielgelobte Jugendsportförderung erhält 700'000 Franken im Jahr. Im Kulturbereich erhält ein einziger Verein, nämlich der Verein Südpol, 600'000 Franken. Dieser Betrag wurde von diesem Rat vor zwei Jahren grosszügig verdreifacht. Das sind die Realitäten, wie sie heute sind. Und deswegen braucht man sich nicht zu wundern, dass viele Sportvereine unzufrieden sind.

Der SVP-Fraktion geht es aber nicht darum, dass sie mehr dafür ausgeben will. Sie sieht es eher – wenn schon – in Richtung einer Umverteilung in gewissen Bereichen. So erhält z. B. die IG Kultur 142'000 Franken aus dem Billettsteuertopf gesponsert. Man muss aber wissen, wo-

für dieses Geld ausgegeben wird, nämlich für die Herausgabe eines Kulturmagazins. Da darf man sich schon fragen, ob es eine städtische Aufgabe ist, indirekt auch noch Verleger zu spielen.

Das sind einige Beispiele, die zeigen, dass es auf jeden Fall Handlungsbedarf gibt. Markus Mächler hat recht: Die Sportkommission funktioniert nicht. Philipp Federer ist da natürlich Partei, denn er ist ja Mitglied dieser Kommission. Sie ist aber tatsächlich eine Fehlkonstruktion, denn sie ist sehr weit weg von den Vereinen und unter dem Strich höchstwahrscheinlich schlicht wirkungslos. Es gibt also Handlungsbedarf organisatorischer und finanzieller Art. Es ist schade, dass über dieses Thema an einem so schönen warmen Tag (und Italien ist an der Fussball-WM gegen die Slowakei mit 0:1 im Rückstand) gesprochen werden muss; es hätte einen besseren Platz in der Agenda verdient.

András Özvegyi: Es gibt Sieger und Verlierer, und jetzt sind alle in diesem Rat Verlierer, weil sie noch hier sind und nicht Fussball schauen. Aber zurzeit kann man sich ja jeden Tag Fussball anschauen, weshalb das nicht so drauf ankommt. Ursprünglich war der Sprechende nicht ganz sicher, ob es überhaupt zu einer Diskussion kommen wird, aber inzwischen ist es eine geworden, und in diese möchte sich der Sprechende auch einmischen. Es gibt in der Stadt Luzern über 200 Sportvereine, und diese spüren jetzt auch die Grenzen ihres eigenen Wachstums, sie spüren den Markt, die Konkurrenz und die Konsumfreudigkeit der Leute auch im Sport. Eine gewisse Strukturbereinigung wird nicht zu vermeiden sein, denn bekanntlich ist ja nichts so konstant wie der Wandel. Das gilt auch bei den Sportvereinen. Wer überleben will, muss sparen, effizient sein, zusammenrücken, zusammenarbeiten. „Gemeinsam sind wir stark“ – das kennen gerade Teamsportvereine sicher sehr gut.

Bei einem Treffen mit Präsidenten im Mai wurde eigentlich sehr schnell klar, worum es geht, nämlich um den Stellenwert nicht des Spitzen-, sondern des Breitensports in dieser Stadt, um die unzähligen freiwilligen Stunden, die Betreuer und Vorstandsmitglieder für eine grosse Zahl von Sportkonsumenten aufwenden. Die Anerkennung fehlt, und so entsteht ein Teufelskreis: Es arbeiten immer weniger Leute mit und die immer gleichen wenigen Leute, die noch dabei sind, müssen all die freiwillige Arbeit machen.

Wenn man die mit der Interpellation eingereichten Fragen liest, ist nicht ganz klar, ob damit die wahren Anliegen angesprochen werden. Denn es geht vor allem um Organisation, Zusammenarbeit und eben Leistungssportförderung. Der Sprechende hätte gerne eine weitere Frage angehängt: Kann eine Dienststelle für Kultur überhaupt auch die Funktion für den Sport wahrnehmen? Kultur und Sport sind doch irgendwie Gegensätze, natürliche Konkurrenten. Schon in der Schule gehen die Kinder doch entweder Fussball spielen oder in den Flötenunterricht. Neigungen für beides sind doch relativ selten.

Zur Antwort des Stadtrates vier Bemerkungen. Die GLP-Fraktion hat auch erstaunt, wie schnell diese vorgelegt worden ist: nur sechs Wochen nach Einreichen der Interpellation. Sie hat sich gefragt, warum das so schnell, so sportlich, möglich ist. Seite 1 in der Antwort wird sehr gut zusammengefasst, worum es geht, und da ist wohl vor allem der dritte Punkt entscheidend: die Nichtanerkennung der Leistungen der Vereine im Vergleich zur Kultur. Urs Wollenmann hat das ebenfalls angetönt. Die Antworten schweifen aus Sicht der GLP-Fraktion

dann zu drei Vierteln auf Leistungssport und Infrastruktur-Visionen ab, und darum ist dieses Thema noch nicht erledigt, denn eigentlich geht es um den Breitensport. Dieser hat verschiedene Aspekte und eine grosse soziale Bedeutung. Mit der Sportlerehrung (Seite 2 in der Antwort) werden aber nur die Besten gelobt; jene, die ohnehin schon Sieger sind. Das ist zwar durchaus gut, aber bei der Frage der Anerkennung geht es eigentlich um all die anderen. Wenn es einen Sieger gibt, gibt es auch 10 oder Dutzende von Verlierern, und diese Leistungen werden bei der Sportlerehrung nicht geehrt.

Der Sprechende hätte noch verschiedene Anregungen, möchte aber nur zwei herausgreifen. Die GLP-Fraktion könnte sich vorstellen, dass bei den Sportlerehrungen auch ein Preis für besondere Förderung des Breitensports vergeben werden könnte. Und eine zweite Anregung: Der Stadtrat schreibt in seiner Antwort, die Vereine könnten mit ihren Anliegen direkt an die Verwaltung bzw. den Stadtrat gelangen, und man solle konstruktive Kritik anbringen. Der Sprechende hätte gerne gewusst, wo diese platziert werden kann, und schlägt vor, auf der Homepage beim Sport einen entsprechenden Link zu platzieren.

Abschliessen möchte er mit positiven Gedanken: Es gibt auch Feedbacks, dass sich die Dienststelle Sport sehr Mühe gibt. Die momentane Kritik sollte als grosse Chance gesehen werden, es besser zu machen, und der Sprechende glaubt, dass dies in der einen oder anderen Form auch aufgenommen wird.

Daniel Wettstein: Die FDP-Fraktion ist mit der Antwort des Stadtrates einverstanden und sie kann sich sicher auch vielem, was Markus Mächler aufgelistet hat, anschliessen. Sie gibt aber auch zu bedenken – Kollege Josef Burri hat am Morgen die Verantwortung dieses Rates angesprochen –, dass den Sportvereinen, wenn über zukünftige Berichte gesprochen wird, mit auf den Weg gegeben werden muss, was der Stadtrat auf Seite 4 in seiner Antwort wunderschön schreibt: „Allerdings muss auch den finanziellen Möglichkeiten der Stadt Rechnung getragen werden.“. Das sollten die Ratsmitglieder hinaustransportieren, damit die Erwartungen nicht zu hoch geschraubt werden. Es ist eine Vorlage zu den Hallen- und Anlagentarifen angedeutet worden. Diese wird Gelegenheit geben, das noch einmal diskutieren zu können. Die FDP-Fraktion beschäftigt aber noch etwas anderes, nämlich der Aufwand bzw. die administrative Verflechtung. Es gibt sehr viele Vereine und sehr viele Sportarten, und wenn etwas administrativ vereinfacht werden könnte, wäre das sicher im Sinne aller und nicht zuletzt auch der Stadt. Der Sprechende selbst hat für künftige solche Berichte noch eine Anregung an die Verwaltung. Als Zahlenmensch, der er ist, liebt er es, wenn auf einen Blick ersichtlich wird, wie viel bei Themen wie Sport und Infrastruktur bezahlt wird, was es für Spezialitäten gibt. usw. Auch dies, um das an die Öffentlichkeit zu transportieren, denn viele Vereine sind sich teilweise nicht bewusst, wie viel gemacht wird und was es alles gibt in der Stadt, vor allem gerade in der Stadt. Es gibt in der Stadt wohl Einrichtungen für um die 50 Sportarten, während es z. B. in Malter – zumindest von der Infrastruktur her – wohl nicht Möglichkeiten in diesem Ausmass gibt. Wenn solches in Zahlen dargestellt werden kann, wäre das wohl auch heilsam bei Vergleichen mit anderen Gemeinden.

Die Interpellation 54 ist damit erledigt.

Verabschiedung von Josef Burri

Ratspräsident Marcel Lingg: Scheiden tut weh, einerseits natürlich für jene, die mit Josef Burri zusammengearbeitet haben – sie werden ihn nicht gerne ziehen lassen –, aber auch Josef Burri selbst wird in diesem Moment wohl etwas Wehmut spüren. Er tritt aus beruflichen Gründen per Ende Juni als Mitglied des Grossen Stadtrates zurück. Josef Burri wurde am 28. September 2006 vereidigt, und zwar als Nachfolger von Guido Durrer. Mit ihm zog damals ein neuer, vorher im Grossen Stadtrat nicht vertretener Berufsstand in die doch eher urbane städtische Politik ein. Josef Burri hat mehrfach bewiesen, dass die so genannte Bauernschläue mehr als nur eine Worthülse ist: Die prägnanten und sachlichen, ab und zu auch unkonventionellen, oft nicht im Politikerjargon gehaltenen Wortmeldungen wurden sehr geschätzt. Er hat aber auch sehr schnell mit einem anderen Bauernklischee aufgeräumt, nämlich dass die Bauern nur jammern können. Er hat zwar vielleicht auch einmal gejammert, dann aber immer auch gleich Lösungen präsentiert. Josef Burri war seit dem 14. Dezember 2006 auch Mitglied der Baukommission; der Ratspräsident konnte mit ihm bis Ende der letzten Legislatur in dieser Kommission zusammenarbeiten. Im Amtsjahr 2007/2008 war er zudem Stimmenzähler. Der Ratspräsident wünscht Josef Burri beruflich und privat weiterhin alles Gute und überreicht ihm ein Geschenk.

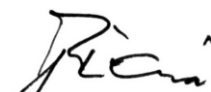
Josef Burri bedankt sich herzlich für die letzten vier Jahre; er hat sehr gerne mit den Ratsmitgliedern zusammengearbeitet, dabei viele interessante Leute kennen gelernt und endlich gelernt, dass man andere Meinungen auch akzeptieren und Kompromisse suchen muss. Es waren vier spannende Jahre. Er tritt aus „vernünftigen“ Gründen zurück: Er möchte mehr Zeit haben für seine Partnerin, für seine Familie und vor allem für das, was er mit Leib und Seele tut, nämlich seinen Beruf und seine zwei Betriebe. Dieser Entscheid wurde also wirklich der Vernunft zuliebe gefällt und nicht etwa, weil es ihm in diesem Rat nicht mehr gefallen würde. Er wünscht allen weiterhin viel Erfolg beim Politisieren und empfiehlt, das Ganze vielleicht mit etwas mehr Humor zu nehmen, weniger verbissen zu kämpfen, und zur Stadt Luzern Sorge zu tragen. Lamperdingen ist nicht sehr weit weg, und es würde ihn freuen, den einen oder anderen dort zu begrüßen.

Schluss der Sitzung: 17.30 Uhr
Luzern, den 12. August 2010

Der Protokollführer:


Oswald Stalder

Eingesehen von:


Hans Buechli
Leiter Sekretariat Grosser Stadtrat